

11. Heft / 6. Juni 1917

## HEINRICH PEUS · DIE AUFGABE DES STOCKHOLMER KONGRESSSES

**U**M für den Frieden zu wirken, gehen die Sozialisten nach Stockholm. Die Blicke der Millionen, die den Frieden herbeisehnen, folgen ihnen. Nicht etwa nur von Sozialisten. Viele Bürgerliche bringen der Stockholmer Konferenz weit stärkeres Vertrauen entgegen als manche Sozialdemokraten. Darin liegt eine Anerkennung des Berufs, den die internationale Sozialdemokratie erfüllen sollte, den zu erfüllen ihre Pflicht wäre, weil sie sich für berufen hält und auch dazu berufen ist pflichtgemäße nationale und berechnete internationale Gesinnung mit einander in Einklang zu bringen. Wird diese Aufgabe in Stockholm gelöst werden? Wird man es fertig bringen sich zu verständigen? Wird man der Welt ein bewundernswertes Beispiel sich selbst beherrschender leidenschaftsloser Sachlichkeit geben? Sozialisten waren bisher freilich immer mehr Agitatoren denn Politiker. Das Leidenschaftliche liegt ihnen daher mehr, es dünkt ihnen sogar ein notwendiges Ingredienz aller Größe in ihrer Betätigung. In Stockholm gilt es nun aber wirklich nicht zu agitieren, sondern das einzige Ziel der Konferenz ist weise Verständigung, ruhige Wahrheit und ehrliche Gerechtigkeit.

Selbst das rein äußere Verstehen der sich Versammelnden stößt aber auf große Schwierigkeiten. Kommen Diplomaten zusammen, so reden sie französisch, die bisherige Sprache der Diplomaten. Davon kann unter den in Stockholm sich versammelnden Sozialisten nicht die Rede sein. Auch eine internationale Kunstsprache hat in der Internationale noch kein Bürgerrecht erworben. Die Delegierten sprechen fast alle nur in ihrer nationalen Sprache, und Dolmetscher müssen denen, die eine der vielen Sprachen nicht verstehen, erst begreiflich machen, was der andere gesagt hat. Ein mühsames und obendrein sehr mit Fehlergefahr verbundenes Verfahren.

Aber wenn auch die Schwierigkeit des äußerlichen Verstehens als etwas hingenommen wird, das nun einmal nicht zu ändern ist, so bleiben noch reichlich innere Schwierigkeiten zu überwinden. Wieviel wird man wieder neben einander, an einander vorbei reden, nur weil man zwar die selber Worte gebraucht, aber sich ganz etwas anderes dabei denkt. Leider ist das ein Diskussionsübel, dessen sich viele, die da eifrig reden, gar nicht einmal bewußt sind. Sie halten die Worte für das Begriffe zeugende Primäre. Auch bei der Verdolmetschung kann diese Gefahr des Aneinandervorbei-

redens noch eine schlimme Steigerung erfahren. Darum ist nichts wichtiger als dies: daß die, die mit einander diskutieren, sich darüber völlig klar werden, welche Begriffe sie ihren Verhandlungen zugrunde legen. Dabei kann sich dann freilich zuweilen herausstellen, daß man sich in der begrifflichen Auffassung so schroff gegenübersteht, daß ein Diskutieren auf der Grundlage keinerlei Zweck mehr haben kann. Wer zum Beispiel nur die Scheidung der Menschen in Ausbeuter und Ausgebeutete kennt, neben der die Trennung der Menschen in Nationen ganz nebensächliche Bedeutung habe, wer da behauptet, der Proletarier habe nicht nur kein Vaterland sondern dürfe auch gar keins haben wollen, weil nur das unterschiedslose internationale Proletariat das gelobte Land der Zukunft sei, der wird wohl kaum irgendwelche nützliche Diskussion mit dem pflegen können, der in Achtung der Tatsache, daß die Menschheit sich in verschiedenen Völkern entwickelt, daß die sehr verschiedenen Daseinsbedingungen der Teile der Menschheit mit Notwendigkeit verschiedene Völkerformen erzeugen mußten, die nationale Eigenart nicht nur als lästigen Unterschied empfindet sondern als eine höchst wertvolle Bereicherung des Menschendaseins ansieht. Wer international nur im antinationalen Sinn sein will, der kann in Stockholm nicht nützlich mitwirken, der lebt in einer Welt erträumter Begriffe und muß warten, bis diese von ihm gewünschte Gesinnung sich des größten Teiles der Proletarier aller Länder bemächtigt haben wird. Was freilich recht lange dauern kann. Denn die Ursachen, die die verschiedenen Völker schaffen, wirken in keiner Bevölkerungsschicht so stark wie gerade bei der Masse des Proletariats, die immer noch so lokal gebunden lebt, daß sie vielfach noch nicht einmal national, geschweige denn international empfindet, denkt und lebt. Die nationale Schriftsprache hat beim arbeitenden Volk bis zur Stunde noch nicht den regionalen Dialekt verdrängen können. Und wie wenig Aussicht ist dafür auch heute noch gegeben!

Ein gesundes nationales Empfinden, ein von mannhaftem Stolz getragenes Bekenntnis zum eigenen Volk wird man allen Teilnehmern der Stockholmer Konferenz zugestehen, ja von ihnen fordern müssen. Gute und wertvolle Internationalität kann nur auf dem tragkräftigen Fundament eines selbstbewußten Nationalgefühls erstehen. Die Nationen sind da, historisch gewordene Gebilde, jede in ihrer Eigenart schön und für die ganze Menschheit wertvoll, jede auch mit dem gleichen Recht im Kampf ums Dasein. Das ist die Aufgabe der Internationale: diesem Kampf eine Gestalt zu geben, die aus dem Kampf aller gegen alle ein Zusammenarbeiten aller für alle werden läßt. Wie die sozialistische Arbeiterschaft den Kampf der Klassen aufzuheben trachtet, indem sie an Stelle der Ausbeutung der einen durch die anderen die solidarische Arbeit aller für alle setzt, so kämpft die sozialistische Internationale dafür, daß die Völker, statt einander zu unterdrücken, sich mit einander vertragen. Frieden nach innen wie nach außen! So lautet die Inschrift auf der sozialistischen Fahne, nicht aber erstrebt im luftleeren Raum erträumter Ideologien sondern im Einklang mit den realen Existenzbedingungen, unter denen die Völker heute leben.

Wir haben in der Innenpolitik gelernt den Wert des Possibilismus als des unvermeidlichen Weges zur Erreichung wirklicher Erfolge zu erkennen. Das Prinzip ist uns der Leitstern, aber wir suchen tagtäglich das jeweils Mögliche zu erreichen. Nur so kann der Gedanke Fleisch und Bein bekommen. Und wir sind gut dabei gefahren. Wohl uns, wenn wir nach dem Krieg kraftvoll

in dieser Praxis fortfahren können. So aber muß auch das internationale Streben der Arbeiterklasse von der bloßen Deklamation zur fruchtbaren Außenpolitik fortschreiten. Die nach außen wirkende Arbeiterklasse hat so aufzutreten, daß sie sich für das wirtschaftliche Wohlergehen ihres Volkes verantwortlich empfindet. Mit dem bloß gefühlsmäßigen, pathetischen Sich-einigerklären mit dem internationalen Proletariat ist herzlich wenig getan. Wenn dabei sogar, um jeden Zweifel an der Kraft dieses Gefühls zu zerstreuen, den anderen Völkern Lobeshymnen gesungen werden, während man die Mängel im eigenen Land übertreibt, so ist das ein schädliches Tun, weil es bei den anderen falsche Vorstellungen hervorruft, insbesondere aber auch das Bedürfnis als dringlich erscheinen läßt, als müsse dem bedrückten Volk von außen Hilfe gebracht werden, während doch in Wahrheit nur die Freiheit wertvoll und dauerhaft ist, die jedes Volk sich selber erobert. Eine reale Außenpolitik, die nicht eine Internationale über den Staaten sondern eine Internationale durch die Umgestaltung der Staaten selber und ihre Organisation erstrebt, wird sich auch von dem Fehler fernhalten befehlshaberisch in die Politik der einzelnen nationalen Parteien einzugreifen, wie es sehr zum Schaden der Entwicklung in Frankreich auf dem Amsterdamer internationalen Kongreß durch Aufzwingung der bekannten (oder vielmehr berücksichtigten) Dresdener Resolution im Jahr 1904 geschah. Vielleicht hätte die französische Sozialdemokratie ohne diese Einnischung einer deklamatorischen Internationale kriegsverhindernden Einfluß auf die Politik der französischen Regierung geübt. Viel hat bekanntlich nicht daran gefehlt, daß sich im französischen Volk die Erkenntnis von der furchtbaren Gefahr der Verstrickung in die Tripelentente durchrang. Eine den wirklichen Tatsachen Rechnung tragende, Verantwortung nicht scheuende, sich fürs Ganze verpflichtet fühlende Außenpolitik der französischen Sozialdemokratie hat nicht aufkommen können. Jaurès hat sie wohl angestrebt. Wäre er der Mächtige in Frankreich geworden, hätte seine politische Richtung sich sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik noch stärker durchgesetzt, dann wäre das Kriegstreibertum vielleicht nicht zum Erfolg gekommen. Noch heute warten wir auf den Prozeß gegen seinen Mörder.

Die Notwendigkeit der Internationale ist durch die Tatsache des Zusammen- und Nebeneinanderlebens der Völker gegeben. Trotz dem Weltkrieg mit seiner verbitternden Wirkung wird dies Zusammenleben nach dem Krieg sich erst recht intensiv entwickeln. Die technischen Mittel der Internationalisierung sind durch den Krieg nur noch gewaltiger geworden. Man denke nur, welche Entwicklung das die linearen Grenzen der Erdoberfläche ignorierende Flugwesen genommen hat. Alle Völker werden nach dem Krieg ihre Verkehrsadern wie nie zuvor zu entwickeln bemüht sein. Machtkonzentration mag dabei das Leitmotiv sein, aber die Wirkung ist eine ungeweinte Steigerung des internationalen Verkehrs und damit Vermehrung der internationalen Probleme. Das Bewußtsein von der Größe und Fülle dieser Probleme und der stolzen Befriedigung, die ihre Lösung bei allen hervorrufen wird, die erfolgreich daran mitarbeiten, gilt es in Stockholm zu erzeugen. Nicht ein Übermaß moralischer Entrüstung über den Krieg (dessen Furchtbarkeit und Unmenschlichkeit sicherlich alle in gleichem Maß fühlen), sondern das klare Bewußtsein von der Notwendigkeit eine internationale Organisation unter den Völkern zu schaffen, die ihren nationalen Bedürfnissen gerecht wird, kann der Katastrophe des Weltkriegs ein Ende setzen.

Sehr nützlich wird es auch sein, wenn man sich in Stockholm gegenseitig deutlich zum Bewußtsein führt, daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes es mit einer Kapitalistenklasse zu tun hat, die *n o t w e n d i g e r w e i s e* imperialistischen Bestrebungen huldigt, wobei es gleichfalls angebracht sein wird mit moralischer Entrüstung nur ja recht sparsam zu sein und statt dessen zu überlegen, was die Arbeiterklasse tun kann, um dem Nützlichen und Unvermeidbaren des wirtschaftlichen Imperialismus eine Entwicklung zu ermöglichen, die statt zum Fluch zum Heil der Menschheit führt. Dabei kommt den *G e w e r k s c h a f t e n* eine große und heilsame Aufgabe zu. Wie sie im Innern der Verelendungstendenz erfolgreich entgegengewirkt haben, so haben sie auch nach außen mit aller verfügbaren Kraft dem entgegenzuarbeiten, daß die Arbeiterschaft ihres Landes durch niedrige Löhne und sonstige ungünstige Arbeitsverhältnisse als Waffe zur Unterbietung auf dem internationalen Warenmarkt verwendet werde. Die Gewerkschaften haben neben den Genossenschaften sich eine durchaus selbständige Bedeutung neben der politischen Partei in der Innenpolitik errungen. Sie haben nun auch ihre nationalwirtschaftlichen Aufgaben in der Außenpolitik zu erkennen und müssen suchen ihnen zu genügen. Der Krieg hat auf viele dieser Probleme ein helles Licht geworfen. Man denke an die *R o h s t o f f v e r s o r g u n g*, auf die die Arbeiter aller Länder Anspruch haben. Daher ist das Recht auf Kolonien allen Völkern zuzugestehen, deren Industrie die Rohstoffsicherung unbedingt erfordert; auch denen, die überschüssige Kräfte haben und betätigen müssen. Das Angelsächsentum hat nicht das Recht die ganze Erde für sich zu beanspruchen. Jegliches Volk hat Anspruch für seine Arbeitsbetätigung auf unserm Planeten. Daß ferner die soziale Gesetzgebung von einer international verbundenen Arbeiterklasse allenthalben energisch vorwärtsgetrieben werden muß, liegt auf der Hand. Auch hier aber ist der Erfolg nicht dadurch zu erstreben, daß eine gemeinsame internationale Phalanx gegen die nationalen Staaten gebildet wird, sondern daß man den eigenen Staat veranlaßt eine Einigung mit denjenigen Staaten anzustreben, die gleichlaufende Interessen und Entwicklungsbedingungen haben.

Ein besonders heikles Thema muß in der Internationale die Erörterung offenkundiger unterdrückungssüchtiger Politik des Bürgertums der einzelnen Länder sein. Es geht aber nicht an an Tatsachen mit geschlossenen Augen vorüberzugehen. Die *e n g l i s c h e* Arbeiterklasse hat ihren Vorteil mit davon gehabt, daß die englische Kapitalistenklasse sich die halbe Welt erobert und unterworfen hat. Es ist auch kaum zu erwarten, daß die englischen Arbeiter auf diesen Vorteil ohne weiteres verzichten werden. An einer Ideologie, die den nationalen Egoismus in allgemeine Menschenliebe umdichtet, fehlt es freilich nicht. Zwischen den deutschen und den *f r a n z ö s i s c h e n* Arbeitern kann eine Art Interessengegensatz wie dieser sich aber keineswegs entwickeln. Nachdem die französische Sozialdemokratie nun beschlossen hat nach Stockholm zu gehen, wird es hoffentlich gelingen den Wall der Feindschaft, der zwischen dem deutschen und dem französischen Volk aufgerichtet worden ist, zu durchbrechen. Mögen die in Frankreich zurzeit Herrschenden auch auf angelsächsisches Geheiß die Zusammenkunft durch Verweigerung der Pässe zu vereiteln suchen: der Beschluß der sozialistischen Parteileitung Frankreichs ist in seiner moralischen Wirkung nicht mehr rückgängig zu machen. Es ist in den Sozialistischen Monatsheften vom ersten

Kriegstag an beklagt worden, daß gerade Deutschland und Frankreich Kriegsfeinde wurden. Gelingt es zwischen den deutschen und den französischen Sozialisten diejenigen Beziehungen wiederherzustellen, die beider einzig würdig sind, so wäre das allein schon von sehr großer Bedeutung für die Gesamtentwicklung der Zukunft. Das nämliche gilt für die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem russischen Volk. Diese Völker haben die reichste Möglichkeit wirtschaftlich einander zu ergänzen. Hingegen hat die deutsche Arbeiterklasse selbstverständlich kein Interesse daran den britischen Imperialismus ungestört seinen Vorteil darin suchen zu lassen, daß er die französischen und russischen Arbeiter auch zum Vorspann seiner Zwecke macht. Wir sind verpflichtet jeder Arbeiterklasse, ja jedem Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wir können aber unmöglich verpflichtet sein die Aspirationen der englischen Kapitalistenklasse zu fördern. Wenn das Verhältnis der deutschen Arbeiterklasse zur englischen infolge der gegebenen Umstände nicht so ungetrübt geblieben ist wie das an sich erwünscht wäre, so können wir das auch nicht ändern. Auf keinen Fall geht es an einfach das Schema grundsätzlicher Solidarität anzuwenden, falls es auf der andern Seite an der Anerkennung solcher Solidarität durch die Tat fehlt. Wir sind uns auch dessen bewußt, daß die kontinentale Orientierung unserer Politik im letzten Grunde auch dem englischen Volk zum Guten ausschlagen kann, da es durch den notgedrungenen Verzicht auf seine Monopolstellung zur Reorganisation seiner eigenen produktiven Kräfte veranlaßt wird. Ein Ergebnis, das jeder Sozialist sicherlich gutheißen wird.

Natürlich kann gerade an solche Erörterungen die nationale Leidenschaft sehr leicht anknüpfen. Und Sozialisten stehen, wie schon oben bemerkt, in großer Gefahr, daß die agitatorisch-traditionelle Leidenschaft mit ihnen durchgeht. Es wird aber die höchste Zeit, daß wir aus dem Agitationsstadium überhaupt herauskommen. Die Aufgaben, an denen wir unsere ganze Kraft zu erproben haben, erheischen nichts mehr als **Sachlichkeit**. Heiße Gefühle mögen in unserm Herzen wallen, aber über das **Wort** dürfen sie keine Macht gewinnen. Der Verstand muß das Gefühl bezwingen, und jeder muß im ruhigen Ausdruck dessen, was er für wahr hält, unerschütterliche Selbstbeherrschung bekunden. Ob das in Stockholm gelingen wird? Angesichts der ungeheuren Wichtigkeit dessen, was auf dem Spiel steht, sollte man es erhoffen dürfen.

Als Hauptaufgabe der Stockholmer Konferenz möchte man es bezeichnen, daß die Sozialisten aller Länder die Voraussetzungen dafür schaffen helfen, daß die Menschenschlächterei und die Gütervernichtung aufhören. Diese können ja doch keine wirkliche Lösung der zu entscheidenden Fragen bringen. Wohl aber hat der Krieg uns gezeigt, wo diese zu suchen ist. Haben die Völker durch ihn die klare Erkenntnis ihrer wahren Interessen gewonnen, so müssen sie in friedlichen Verhandlungen deren Ausgleich herbeiführen. Es wäre ein Fehler auf andere Faktoren zu rechnen als auf die Vereinigung gleichlaufender Interessen.

Der Stockholmer Kongreß kann nicht im geringsten daran denken den ganzen Komplex von Fragen lösen zu wollen, die auf seiner Tagung auftauchen können; denn dann müßte er sich in Permanenz erklären. Aber einen guten **A n f a n g** der Arbeit, die eine vernünftige und praktisch arbeitende Internationale zu leisten haben wird, könnte er machen. Je mehr die

Sozialdemokratie durch ihr nationales Verhalten an den Tag legt, daß sie nicht gewillt ist die Interessen des eigenen Volkes preiszugeben, um so eher wird sie in der Lage sein auch die Interessen dieses Volkes in der Staatenpolitik selbst wirksam, zum Heil der ganzen Menschheit zu vertreten. Eine schwere Aufgabe, die sie um so erfolgreicher lösen wird, je mehr sie mit ernster Bescheidenheit an ihre Lösung herantritt.

## MAX SCHIPPEL · DEUTSCH-RUSSISCHE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN IN VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT

**D**AS wirtschafts- und weltpolitische Umlernen in unserer Partei offenbart sich vor allem in den Auffassungen, die früher und heute über die Entwicklungsrichtung der Beziehungen zwischen England und Deutschland vorwiegend im Umlauf waren. Als während der Vorbereitungsjahre des Weltkriegs die Sozialistischen Monatshefte die englische Einkreisungspolitik in häufig wiederholten Darlegungen der Wirklichkeit entsprechend werteten, standen sie noch ganz vereinsamt und verlassen da. Oft genug mußten sie den wohlgemeinten, aber mehr als kurzsichtigen Einwand hören, daß man mit allen warnenden Hinweisen auf deutschfeindliche Pläne und Umtriebe nur das Spiel der deutschen Flotten- und Heerespolitiker erleichtere und die Partei in ihrem *glorreichen* Gegenkampf schwäche: selbst die einfachsten und unumgänglichsten Tatsachenfeststellungen, die unentbehrlichen Grundlagen jeder zuverlässigen politischen Orientierung, sollten sich dem kurzlebigen Agitationsbedürfnis unterordnen. Noch im Anfang des Krieges selber war das Häuflein jener Parteigenossen verschwindend klein, die wenigstens aus dem allerjüngsten Verhalten und aus der schließlich unmaskierten Parteinahme Englands die unvermeidlichen Lehren zogen. Erst im kaltgrausamen maritimen Hungerkrieg, in der unermüdlichen, überraschend erfolgreichen Werbung und Pressung von Bundesgenossen enthüllte sich für viele unserer Formaldemokraten erstmals nicht nur die Bedeutung gegen einanderlaufender großer nationaler Wirtschaftsinteressen, sondern ebenso der erstaunliche Reichtum an Machtmitteln und der zähe Vernichtungswille des einen Hauptgegners, den der deutsche Radikalismus in seiner ganz ungerechtfertigten Bewunderung für *westliche demokratische Kultur* seit jeher machtpolitisch zu unterschätzen oder vielmehr grundfalsch zu beurteilen geneigt war. Seitdem ist aber auch der Umschwung förmlich mit Händen zu greifen.

Die wesentlich veränderte Einschätzung Rußlands ist eine ganz notwendige Begleiterscheinung. Unter der Oberfläche war sie schon längst in Anzeichen und gelegentlichen unmittelbaren Bekundungen erkennbar. Ihrem vollen Durchbruch standen jedoch bis zuletzt die vererbten antirussischen Überlieferungen der deutschen Demokratie und noch mehr die leidenschaftlichen Kampfrufe gegen den zarischen Despotismus im Weg, mit denen man seit dem Kriegsbeginn so wenig gekargt hatte, als ob im deutschen Gegensatz zur überlieferten russischen Regierungsform der innerste Sinn des ganzen Weltkrieges sich erschöpfe oder doch erschöpfen solle. Der Sieg der russischen Revolution hat glücklicherweise mit so vielem andern lästigen Gedankengerümpel dieses selbstgeschaffene Hindernis einer zutreffendern

Stellungnahme hinweggeräumt, und die Gewinnung eines erträglichen, wozu möglichst gar freundschaftlichen Verhältnisses zu unserm östlichen Nachbarn erscheint auf der deutschen Linken nicht nur denkbar sondern als wirksamstes Gegenmittel gegen die zähe englisch-antideutsche Koalitionspolitik erstrebenswert und notwendig. Die auf das nächste hinzielenden Bemühungen: den Stein der Friedensverhandlungen erst einmal ins Rollen zu bringen, vereinigen sich so mit weiterreichenden weltpolitischen Erwägungen.

Auch auf diesem Gebiet haben die Sozialistischen Monatshefte viel geistige Vorarbeit geleistet. Zur Ergänzung seien heute abermals einige Betrachtungen den bisherigen und künftigen deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen gewidmet.<sup>1)</sup>



UR selten waren zwei Staaten in Ein- und Ausfuhr so vielseitig und umfassend auf einander angewiesen wie das mehr agrarische Rußland und das industriell und allgemein kapitalistisch höherentwickelte Deutschland. Die russische Handelsstatistik verzeichnet als Warenbewegung über die europäischen Grenzen (bis zur Aufhebung aller normalen Verhältnisse durch den Krieg):

Jahr	Ausfuhr		Einfuhr	
	insgesamt	davon nach Deutschland	insgesamt	davon aus Deutschland
	Millionen Rubel		Millionen Rubel	
1911	1514,0	490,5	1022,7	476,8
1912	1428,0	453,8	1036,7	521,1
1913	1420,9	452,6	1220,5	642,8

Von der Ausfuhr entfiel demnach fast ein Drittel, von der Einfuhr die Hälfte und über die Hälfte auf den Gütertausch mit Deutschland. Dabei erscheint der russische Warenabsatz nach Deutschland zweifellos als viel zu niedrig, weil die in der statistischen Aufmachung Rußlands nachgewiesenen nächsten Bestimmungsländer Holland und Belgien vielfach nur als Durchgangsländer für den in letzter Linie maßgebenden deutschen Verbrauch dienen. Alle anderen Staaten rücken dagegen weit zurück. England erscheint 1913 zwar in der russischen Ausfuhr immerhin mit 266,9 Millionen Rubel, in der Einfuhr dagegen nur mit 170,4 Millionen, Frankreich vollends nur mit 100,9 und 56 Millionen Rubel.

Die deutsche Statistik mit ihrer schärfern, obwohl noch lange nicht lückenlosen Aussonderung des bloßen Durchgangs- und Vermittlungsverkehrs kann als weit zuverlässiger angesehen werden. Danach hatte sich noch 1909 bis 1911 Rußland an die erste Stelle der deutschen Einfuhr (mit 1634,3 Millionen Mark im Jahr 1911) emporgeschwungen, bis ihm dann seit 1912 die Vereinigten Staaten den Vorrang streitig machten. Rußland bleibt alsdann jedoch weiter das zweitwichtigste Einfuhrland mit 1527,9 Millionen Mark im Jahr 1912 und 1424,6 Millionen Mark im Jahr 1913; erst in weitem Abstand folgt ihm England mit 842,6 und 875,9 Millionen Mark. Bei schärferer Ausscheidung des deutschen bloßen Vermittlungshandels nach Rußland und umgekehrt bei entsprechenderer Zurechnung des nur scheinbar holländischen

<sup>1)</sup> Siehe unter anderm Schippel Englische Hoffnungen auf den russischen Markt, Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen, Deutsche Politik, England und Rußland, Rußland und wir, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915 I, Seite 434 ff., 1915 III, Seite 1101 ff., 1916 II, Seite 840 ff., 1917 I, Seite 339 ff. (zum Teil wiederabgedruckt in England und wir /Berlin 1917).

und belgischen Absatzes fällt auch die von russischer Seite herausgerechnete ungünstige Warenhandelsbilanz vollständig weg. Denn nach der deutschen Statistik führte Deutschland nach Rußland aus: 1912 für 679,8, 1913 für 880,2 Millionen Mark, so daß Österreich-Ungarn und noch mehr Großbritannien hier an Wichtigkeit für Deutschland vorangingen.

Was jedoch noch eindrucksvoller gegenüber den letztjährigen russischen Klagen über die Einseitigkeit dieser Handelsverbindungen wirkt: Aus der deutschen Statistik geht ein überraschend schnelles Wachstum der Gesamteinfuhr aus Rußland im Lauf der Jahre und Jahrzehnte hervor. 1880 betrug diese Gesamteinfuhr 330,4 Millionen Mark, sie stieg bis 1905 auf 972,5 Millionen Mark und ist seitdem, mit Ausnahme des Jahres 1908, in dem ein kleiner Rückschlag erfolgte, unausgesetzt bis auf 1634,3 Millionen Mark im Jahr 1911 angestiegen. Das geringe Abflauen von 1912 und 1913 ist alsdann der außerordentlich guten deutschen, beziehungsweise der ungewöhnlich schlechten russischen Ernte zuzuschreiben. Doch bleibt auch dann das Ergebnis, daß sich die russische Gesamteinfuhr seit 1880 fast verfünffacht hat. Über neun Zehntel entfielen dabei auf land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, lagen also überwiegend im Interesse der breiten bäuerlichen Volksmassen Rußlands. Wenn beispielsweise (in 1000 Mark) Deutschland 1913 (in Klammern: 1912) für 42 169 (43 894) Roggen aus dem Ausland bezog, so kamen davon 35 919 (37 104) allein aus Rußland; bei der Futtergerste von 365 732 (404 690) 325 836 (313 070), beim Hafer von 60 427 (91 693) 32 637 (52 764). Gerade bei der Gerste, die hier allmählich zur Hauptware wurde, ist das Gegenteil von der so oft behaupteten Zurückdrängung Rußlands zu beobachten. 1880, zu Beginn des deutschen Agrarschutzes, bezog Deutschland nur für 3,7 Millionen Mark russische Gerste, 1905, am Ende der Capriviperiode, für 115,8 Millionen Mark. Durch den Bülow'schen Handelsvertrag ermäßigte sich vom 1. März 1906 ab der alte Caprivische Zollsatz von 2 Mark auf 1,30 Mark pro Doppelzentner, und die dadurch veranlaßte Einfuhrvermehrung erreichte ihren bisherigen Höhepunkt im Jahr 1911 mit 413,1 Millionen Mark: weit mehr als die gesamte Gersteneinfuhr in Belgien, Holland und Großbritannien zusammen. Auch Professor P. P. Migulin gesteht in einem für die Times geschriebenen Aufsatz diese Bedeutung Deutschlands für den russischen Agrarabsatz unumwunden zu:

»Die russische Kornfrucht [grain] geht hauptsächlich nach Deutschland und England, und die Exporte nach Deutschland sind stufenweise gewachsen und gewinnen rasch an Stetigkeit. Während des mit dem Jahr 1889 endenden Jahrzehnts betrug sie durchschnittlich jährlich 210 000 Tons, während des 1899 endenden Jahrzehnts erhöhten sie sich auf 483 000 Tons, und während des mit 1910 abschließenden Jahrzehnts auf 810 000 Tons, so daß während der letzten 30 Jahre die deutschen Zufuhren weit mehr aus Rußland gewachsen sind als aus anderen Ländern, vor allem aus den Vereinigten Staaten: verhältnismäßig machte das Anwachsen aus Rußland 362 %, aus den Vereinigten Staaten 330 % aus. Die Exporte von russischem Weizen nach Deutschland stellten sich während des mit 1904 endenden Jahrzehnts auf 19 Millionen Pfund Sterling, von Weizen aus den Vereinigten Staaten auf 22,6 Millionen Pfund Sterling; zwischen 1905 und 1909 hoben sich die russischen Exporte auf 29 Millionen Pfund Sterling (also um 51 %), aus den Vereinigten Staaten fielen sie . . . Was die russischen Exporte nach England anlangt, so schwankte die Weizenausfuhr 1887 bis 1910 zwischen 125 000 Tons (im Jahr 1889) und 1 445 000 Tons (im Jahr 1910): ein unscheinbares Verhältnis zur Summe aller britischen Weizenbezüge, die während dieser Jahre sich zwischen 3 950 000 und 5 950 000 Tons bewegten. Rußland versorgt den englischen Markt mit Weizen nur dann, wenn die Vereinigten Staaten und Argentinien dazu nicht in der Lage sind, oder wenn die russischen Preise ungewöhnlich niedrig sind, wie dies am Ende der



achtziger, in der Mitte der neunziger Jahre und während des letzten Jahrzehnts zutraf. Der deutsche Markt ist sehr wichtig auch für die russische Gerste. Die Zufuhren der Vereinigten Staaten nehmen hier ab, die Rußlands zu. Von den deutschen Gersteneinfuhren entfallen 90 % auf Rußland.«<sup>2)</sup> Ähnlich hat sich die sibirische Butter, wohl der einträglichste agrarische Produktionszweig dieser hoffnungsreichen Siedelungskolonie, mit Vorliebe dem deutschen Markt zugewendet. Die russische Landwirtschaft sah demgemäß zuletzt eigentlich nur einen ernstern Streitanaß gegenüber Deutschland: nicht die deutsche Zollpolitik an sich (bei der, ohne Zolldifferenzierung, Deutschland immer noch in ansehnlichsten Mengen russische Zufuhren brauchen wird und sie alsdann, so gut wie jede andere Nation, aus dem freibeweglichen internationalen Handel nicht anders als gegen den Weltmarktpreis ankaufen kann) sondern die eigentümliche, aus der räumlichen Trennung zwischen deutschen Erzeugungs- und Verbrauchsgebieten erklärliche Ergänzungsmaßnahme der Einfuhrscheine mit ihrer unerwarteten Wirkung auf den Wettbewerb deutschen Getreides, vor allem deutschen Roggens, in Finnland und dem russischen Nordwesten. Dieses Auftauchen überproduzierten deutschen *Prämienroggens* in Getreideausfuhrländern ist jedoch gar keine im voraus gewollte Folge der herrschenden deutschen Handelspolitik; viel eher ist es selbst von deren Standpunkt aus eine Entartung und Zweckwidrigkeit, so daß namhafte deutsche Schutzzöllner an dem russischen Gegenzoll von 1914 (der dann durch die Kriegsabsperzung gegenstandslos wurde) wenig auszusetzen fanden. Sollte also die vielerörterte und sachlich bisher so wenig geförderte mitteleuropäische Zollannäherung nicht neue Interessengegensätze wecken, so ist für eine dauernde Feindseligkeit der russischen Landwirtschaft, des Grundstocks des gegenwärtigen russischen Wirtschaftslebens, kaum ein durchschlagender Grund vorhanden.

**B**EI der russischen Industrie wird man allerdings darauf gefaßt sein müssen, daß sie aus dem kräftigern Selbstbewußtsein der gewerblich-städtischen Unternehmer- und Arbeiterschichten neues Blut für eine stärkere gewerbliche Unabhängigkeitsbewegung gewinnen wird; und vertieftes Unabhängigkeitsstreben heißt in weniger entfalteten Industriestaaten stets in erster Linie verstärkte Schutzzollpolitik. Der Krieg und die Revolution, soweit diese nicht in einer reinen Bauerndemokratie mit ausgesprochener Abneigung gegen Schlotbarone und städtische Anmaßlichkeit enden sollte, werden sich hier wahrscheinlich in die Hände arbeiten.

Aber selbst die schroffsten Industriezölle können keine fehlenden Industrien aus dem Boden stampfen und keine jungen Industrien mit einem Schlag zur vollen Leistungsfähigkeit älterer Konkurrenten emportragen. Alle solche angekündigten Umwälzungen sind deshalb im Grunde stets recht schrittweise Umbildungen geblieben. Infolge des fortlaufenden, nur allmählich (und meist nur relativ: im Verhältnis zum innern Gesamtverbrauch, nicht absolut) einschrumpfenden Bedarfs an Ergänzungszufuhren aus dem Ausland werden die Zölle noch lange Zeit so gut wie ausschließlich vom Inland getragen und schon dadurch meist in bescheideneren Grenzen gehalten als sich dies die prinzipielle Zollfeindschaft in ihrer Erfahrungslosigkeit und leeren Gedankenspinnei gewöhnlich vorstellt: die *internationale völker-versöhnende* Freihandelsanschauung entpuppt sich hier wie anderwärts sehr

<sup>2)</sup> Siehe Migulin The Grain Trade, in der Russian Section der Times vom 20. Oktober 1913.

oft als die schärfere Verkennung und Verleugnung der nationalwirtschaftlichen Selbständigkeitsregungen, während die als nationalistisch verschrienen Schutzzöllner sehr oft für die protektionistischen Anläufe im Ausland erklärlicher Weise viel eher Verständnis und Rücksichtnahme zeigen. Ferner lehrt das Beispiel aller aufgeklärten Schutzzollländer, daß die allgemeinere Belebung der Industrieproduktion wohl einzelnen Zweigen des Auslandswettbewerbs schadet, seinen allgemeinen Umfang jedoch kaum jemals einschränkt. Neu sich entfaltendes wirtschaftliches Leben erzeugt eben zugleich mannigfaltigere neue Ansprüche, zu deren Befriedigung naturgemäß das entwickeltere Ausland immer als nächstliegende Versorgungsquelle sich darbieten wird.

Schließlich aber hat sich die deutsche Wirtschaftsbetätigung in Rußland längst schon Gebiete geschaffen und oft geradezu vorzugsweise ausgewählt, denen aus einem schnellern, staatlich unterstützten Aufschwung der russischen Gesamtindustrie und aus einer Umgestaltung des ganzen russischen Staatslebens unter allen Umständen manche willkommene, unter günstigen Voraussetzungen sogar eine außerordentlich wertvolle Förderung zufließen kann. Besonders Beckmann hat im Weltwirtschaftlichen Archiv treffend hervorgehoben<sup>2)</sup>, wie Deutschland schon angesichts des bisherigen russischen Industrieprotektionismus, des Strebens nach größerer wirtschaftlicher Autarkie, »je länger je mehr nicht Fertigfabrikate sondern die sachlichen Produktionsmittel« für den technischen Aufbau der russischen Industrie lieferte, und wie es nur naturgemäß folgerichtig ist, wenn »diejenigen Kräfte, welche vor dem Kriege hier durchschlugen, sich auch im Frieden weiter ausbilden«: »Der Import an konsumreifen Waren ist . . . langsam gesunken. Aber die maschinellen Geräte und sachlichen Produktionsmittel, sowie alles das, was erst dem Aufbau der Industrie dient, fehlt in Rußland. Hier liegt auch die Steigerung des deutschen Exportes in den letzten Jahren. Es betrug der Export an:

Gegenstand	1907	1911	1912
	Millionen Mark		
Metallbearbeitungsmaschinen	4,0	8,0	9,0
Vernierte Kupfer- und Messingwaren zum Maschinenbau	1,9	3,6	4,2
Dampflokobilien	2,5	5,0	6,0
Werkzeuge	1,4	4,3	5,4
	Tausend Tonnen		
Ambosse, Schraubstöcke usw.	329	885	1362
Kessel und Kesselteile	1034	—	4533

Vor allem ist die moderne Fabrik in Rußland nur mit Hilfe deutscher Ingenieure und deutscher Fabrikate elektrisiert worden. Die elektrische Industrie steht heute als erste im russischen Verkehr. Es betrug die Ausfuhr in Millionen Mark:

Jahr	Personenmotorwagen	Explosionsmotore	Elektrische Vorrichtung zur Kraftübertragung
1907	—	2,2	1,6
1908	—	3,3	2,0
1909	2,4	2,6	2,3
1910	4,6	3,5	2,6
1911	7,7	8,9	3,9
1912	10,7	9,0	5,4

<sup>2)</sup> Siehe Beckmann Abbruch der deutsch-russischen Handelsbeziehungen 7, im Weltwirtschaftlichen Archiv, 1917, IX, Seite 48 ff.; die Zitate auf Seite 55 ff., und später Seite 53.

Die allgemeine Kreditanspannung, für den Umsatz der Waren, für die Zusammenbringung und Bereitstellung des notwendigen produktiven Kapitals wird bei vollerm Geschäftsgang nach dem Krieg erst recht sich ausbreiten und vertiefen, und es wäre merkwürdig, wenn ein so anerkannt starkes Glied in der Kette der Auslandsheranziehung wie das deutsche Bankwesen, die deutsche klein- und großfinanzielle Vermittlung zwischen Groß- und Weltmarkt und kapitalschwachen, hilflos von der Hand in den Mund lebenden Produzenten in Zukunft so leicht entbehrt oder ersetzt werden könnte. Noch mehr dürfte sich dies beim öffentlichen Kredit herausstellen, der, wenn nicht für rein politische Macht- und Kulturzwecke, in einem revolutionär verjüngten Rußland mehr als sonst ungeahnte Summen beanspruchen wird: für den Ausbau des Straßen- und Bahnnetzes, für Landwirtschaftshebung und Industrieförderung, für die Entwicklung von Häfen und Speichern, für wirtschaftliche Reformen jeder Art.

Denn Rußland mit aller seiner äußerlichen Europäisierung gleicht im innersten Kern noch in vielen Beziehungen einem jungfräulichen, kolonial unerschlossenen Land. Es ist das größte, kontinental zusammenhängende Reich der Erde; einschließlich Polens und Finnlands sowie der beiden Vasallenstaaten Chiwa und Buchara (aber ausschließlicly der nördlichen Mandchurei) nimmt es eine Fläche von 22,4 Millionen Quadratkilometer ein, gegen reichlich 11 Millionen Quadratkilometer beim Chinesischen Reich, oder gegen 7,8 Millionen Quadratkilometer bei den Vereinigten Staaten (ohne Alaska und die überseeischen Besitzungen); es ist mehr als 40mal so groß wie das Deutsche Reich. Aber selbst der europäische Reichsteil weist (1911 mit durchschnittlich 25 Einwohnern auf 1 Quadratkilometer) nur etwas über ein Fünftel der Bevölkerungsdichte des Deutschen Reiches auf; sogar das große fruchtbare Schwarzerdegebiet leidet bei der allgemeinen produktiven Zurückgebliebenheit bereits schwer an *Übervölkerung*, obwohl es sich an Bevölkerungsdichte nur mit Mecklenburg-Pommern oder dem rein landwirtschaftlichen Teil Mitteldeutschlands vergleichen läßt. Hinter der Grenzscheide zwischen Europa und Asien erhebt sich jedoch als junger ungebändigter Riese das zweite Nordamerika, Sibirien, bei dem, größere Landstriche zusammengenommen, die Bevölkerung sich nirgends über 10 Einwohner auf 1 Quadratkilometer hebt, in ganz Ostsibirien und dem Steppenland sogar nicht über 1 Einwohner auf den Quadratkilometer. Überwiegt in Sibirien, soweit es überhaupt aufgebrochen ist, die extensivste Koloniallandwirtschaft, so macht selbst im europäischen Reichsteil, dem exportierenden *Agrarstaat*, das landwirtschaftlich genutzte Land nur wenig über zwei Fünftel der Fläche aus: gegen zwei Drittel im Deutschen Reich. Dabei ist jedoch »der Ertrag der gleichen Fläche, der viel geringern Intensität der Landwirtschaft gemäß, sehr viel geringer«, und »obgleich das europäische Rußland ungefähr  $9\frac{1}{2}$ mal so groß wie das Deutsche Reich ist, ist seine Getreideerzeugung nicht viel über das Doppelte.«<sup>4)</sup> Das russische Eisenbahnnetz erscheint noch immer verhältnismäßig kümmerlich ausgebildet: vor allem, wenn man die mehr strategisch wichtigen Bahnlinien beiseite läßt. Das ganze europäische Rußland mit Polen hatte 1913 auf einer Fläche von mehr als 5 Millionen Quadratkilometer nur etwa 58 000 Kilometer Eisenbahnen, also etwa 112 Kilometer auf 10 000 Quadratkilometer, während im Deutschen Reich auf die

<sup>4)</sup> Diese und die folgenden Angaben nach Hettners meisterlicher Schrift *Rußland*, 2. Auflage (Leipzig 1916/, Seite 181 ff.

gleiche Fläche 1160 Kilometer, also über das 10fache, kommen. Der Zustand des Landstraßennetzes ist nach wie vor derart, als ob Dörfer und Bezirke, in alter Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit verharrend, des Anschlusses an den großen Markt- und Welthandel ganz entbehren könnten: in Nord- und Mittelrußland ist deshalb die beste Zeit für den lokalen Landverkehr der Winter geblieben, in dem dichte Schneedecke und leichtbewegliche Schlitten den brauchbarsten Weg und das schnellste und billigste Transportmittel gewähren.

Ein unvergleichlich ausgedehntes und vielseitiges Betätigungsfeld winkt somit der ausländischen Kapitalmitwirkung in unserm östlichen Nachbarstaat. Und die russischen Revolutionäre dürften kaum so reaktionär befangen denken wie manche unserer deutschen sozialistischen *Radikalen*, die als *prinzipielle Freihändler* seinerzeit die siegreiche Revolution aufforderten unerbittlich vor allem dem ausländischen Kapital den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Oder die tatsächlichen Entwicklungsbedürfnisse werden sehr rasch über so verzopfte Neigungen zur Tagesordnung übergehen.



**W**ENN aber der Bedarf nach ausländischer wirtschaftlicher Mitwirkung bleibt und wahrscheinlich in einem sich innerlich erneuernden Rußland rapid anschwellen wird, hat es für Rußland einen Sinn sich ausschließlich an die heutigen Bundesgenossen zu klammern und vor allem: sich mit gebundenen Händen an England auszuliefern, das, durch die Kriegsnoté ohnehin schon mit erpreßten weitreichenden Wirtschaftskonzessionen und jederzeit mit dem Druckmittel der anzudrohenden Kreditentziehung ausgerüstet, wider Erwarten rasch zu einer Art finanzkapitalistischer Oberherrschaft emporgestiegen ist?

Für den russischen Agrarabsatz bleibt, wie erwähnt, Frankreich fast belanglos, und bezeichnenderweise nennt Professor Migulin in den Times den französischen Zolltarif als gleich schädlich neben dem deutschen. Dieses Land der kleinbäuerlichen Demokratie mit allen ihren guten und schwachen Seiten deckt in günstigen Jahren seinen Nahrungsbedarf wesentlich selber und stützt sich bei geringeren Ernten auf die handelspolitisch bevorzugten oder dem Inland gleichgestellten nordafrikanischen Kolonien; »weder für menschliche Nahrungsmittel noch für agrare Rohstoffe, die beiden Hauptposten des russischen Lieferanten, hat Frankreich einen Markt« (Beckmann). Die englische Politik geht trotz ihren beruhigenden und lockenden Zusicherungen mehr und mehr darauf aus die britischen Siedlungskolonien und Indien als agrarische Zufuhrquellen präferentiell zu behandeln; selbst bei eigenem Widerstreben könnte sie sich auf die Dauer dem stetig sich verstärkenden Drängen der Kolonien gar nicht entziehen. Wo wäre da an einen Ersatz für den bisher wichtigsten russischen Absatzmarkt zu denken? An den französischen Milliardenarlehen jedoch hat Rußland bereits sehen können, wie leicht einseitige Kreditverbindungen zu unbequemen politischen Verpflichtungen auszuschlagen vermögen. Wäre da ein englisches (oder, was im Grunde das gleiche ist: ein englisch-amerikanisches) finanzkapitalistisches Übergewicht nicht noch viel mehr zu fürchten? Wäre die Schaffung eines stärkern Gegengewichts durch engere deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen nicht zugleich politisch eine befreiende Tat?

Solange die unberechenbaren Würfel des Krieges rollen, haben natürlich alle internationalen Zukunftspläne ihr mißliches. Aber das enthebt nicht der

Notwendigkeit die verschiedenen denkbaren Wege und Ziele der Kriegsbeendigung und Friedensgestaltung gegen einander abzuwägen. Und immer wieder kommen wir dabei, von verschiedenen Ausgangs- und Gesichtspunkten aus, zu dem, bei ruhiger vorurteilsloser Beurteilung unausweichlichen Ergebnis: daß Deutschland und sein östlicher Nachbar schließlich nicht bloß durch tiefere, erst in Jahrzehnten und Menschenaltern sich voll auswirkende weltpolitische Strömungen zusammengeführt werden, sondern daß sie ebenso im nächsten alltäglichen Wirtschaftsleben in beiderseitigem Interesse auf die engste Zusammenarbeit angewiesen sind. Wir haben keinen Anlaß im Westen einem leeren Irrlicht nachzulaufen, während im Osten große übereinstimmende Interessen durch übertriebenes Mißtrauen und überlieferte Abneigungen unheilbar geschädigt werden.

## HERMAN KRANOLD · DIE TÜRKEI, RUSSLAND UND EUROPA



ON Belgrad bis Konstantinopel bildet Südosteuropa zusammen mit Kleinasien eine Brücke zwischen Afrika und Arabien einerseits und Mitteleuropa andererseits. Darin liegt seine große Bedeutung. Denn dieser Lage entsprechend bildet es auch eine Brücke der Kulturen. Seit mehreren tausend Jahren strömt über diesen Landstrich der Ausgleichsstrom zwischen östlicher und westlicher Kultur; die ältesten Wege des Welthandels führen darüber hin, und sein Besitz war deshalb ebenso viele tausend Jahre hindurch entscheidend für die Weltherrschaft. Hier lag bis zum Ende des Mittelalters der strategische Punkt der imperialistischen Bestrebungen. Insbesondere am Besitz des Bosphorus und der Dardanellen haftete die Herrschaftsgewalt. Diese Bedeutung der südasiatisch-afrikanisch-europäischen Landbrücke, vor allem der Meerengen, ist in der Gegenwart durch die Erweiterung des Begriffs der Welt zum Ganzen der Erdoberfläche zwar eingeschränkt, aber nicht aufgehoben worden.

Seit der Entdeckung des Weges nach Amerika und der Schiffsverbindungen um das Kap der Guten Hoffnung herum nach Indien verringerte sich die hohe Bedeutung des Balkans und Kleinasiens. Immer noch lag zwar dieser Landstreifen in der Mitte der Welt: aber er war nun nicht mehr so sehr ihr Lebenszentrum als vielmehr das Ziel der Angriffe von außen. Er war umgangen, vom Feind flankiert worden. Um Afrika herum führte nun für die westlichen Küstenstaaten Europas, durch Turan und die Mongolei für das Moskowiterreich der militärische und Handelsweg. Die Kaufleute von Nischnij-Nowgorod und die Schiffsherren von Cadix und Porto entthronten Byzanz, die damalige Zentralbörse der Welt, wie sie die Hanse zerriegen und Venedig, die Königin der Adria, zur Nutzlosigkeit verdammt. Genuas Größe vernichtete der Genuese Christoph Columbus, Venedigs Größe Columbus' portugiesischer Konkurrent Vasco da Gama. Was die Hohenstaufen, die Anjous, die Normannen, die Kalifen mit ihren Versuchen Unteritalien und Sizilien zu unterwerfen nicht erreicht hatten: die Beherrschung des öst- und westlichen Geländes, was selbst die Aragonier nach dem Gelingen dieses Versuchs von dort aus in 200jähriger Herrschaft nicht fertig brachten, das erreichte Philipp II. Er erreichte es, als er 1580 Portugal an Spanien brachte und so die Welt zu einem Reich zusammenschloß, von dem er, mit mehr

Recht als einst sein Vater Karl V. von dem seinen, sagen durfte, die Sonne gehe darin nicht unter. An der Brücke der Welt aber fraß sich inzwischen die Schar der Anlieger satt, so gut sie es vermochte. Die Parole von der Emanzipation der Balkanvölker auf der Grundlage des Nationalismus konnte Kroatien, Slawonien, Bosnien, den Banat und Bessarabien ebensowenig gegen Fremdherrschaft sichern, wie das Freiheitsstreben, die Atomisierungssucht der Armenier und Ägypter diese vor Knechtschaft schützte. Über die Machtverteilung auf der Erde jedoch entschied nicht mehr der Besitz jenes Landstrichs sondern der Kampf um den Weg nach Indien und Amerika; und der wurde im Ärmelkanal, in Flandern und an den Pyrenäen ausgekämpft. Byzanz, Kairo, Rom waren nicht mehr Subjekte sondern lange Zeit sogar nur mäßig begehrte Objekte der Weltgeschichte.

Hier aber zeigt sich, daß bewußtes menschliches Handeln die Erde zu ändern vermag. Das Werk Ferdinand de Lesseps' brachte mit einem Schlag einen großen Teil der Vergangenheit wieder zurück. Infolge des Durchstichs der Landenge von Suez wurden Byzanz, Kairo, Rom wieder zu strategischen Punkten der Weltpolitik, Italien, der Balkan, Kleinasien und Ägypten zu Bastionen des Weltverkehrs. Und mit der abermaligen Erweiterung des Begriffs der Welt, die um diese Zeit eintrat, wuchs auch die Bedeutung dieser Bastionen, da Byzanz der Schnittpunkt der alten und der neuen Straßen wurde. Zwischen Italien, Ägypten und dem Bosphorus entstand das gewaltigste Gleisdreieck der Völkerverbindungen. Und neben dem Ärmelkanal wurde so Konstantinopel von neuem der Angelpunkt der Weltpolitik. Nach diesen beiden Polen gravitierte Europa.

Denn seit dem Beginn des zweiten Drittels des vorigen Jahrhunderts trat Rußland, das bis dahin eine vorwiegend osteuropäische Angelegenheit gewesen und nur selten in der Weltgeschichte genannt worden war, in den Kreis der Weltwirtschaft und Weltpolitik ein. Es debütierte im griechischen Befreiungskampf ziemlich erfolglos mit ideologisch-kulturellen Strebungen. Dann aber wuchs die materielle Basis seiner Macht, die Getreideausfuhr, allmählich zu welthistorischer Bedeutung. Und so trat Rußland bald darauf im Krimkrieg mit realen Interessenkämpfen (in scheinbarer Niederlage) auf die Bühne. Die Straße, die die Getreidefluten Südrußlands dem sich immer gewaltiger industrialisierenden Westeuropa brachte, schnitt den alten, nun wieder neu entstehenden ostindisch-westeuropäischen Weg, der von Calcutta über Suez nach London führte, im östlichen Mittelmeer. Und der Balkan, Kleinasien, Syrien und Ägypten bildeten ein Festungsviereck an den beiden sich schneidenden Straßen, wie einst das oberitalische Festungsviereck an dem Schnitt der Brennerstraße mit der Verbindungslinie Lyon-Venedig. Damals wurde das Herzogtum Mailand, in dem jenes italische Festungsviereck lag, zum heißumstrittenen Besitz, jetzt ward die Türkei wiederum, wie in ihren ersten Tagen, gleichzeitig Protagonist der Weltpolitik und die Rolle, um die alle Mitspieler der Weltkomödie sich rissen.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Siehe Jastrow Die Weltstellung Konstantinopels in ihrer historischen Entwicklung /Weimar 1915/; Philippson Das Türkische Reich, eine geographische Übersicht /Weimar 1915/; Säßheim Der Zusammenbruch des Türkischen Reiches in Europa, in dem Sammelwerk Die Balkanfrage, herausgegeben von Bonn /München 1914/; Kranold Studien über Krieg und Wirtschaft II: Wirtschaftsgeographische Grundlagen der Weltpolitik (Abschnitt Das Türkenbündnis) /Augsburg 1916/.



**I**N diesem geschichtlichen Werden spiegeln sich alle Kräfte, die gegenwärtig zusammenwirken, um die Brücke von Europa zum Orient zum Brennpunkt einer neuen Entwicklung zu machen. Darüber hinaus gewinnt dieser Länderkomplex in der Gegenwart noch eine besondere Bedeutung: In ihm liegt für das zurzeit größte Industrieland des europäischen Kontinents der Weg, der ihm für Krieg und Frieden den Zusammenhang mit künftig doppelt wichtigen Gebieten seines Rohstoffbezugs sichert.

Betrachten wir die einzelnen Staaten. Frankreich ist von dem Hauptteil seines Kolonialbesitzes nur durch einen relativ abgeschlossenen Meeresteil getrennt, den es im allgemeinen im Krieg wie im Frieden als sicher betrachten zu können glaubte. Im Jahr 1902 tat es dafür den entscheidenden Schritt. Es fing an seine antienglische Politik abzubauen (wozu ihm die verkehrte Elsässerpolitik Deutschlands, die bornierte Russenfeindschaft der deutschen Demokratie und die starken inneren Kämpfe wegen der Rüstungslasten zur See und zu Lande starke Handhaben boten). Seitdem hat sich Frankreich mit England in Afrika überall verständigt. Es mußte den Engländern mit hohen Wechseln auf die Zukunft (den Wechseln auf den nun fast 3 Jahre währenden Landkrieg) für die Sicherung seines nordafrikanischen Reiches zahlen. Es mußte seine alten Rechte auf Ägypten in den Kauf geben. Selbst seine einstigen kontinentaleuropäischen Ideale mußten dabei versinken. Aber im westlichen Mittelmeerbecken ist es seitdem nicht mehr bedroht, die Verbindung mit seinen Tochtergebieten ist ihm gesichert. Auf Kolonisation in Amerika hat Frankreich, von kleinen Überbleibseln alter Pracht abgesehen, jetzt verzichtet. Es ist also am Ärmelkanal kein Rivale mehr. Solange es an dieser Politik festhält, dürfte keine Konstellation eintreten, in der es gegen die englische Flotte fechten müßte, und es gibt keine Macht, die seine Seeverbindung mit Nordafrika gefährden könnte. Im Frieden aber ist der Seeweg von Algier und Tunis nach Marseille nie ein Hindernis gewesen, er bot stets nur ein billiges Verkehrsmittel. England hat mit seinem Reich keinerlei territorialen Zusammenhang. Aber es beherrschte bisher die Verkehrsstraße, die See, wenn auch nicht ohne Bedrohung, so doch praktisch noch in genügendem Maß. Noch kann niemand wissen, ob der Vorsprung im Tauchbootbau, den wir gegenwärtig besitzen, uns nach dem Krieg erhalten bleiben wird. Jedenfalls dürfte es nach diesem Krieg mit der absoluten Sicherheit für die Warentransporte Englands zur See ein Ende haben. (Allerdings wird mittlerweile der Kanaltunnel gebaut.) Fände England selbst Abwehrmittel gegen das Tauchboot, so wäre es doch zu einem Wettkampf gezwungen wie früher zwischen Schiffspanzer und Schiffsgeschütz. Diesmal aber ohne einen Vorsprung von 50 Jahren vor uns und, ebenso wie wir, mit Kriegsschulden und Landheerlasten überbürdet. Solche Schwierigkeiten der Verbindung mit seinen Rohstoffgebieten kannte indes das englische Mutterland vorher niemals. Rußland hängt mit den Kolonialgebieten, die die Träger seiner Zukunft sein werden, mit dem südwestlichen Sibirien, Turan und Iran durch einen breiten Landstrich und ein vom Kaspischen Meer ausstrahlendes Netz von Wasserstraßen zusammen<sup>2)</sup>, das bei genügendem Ausbau allen Anforderungen zu genügen vermag. Hier ist also nach dem Ausdruck unserer Reichstagsfraktion schon jetzt das »Ziel der Sicherung« erreicht. Italien steht dagegen viel unglücklicher

<sup>2)</sup> Siehe Kranold Rußlands Drang zum Meer, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 II, Seite 477 ff.

da. Es hat nach allen Seiten offene Flanken. Es kann sich koloniale Expansion nur im Gegensatz zu Frankreich verschaffen, das militärisch und exportökonomisch immer der überlegene Teil, der Löwe in Poincaré-Salandras *societas leonina* sein wird. Auf der andern Seite fehlt ihm jedoch der eigentliche objektive Antrieb zur Kolonisation: absolute Übervölkerung und Mißverhältnis zwischen den Entwicklungsmöglichkeiten von Industrie und Landwirtschaft. Es hat vielmehr allen Grund innenkolonialisatorische Außenpolitik zu treiben.<sup>3)</sup> Und es wird sich von dem Irrweg, auf dem es jetzt ist, wieder in die freie Bahn einer bessern Zukunft zurückfinden, wenn es einmal zu einer wirklichen Demokratie ökonomisch reif sein wird.

Bei Italien finden wir aber schon ein Element im Komplex der Triebkräfte, das auf eine Ähnlichkeit seiner weltpolitischen Lage mit der Mitteleuropas hindeutet. Es besitzt nämlich in Nordafrika 3 Kolonien (von denen 2 von jeher freilich nur kostspielige Bibelots waren und deren dritte ihm bisher teuer genug zu stehen kam). Auch zu ihnen führt die orientalische Landbrücke. Denn in den Weg über Sizilien-Malta hat sich vorsorglich England hineingesetzt. Dieser kommt nur in Frage, solange Italien mit England einig ist. Wie lange das sein kann, ist jedoch eine Frage für sich, und jedenfalls liegt es nicht in der Hand der Italiener darüber die Entscheidung zu treffen. Wenn Italien nun mit sicheren Verbindungen nach seinen Kolonien rechnen will, so nur auf dem Umweg Albanien-Thrazien-Bosporus-Kleinasien-Syrien. Aber auch da stößt es wieder auf einen englischen Klotz im Weg.

Die Tatsache, daß man über den Bosporus und den Suezkanal nach Afrika marschieren kann, greift nun auch in den Komplex der auswärtigpolitischen Probleme Mitteleuropas bestimmend ein. Schon im Frieden sind die beiden, am Goldenen Horn in einander fließenden Meeresarme, zusammen mit der korrigierbaren Donau, mit oder ohne Bagdadbahn, bequeme Zufahrtsstraßen für tropische Produkte. Im Krieg aber ist die Bedeutung dieser Brücke einzigartig. Ist sie erst einmal fertiggestellt, so kann sie durch Aktionen zur See nicht gefährdet werden. Denn während des Feldzugs, wo schließlich Geld keine Rolle spielt, ist nichts leichter als den Seeverkehr von Trapezunt einerseits und von Bab el Mandeb andererseits nach Belgrad auf das Land zu verlegen. Dies Reich vom Dollart bis zum Persischen Golf (bei dem der Begriff der Herrschaft nicht mitgedacht zu werden braucht) hätte etwas Unangreifbares an sich und wäre deshalb wohl ein ruhender Pol in der Flucht der weltpolitischen Konstellationen.

Zu gleicher Zeit kommen aber diesem Reich (oder Bund, oder wie man es sonst nennen mag) weitere friedenbewirkende Eigenschaften zu. Zwischen Rußland und England eingeschaltet kann es eine gegenseitige Rückversicherung der ersten Macht gegen die zweite darstellen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß es die russische Schwarzmeerflotte durch freiwilliges Öffnen der Dardanellen aus ihrer Eingeschlossenheit befreit und Rußland auch für seinen Marsch an den Persischen Golf wohlwollende Neutralität sichert. Und endlich kann der Bund, wenn er seine notwendige Ergänzung durch ein mittelafrikanisches Kolonialreich sich sichert, seinem Aufbau nach in der Hauptsache sich selbst genügen, hätte also keinen eigentlichen Anreiz zur Expansion und damit zum Kriegführen. Vom Äquator bis zur Eider

<sup>3)</sup> Siehe Kranold Probleme der italienischen Kolonialpolitik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 II, Seite 569 ff.



sind die natürlichen Vorbedingungen gegeben, um alle Erfordernisse menschlicher Wirtschaft in ausreichendem Maß zu befriedigen.

In dieser dreifachen Eigenschaft: in seiner Selbstsicherheit, in seiner Autarkie und in seiner Doppelfront, ist also das Recht gegeben den Bund, dem Deutschland gegenwärtig angehört, für ein zur Dauer bestimmtes Gebilde zu halten. Damit ist aber eine wesentliche Bedingung erfüllt, die der Sozialist stellen muß, wenn seine Billigung dieses Bundes gefordert wird.

**M**IT alledem ist aber die Bedeutung des Bündnisses mit der Türkei für uns noch keineswegs erschöpft. Vielmehr liegt in der Frage unseres Verhältnisses zur Türkei nach dem Krieg die eigentliche Schicksalsentscheidung über unsere außenpolitische Orientierung miteingeschlossen. Daß diese Orientierung, wenn sie unsern Bestand und den Bestand des festländischen Europas überhaupt sichern soll, auf eine vollkommene Verständigung mit Rußland über alle außenpolitischen Differenzpunkte abzielen muß, ist den Lesern der Sozialistischen Monatshefte bekannt.

Neben dem tiefen Gefühl, das sich auch jetzt mitten im ärgsten Blutvergießen nicht zum Schweigen bringen läßt: wie sinnlos dieser blutige Krieg zwischen einander so nahestehenden Nationen wie den romanischen Europäern und den Deutschen ist, macht sich immer deutlicher das Bewußtsein geltend, daß wir unsere Wirtschaft nur in engem Zusammenschluß nicht nur mit Österreich-Ungarn, den Balkanländern und der Türkei sondern vor allem auch mit Belgien, Frankreich und Italien in dem erforderlichen Maßstab werden ausbauen können. Auf der immanenten (freilich damals noch nicht begriffenen) Solidarität in den Interessen der Kontinentalvölker war die mit welt- und zeitungsfassendem Genie konzipierte Kontinentalpolitik Napoleons aufgebaut. Und selbst wer bezweifelt, daß damals schon jene Solidarität in so weitgehendem Maß vorhanden war, muß einsehen, daß heute jedenfalls ein solcher Kontinentalblock unumgänglich notwendig ist, da nur noch Kontinente Subjekte der Weltwirtschaft und der Weltpolitik sein können. Zur Bildung dieses Kontinentalblocks bedarf es der Freundschaft und der Verständigung mit F r a n k r e i c h. Und zu diesem Zweck wiederum der Verständigung mit R u ß l a n d. Daß Frankreich schlechterdings nicht in der Lage ist sich auf ein freundschaftliches Verhältnis zu einem Mitteleuropa einzulassen, das in schlechten Beziehungen zu dem Riesenreich an seiner Ostflanke steht, das lehrt ja wohl auch den Kurzsichtigen die Geschichte der Ara Caillaux. Dieser französische Staatsmann, der so klar wie kein anderer die Notwendigkeit einer Verständigung seines Vaterlands mit Deutschland erkannt hatte, scheiterte mit seinem, von der innern Struktur Frankreichs stark begünstigten Einigungsversuch, obwohl er diesen mit der ehrlichsten Absicht begonnen hatte. Vergebens benutzte er die Finanzreform, nach der jeder sozial denkende Franzose schrie, als Gefährt für diesen Verständigungsversuch; vergebens stellte er in Aussicht, daß die 2jährige Dienstzeit bestehen bleiben könnte; vergebens lockte er die Pariser Finanzkreise mit deutsch-französischen Konsortialgewinnen: Der französische Präsident war, gerade auch infolge der frühern deutschen Politik, von den jeweiligen Machthabern in Petersburg nicht zu trennen. Ohne Verständigung mit Rußland ist also an eine solche mit Frankreich überhaupt nicht zu denken, ist eine Kontinentalpolitik ein schöner Traum. Auch von dieser Seite her lie-

gen somit Gründe genug für eine deutsch-russische Verständigung vor, und es bestätigt sich von neuem die Richtigkeit der Lehre von der Notwendigkeit einer östlichen Orientierung Deutschlands. Wir müssen uns jedenfalls entscheiden, ob wir ein Anhängsel Englands oder ein gleichberechtigtes Glied in der Gemeinschaft der Vereinigten Staaten Kontinentaleuropas sein wollen. Ziehen wir dies vor, so müssen wir die Bedingungen einer solchen Verständigung zu erfüllen bereit sein.



**H**ABEN wir uns das klar gemacht, so müssen wir nunmehr uns fragen, worin denn diese Bedingungen bestehen. In den polnischen Angelegenheiten haben wir Rußland nichts zu gewähren. Die Polenproklamation war ursprünglich gewiß ein gegen Rußland gerichteter Akt und mußte als solcher uns die schwersten Bedenken einflößen. Aber nachdem Rußland selber den Polen die Selbständigkeit versprochen hat, kann Polen (falls nicht noch weitere und ungewöhnlich ungeschickte Akte dazukommen) kein Streitobjekt zwischen Rußland und den Mittelmächten mehr sein; vielmehr wäre eine gemeinsame Lösung der polnischen Frage das naturgemäß Gegebene. Auch die von uns besetzten Teile der russischen Ostseeprovinzen können wir nicht als Konzessionsobjekte im eigentlichen Sinn behandeln. Denn Rußland hat als Entgelt dafür in Ostgalizien gleichfalls ein Faustpfand. Daß wir an eigentliche Annexionen in Rußland ohnehin nicht denken können und gar nicht denken wollen, darüber dürften sich die politisch Einsichtigen, denen die Zukunft Deutschlands wichtiger ist als das Davontragen einer Scheinbeute, ziemlich im klaren sein.<sup>4)</sup> Was die mit der Türkei verbündeten Mittelmächte Rußland außenpolitisch bieten könnten, das wären gerade Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei, die für beide Teile große Zukunftswerte darstellen können.

Rußland bedarf zwar heute nicht mehr des Besitzes der Meerengen von Konstantinopel und Gallipoli. Es bedarf aber um seines Exports willen der sichern Durchfahrt durch diese Meerengen. Den Wunsch die Rاندländer der Meerengen zu erobern hat die russische revolutionäre Regierung jetzt ausdrücklich aufgegeben. Schließlich kann man leicht einsehen, daß Rußland nicht nötig habe das Blut seiner Söhne für dieses Ziel zu vergießen. Die Entente, die angeblich im Londoner Vertrag Rußland den Besitz des Bosphorus und der Dardanellen zugesichert haben sollte, ist über Scheinmanöver an den Dardanellen und in Saloniki nie hinausgegangen. Dagegen ergriff sie mit Feuereifer den Vorschlag ihres neuesten Bundesgenossen Wilson Konstantinopel zu neutralisieren, das heißt unter englisch-amerikanische Kontrolle zu stellen. Wenn irgendetwas geeignet ist auch dem bürgerlich imperialistischen Teil der Duma den Star zu stechen, so ist es dieses Anerbieten. Es wäre in der Tat ein Meisterstück englischer Außenpolitik: durch einen mit russischer Hilfe erfochtenen Sieg nicht nur Arabien, Mesopotamien, den Irak und die Sinaihalbinsel einzustecken sondern auch die Russen selbst im Schwarzen Meer für das nächste Jahrhundert sicher hinter Schloß und Riegel zu legen. Wirklichen Nutzen kann Rußland nur

<sup>4)</sup> Auch Serbien bedeutet in unserer Hand kein Faustpfand. Denn hier hat in der Hauptsache Bulgarien zu sprechen. Zudem bedarf das Verhältnis Serbiens zu Österreich, das den unmittelbaren Anlaß zum Weltkrieg abgab, ohnehin einer grundsätzlichen Regelung. Andererseits ist auch Armenien in Rußlands Hand kein wirkliches Kompensationsobjekt. Armenien war immer mehr oder weniger ein Fremdkörper, ja manchmal ein rechter Pfahl im Fleisch des Osmanenstaats. Über Armenien ließe sich daher zwischen Rußland und der Türkei eine Einigung wohl erzielen.

dadurch haben, daß die Meerengen im Besitz einer starken Türkei verbleiben. Einer starken Türkei, die Rußland (nebst den übrigen Schwarzmeerstaaten) unter allen Umständen und für Schiffe aller Art freie Durchfahrt garantiert und die allen anderen Großmächten die Durchfahrt für Kriegsschiffe untersagt. Einer starken Türkei, die diese Sperre gegen englische Angriffe aufrechtzuerhalten imstande ist. Das aber ist nur der Fall, wenn deutsche Truppen und deutsche Munition ihr zur Verfügung stehen, wenn Deutschland den Schutz der Meerengen mit übernimmt. Hier hat das Deutsche Reich (natürlich im Bund mit Österreich-Ungarn) allerdings etwas zu bieten: den Türken den Besitz Konstantinopels, den Russen die freie Passage.

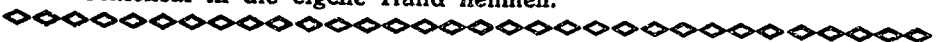
Lange Jahre hindurch wurde der Türkei ihre Lage an einem der Angelpunkte der Weltpolitik zum Verhängnis; lange Jahre hat ihr die Gier der Rivalen Stück um Stück aus dem Leib gerissen. Jetzt endlich ist die große Wendung da, jetzt endlich kann sie den Vorteil aus dieser Lage haben, wenn Deutschland und Rußland, in wohlverstandenen nationalen Eigeninteresse, sich an dem direkten Schutz der türkischen Herrschaft über die Meerengen beteiligen. Dann kann die Türkei an ihre innere Stärkung gehen.



ALLES das ist kein Gegenstand akademischer Auseinandersetzungen oder Parteidiskussionen. Es ist die dringende Not des Tages. Wohl weist man bei uns darauf hin, wie England darben müsse und wie vergeblich es den *Wall von Eisen und Feuer* in Flandern und Artois zu durchlöchern suche. Gewiß.

Aber in dieser Zeit der Not ist England der große weltpolitische Schlag geglückt, zu dem es seit Napoléons Zug nach Ägypten ausholte: Es hat den Landring um den Indischen Ozean geschlossen. Die Sinaihalbinsel, Südostarabien, das Land beiderseits des Schatt el Arab sind in seiner Hand; schon hat es sich die Flankendeckung von Bagdad gesichert, schon hat es versucht sich Palästinas zu bemächtigen, schon den heiligen Ort der Muslims in seine Hand zu bringen. Freilich hat es bei Gaza zweimal Niederlagen erlitten; aber wer sagt uns, daß es bei diesen Schlappen endgültig bleiben wird? Die Zähigkeit Englands bei allen Unternehmungen, die sein eigenes Interesse angehen (nicht das eines Alliierten, wie bei Gallipoli) sollten wir nunmehr zur Genüge kennen gelernt haben. Vergessen wir also nicht, daß der Weltkrieg dort unten entschieden wird. Der weltwirtschaftlichen Betätigung Deutschlands ist ein Riegel vorgeschoben, wenn die Landstraße vom Kap nach Calcutta England überantwortet bleibt. Gelingt es aber England den Krieg so zu beenden, daß Rußland und die Mittelmächte einander Feinde bleiben, so kann ihm dieser Besitz überhaupt nicht mehr streitig gemacht werden. Deutschland ist dann für die Zukunft ausgeschaltet, mag es im Augenblick auch noch so gut abgeschnitten zu haben glauben.

Von welcher Seite man das europäische Zukunftsproblem also auch betrachtet, es bietet sich in gutem Sinn immer nur eine Lösung. Noch ist es nicht zu spät entschlossen an die Verwirklichung dieser Orientierung zu gehen. Sie muß ohne Zaghaftheit und ohne Kleinlichkeit vollzogen werden. Allzuviel kostbare Zeit ist nutzlos verstrichen. Die politische Nutzung der Zeit war stets und ist auch heute die Stärke britischer Staatskunst. Diese aber war und ist gegen Europa gerichtet. Diesmal müssen wir daher unser Schicksal in die eigene Hand nehmen.



## FRIEDRICH KLEIS · ARBEITERAUSSCHUSSE



U den verschiedenen wichtigen sozialpolitischen Neuerungen während des Krieges gehört die Einführung von obligatorischen Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in den größeren gewerblichen Betrieben. Nach § 11 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst müssen in allen für diesen Dienst tätigen Betrieben, für die Titel 7 der Gewerbeordnung gilt und in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt sind, ständige Arbeiterausschüsse bestehen. Soweit für solche Betriebe ständige Arbeiterausschüsse nach § 134 a der Gewerbeordnung oder nach den Berggesetzen nicht bestehen, sind sie zu errichten. Nach den selben Grundsätzen und mit den gleichen Befugnissen sind in gewerblichen Betrieben mit mehr als 50 nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtigen Angestellten besondere Angestelltenausschüsse zu errichten. Für die Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung soll nach § 15 des selben Gesetzes im Verordnungsweg der Arbeiterausschuß die gleiche Ausgestaltung erhalten. Das ist auch geschehen. Die auf Grund eines Erlasses vom 5. Januar 1908 bereits bestehenden Arbeiterausschüsse sind ganz den Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes angepaßt. Ferner ist nach den Erklärungen des Staatssekretärs Helfferich eine ähnliche Verordnung für den Eisenbahnbetrieb zu erwarten.

Damit sind langjährige sozialpolitische Forderungen erfüllt worden. Gehören diese Ausschüsse doch schon zu den sozialen Reformen, die in den Jahren 1848 und 1849 geplant waren. In einem damals von den Abgeordneten Degenkolb, Veit und Becker abgegebenen Minderheitsvotum zu dem Entwurf einer allgemeinen Gewerbeordnung war unter anderm auch die Errichtung von Fabrikausschüssen, Fabrikräten und Fabriksschiedsgerichten vorgesehen. Den Fabrikausschüssen waren Aufgaben zugedacht, wie sie heute die Arbeiterausschüsse auf sich genommen haben. Der erste Unternehmer, der in Deutschland einen Arbeiterausschuß einsetzte, soll David Peters in Elberfeld gewesen sein, bei dem am 24. September 1861 ein *Arbeiter Vorstand* gewählt wurde, der die Unterstützungs-, Spar- und Krankenkasse mit zu verwalten, Gutachten über Stücklöhne abzugeben hatte usw. In den siebziger Jahren kamen derartige Einrichtungen schon mehrfach vor, und als im Jahr 1890 der Verein für Sozialpolitik eine Erhebung darüber veranstaltete, wie viele solcher Ausschüsse ungefähr vorhanden waren, wurden etwa 40 nachgewiesen. Seit den Kaiserlichen Erlassen vom 4. Januar 1890, die für Pflege des Friedens zwischen Unternehmern und Arbeitern eintraten, fanden die Ausschüsse eine noch weitere Verbreitung. Äußere Veranlassung dazu boten die Krankenkassen, Konsumvereine, dann die Wohlfahrtseinrichtungen, für deren Verwaltung man die Arbeiter zu interessieren wünschte. So zog man die Arbeiter heran, forderte sie auf sich über bestimmte Dinge zu äußern und suchte ihnen immer mehr Aufgaben zu übertragen. Eine gewisse gesetzliche Anerkennung fanden die Arbeiterausschüsse durch die Ergänzung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891, das sogenannte Arbeiterschutzgesetz, das für größere Betriebe die Arbeitsordnungen obligatorisch einführt, bei deren Aufstellung die Arbeiter des Betriebs zu »hören« sind. Dieses Anhören kann dadurch geschehen, daß dem Arbeiterausschuß Gelegenheit zur Äußerung gegeben wird. Gleichzeitig bestimmt § 134 h der Gewerbeordnung, welche Ausschüsse als ständige Ar-

beiterausschüsse im Sinn der vorher erwähnten Vorschriften gelten. Es sind dies diejenigen Vorstände der Betriebskrankenkassen oder anderer für die Arbeiter der Fabrik bestehenden Kasseneinrichtungen sowie sonstige Arbeitervertretungen, die in ihrer Mehrheit aus gewählten Vertretern der Arbeiter bestehen. Die Regierung hatte in ihrer Begründung zu den Bestimmungen nur kurz bemerkt, daß es sich nicht empfehle »die neuerdings mehr und mehr Eingang findenden Arbeiterausschüsse zu einer gesetzlichen Einrichtung zu machen«; dagegen »werden sie durch die Gesetzgebung so weit zu berücksichtigen sein, daß sie in Fällen, wo eine Anhörung der Arbeiter vorgeschrieben wird, als deren Vertretung anerkannt werden«. Bemerkenswert ist besonders, daß seinerzeit weder von den Unternehmern noch von den Arbeitern den Ausschüssen eine besondere Zuneigung entgegengebracht wurde. Die Unternehmer lehnten sie ab, wie Bueck im September 1890 im Verein für Sozialpolitik erklärte, weil sie glaubten mit den Ausschüssen die Arbeit der sozialdemokratischen Propaganda zu besorgen; die Sozialdemokraten stimmten sogar gegen die angeführten Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Ausschüsse, weil sie in ihnen ein Hemmnis einer unabhängigeren, umfassenderen Arbeitervertretung gegenüber dem Kapital erblickten. Im Lauf der Jahre hat sich auf beiden Seiten die Abneigung gelegt. Die Unternehmer betrachten die unter ihrer Obhut stehenden Ausschüsse als das *kleinere Übel*; die Gewerkschaftsbewegung sieht auch in ihnen ein Mittel einen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen auszuüben.

Die Schaffung obligatorischer Arbeiterausschüsse wurde seinerzeit bei der Beratung der sogenannten großen Gewerbeordnungs-Novelle für alle Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern beschlossen. Sie sollten aus mindestens 5 gewählten Arbeitern bestehen. Die Novelle kam aber infolge der Reichstagsauflösung damals nicht zur Verabschiedung. Das Bergrecht sieht in einigen Bundesstaaten die Arbeiterausschüsse als obligatorische Einrichtung vor. In Preußen müssen sie in allen Bergbetrieben vorhanden sein, wenn in der Regel mindestens 100 Arbeiter beschäftigt werden. Das Gesetz geht hierbei von dem Gedanken aus, daß die Arbeiterausschüsse aus den Sicherheitsmännern entstehen sollen. Über Zusammensetzung und Größe der Ausschüsse, Wahl der Mitglieder (Verhältniswahl ist zulässig), Dauer und Beendigung der Mitgliedschaft sind im Berggesetz ausführliche Bestimmungen getroffen. Ihre Aufgaben sind weitergehend als in der Gewerbeordnung für die Ausschüsse der gewerblichen Betriebe vorgesehen sind.

Die Aufgaben der Arbeiterausschüsse sind gegenwärtig allgemein in § 12 des Hilfsdienstgesetzes mit den Worten zusammengefaßt:

»Dem Arbeiterausschusse liegt ob das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebs und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebs und seiner Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern.«

Im einzelnen sind insbesondere auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung noch die schon erwähnte Begutachtung der Arbeitsordnung hinzuzufügen, die für die Rechtsverhältnisse der Arbeiter in den größeren Betrieben maßgebend ist, die Zustimmung zu Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen, mit der Fabrik verbundenen Einrichtungen sowie zu den Vorschriften über das Verhalten

der minderjährigen Arbeiter außerhalb des Betriebs (§ 134 b Absatz 3 der Gewerbeordnung), die Überwachung der Verwendung der Ordnungsstrafgelder sowie überhaupt aller Einnahmen und Ausgaben, die für wohlthätige Zwecke im Interesse der Arbeiter zu machen sind, die Erledigung von Beschwerden bei ungerechten Strafen, Lohnabzügen wegen Materialschadens, Lohnfestsetzungen, Arbeitszeitverkürzungen wegen Mangels an Arbeit, Regelung des Überstundenwesens, Aussetzen von der Arbeit, hygienische Einrichtungen, Vorschläge zu Sicherheitsvorkehrungen, zur Beseitigung von Gefahren im Betrieb, zur Verbesserung der Unfallverhütungseinrichtungen, Schlichtung von Streitigkeiten der Arbeiter unter einander, sofern sie dazu von beiden Seiten angerufen werden, Abschätzungen des Wertes nicht vollendeter Akkordarbeit usw. Neuerdings ist, ihnen auch die Mitwirkung bei der Regelung der Ernährungsfrage in den einzelnen Betrieben übertragen worden, zum Beispiel die Bestimmung der Schwer- und Schwerstarbeiter, des weitem vor allem auch die Verteilung der Hindenburgspende und anderer Kostzulagen usw. So sind die Aufgaben des Arbeiterausschusses mannigfacher Art, und er kann sehr vorteilhaft für die im Betrieb Beschäftigten wirken, wenn er die nötigen Fähigkeiten besitzt und ständig mit seinen Mitarbeitern und seiner Gewerkschaft in Fühlung steht. Auf der andern Seite gewinnt die Betriebsleitung eine Arbeitervertretung, mit der sie verhandeln kann. Wenn Differenzen entstehen, weiß der Unternehmer oft nicht, ob diejenigen, mit denen er verhandeln will, auch wirklich die Vertreter der Arbeiter sind. Besteht ein Ausschuß, so ist eine dauernde Verbindung mit den Arbeitern hergestellt.

Über die nähere Organisation der Arbeiterausschüsse sagen die Gesetze sehr wenig. Hier wird ein großer Unterschied gemacht, ob ein Ausschuß schon beim Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes, also am 5. Dezember 1916, bestand, oder ob er erst später errichtet wurde. Im ersten Fall bleiben die Einrichtungen wie er sie früher hatte (Wahlverfahren, Zusammensetzung) erhalten, im andern kommen die vom Hilfsdienstgesetz gezogenen Richtlinien zur Anwendung. Das ist allerdings noch ein großer Mangel. Denn nach den früheren Bestimmungen konnte der Arbeitgeber einen Teil der Ausschußmitglieder ernennen, die Wahlfähigkeit konnte an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden usw. So sehen alle Satzungen für Bergwerke vor, daß die zu Wählenden mindestens 30 Jahre alt und 1 Jahr im Betrieb tätig sein müssen. Die Neuorganisation auch dieser alten Ausschüsse war aber im Reichstag nicht zu erreichen. Die Reichstagskommission für das Hilfsdienstgesetz kam darin nur so weit entgegen, daß sie in einer Resolution die Erwartung aussprach, »daß die Arbeitgeber die nach § 134 h der Gewerbeordnung bestehenden Ausschüsse nach den Vorschriften des § 11 des Hilfsdienstgesetzes zusammensetzen«. Kommt der Betriebsinhaber dem Verlangen der Arbeiter auf Umgestaltung nicht nach, so bleibt nichts anderes übrig als eine entsprechende Beschwerde an den zuständigen Gewerbeinspektor oder an das Kriegsamt in Berlin zu richten.

Nach dem Hilfsdienstgesetz müssen die Mitglieder des Arbeiterausschusses von den volljährigen Arbeitern des Betriebs oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Das sind wesentliche Neuerungen gegenüber den früheren Bestimmungen. Mit der allgemeinen Einführung der Ver-

hältniswahl soll erreicht werden, daß der Ausschuß sich so zusammensetzt wie die Wählerschaft, daß in ihm die verschiedenen Anschauungen und Gruppen nach ihrem Zahlenverhältnis vertreten sind. Die Verhältniswahl kennzeichnet sich besonders dadurch, daß vor der eigentlichen Wahlhandlung Wahlvorschläge einzureichen sind und die Auswahl sich nur auf diese Vorschlagslisten beschränkt. Das Hilfsdienstgesetz sagt, daß die Landesregierung das Nähere bestimmt. Die einzelstaatlichen Ministerien haben daraufhin auch Wahlordnungen für die Wahl der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse erlassen. Die preußische Wahlordnung zum Beispiel regelt in 28 Paragraphen alle Einzelheiten. Der Unternehmer leitet die Wahl, wenn er nicht dazu einen andern Bevollmächtigten bestimmt. Kommt durch Verständigung der Arbeiter nur eine Vorschlagsliste zustande, so gelten die hier Genannten als gewählt, und eine Stimmabgabe der Arbeiter unterbleibt. Wird trotz wiederholter Aufforderung eine Wahlvorschlagsliste überhaupt nicht eingereicht, so ernennt der Wahlleiter die Ausschußmitglieder. Die großen Gewerkschaftszentralen haben Vereinbarungen getroffen darauf hinzuwirken, daß durch Aufstellung gemeinsamer Vorschlagslisten Wahlkämpfe möglichst unterbleiben. Das ist im großen ganzen auch eingehalten worden. Meist vollzogen sich die Wahlen ohne Wahlkämpfe. Wo es trotzdem in einzelnen Fällen zur Aufstellung mehrerer Wahllisten kam, verlief die Wahl gleichwohl in aller Ruhe. Das Ergebnis der Stimmabgabe war überall eine große Mehrheit für die Bewerber der freien Gewerkschaften, die vielfach sogar restlos gewählt wurden. Besonders bemerkenswert ist es, daß alle volljährigen Arbeiter des Betriebs, also auch die Arbeiterinnen, das Wahlrecht besitzen. Die Wahl kann auch von Betriebsabteilungen selbständig vorgenommen werden.

Die großen Betriebe haben in der Regel für den Arbeiterausschuß eine besondere Satzung, worin seine Wahl, seine Tätigkeit usw. näher geregelt ist. Diese Satzung, die dem Ausschuß ein festes Gefüge gibt, bildet meist einen Anhang zur Arbeitsordnung. Sie enthält nähere Angaben über die Zahl der zu wählenden Vertreter usw. Die Aufstellung eines solchen Regulativs ist jedenfalls sehr zu empfehlen. Allerdings ist unterm 22. Januar 1917 vom preußischen Handelsminister eine Verordnung ergangen, die die Einrichtung und den Geschäftsgang der Arbeiterausschüsse näher regelt. Hiernach sollen zum Beispiel in Betrieben bis zu 250 Arbeitern 5 Ausschußmitglieder gewählt werden. Für jedes Mitglied sind 2 Ersatzmänner zu bestellen. Der Betriebsunternehmer oder ein von ihm bestellter Vertreter beruft den Ausschuß, leitet seine Verhandlungen usw. Durch ein besonderes Regulativ können aber die Einrichtungen des Ausschusses ausgestaltet und verbessert werden. Die obenerwähnte Verordnung des preußischen Ministers ist, wie im Hilfsdienstausschuß am 23. April 1917 festgestellt wurde, kein Hindernis. So sieht die Satzung für den Arbeiterausschuß der Sächsischen Gußstahlfabrik in Döhlen vor, daß in der ersten Sitzung nach jeder Neuwahl der Ausschuß aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, einen stellvertretenden Vorsitzenden und einen Schriftführer wählt. Sehr gut ist es auch in der Satzung regelmäßige Sitzungen festzulegen. So bestimmt die Satzung des Arbeiterausschusses des Rasselsteiner Eisenwerks, daß der Ausschuß am ersten Montag jedes Monats vormittags 10 Uhr und im übrigen nach Bedarf zu einer Sitzung zusammentritt. Die Satzungen der Maschinenbaue-

sellschaft Vulkan in Stettin, des Hüttenwerks Wasseraffingen, der Lampenfabrik Wolfram in Augsburg usw. sehen vor, daß für die Zeit der Tätigkeit des Ausschusses der Lohn weitergezahlt wird. Daß der Unternehmer geeignete Räume für die Sitzungen bestimmen muß, sieht die Gießerei Otto Gruson & Co. in Magdeburg vor, die Papierwarenfabrik Jovishoff in Halle, daß der Arbeiterausschuß die Strafgelderkasse allein verwaltet usw. Die Satzung des Arbeiterausschusses braucht der Ortspolizeibehörde oder der Gewerbeinspektion nicht zur Genehmigung eingereicht zu werden. Das hindert natürlich nicht, daß die Gewerbeinspektion um Vermittlung angerufen werden kann, wenn zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern eine Einigung über die Satzung nicht zustande kommt oder diese sehr nachteilige Bestimmungen enthält, die der Unternehmer nicht beseitigen will. In § 8 der schon erwähnten preußischen Verordnung ist für alle Streitfälle über den Arbeiterausschuß zwischen den Arbeitern und dem Betriebsunternehmer der Gewerbeinspektor als entscheidende Stelle vorgesehen. Auf Beschwerde gegen dessen Regelung entscheidet endgültig der Regierungspräsident. Nach § 12 des neuen Hilfsdienstgesetzes muß auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Ausschusses eine Sitzung anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es ist zu empfehlen, wie es die Satzung des Arbeiterausschusses beim Gußstahlwerk Panzer in Wolgast vorsieht, daß über die Verhandlungen ein ausführliches Protokoll geführt wird. Die mehrfach erwähnte preußische Verordnung vom 22. Januar 1917 empfiehlt das auch. Zweckmäßig ist es auch, daß die Mitglieder der Arbeiterausschüsse der verschiedenen Betriebe in den großen Städten oder Bezirken zusammenkommen und sich über ihre Aufgaben und Tätigkeiten regelmäßig aussprechen. Das wirkt sehr aufklärend und anregend. In vielen Orten, wie in Halle an der Saale, sind schon sehr gute Erfahrungen damit erzielt worden. Die Zusammenberufung und Leitung hat am besten das Gewerkschaftskartell in die Hand zu nehmen.

Früher litt die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse sehr darunter, daß die Unternehmer solche Mitglieder des Ausschusses, die sich *mißliebig* gemacht hatten, maßregeln konnten. Hier ist eine Besserung eingetreten. Nach § 13 der Bestimmungen über die Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 30. Januar 1917 ist es den Arbeitgebern und ihren Vertretern bei Geldstrafe bis zu 300 Mark oder Haft untersagt die Arbeiter oder Angestellten ihres Betriebs bei Ausübung des Wahlrechts oder in der Übernahme der Tätigkeit als Mitglied eines Arbeiter- oder Angestelltenausschusses zu beschränken oder sie wegen der Übernahme oder der Art der Ausübung zu benachteiligen. Diese Vorschriften erschweren zum mindesten die willkürliche Entlassung von Ausschußmitgliedern erheblich.

Als ein Mangel hat sich herausgestellt, daß im Hilfsdienstgesetz eine bestimmte Frist für die Einsetzung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse nicht vorgesehen ist. In vielen Betrieben ist diese infolgedessen noch nicht erfolgt. Auf die einmütige Kritik, die hieran in der Sitzung des Reichstagsausschusses für das Hilfsdienstgesetz am 14. Mai 1917 geübt wurde, erklärte der Regierungsvertreter, es werde bald eine Bundesratsverordnung über die Ausführung der Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes zu diesen Ausschüssen kommen; diese setze auch eine Frist zur Vornahme der Wahlen fest und stelle deren Nichteinhaltung durch die Unternehmer unter



Strafe. Ferner solle überall in den Betrieben der Marineverwaltung, wo die Arbeiter mit den alten Ausschüssen nicht zufrieden seien, eine Neuwahl nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes vorgenommen werden. Die geforderte Errichtung von Ausschüssen für die Bureauangestellten, insbesondere der Versicherungsgesellschaften, die dem Titel 7 der Gewerbeordnung nicht unterstehen, wurde von den Regierungsvertretern zugesagt, wenn durch Einführung anderweitiger gesetzlicher Bestimmungen die Ausschüsse in den Frieden mit hinübergenommen würden, was wohl nicht zweifelhaft sein könne.

Seit Erlaß des Hilfsdienstgesetzes ist vielfach, namentlich in der Tagespresse, erörtert worden, welche sozialpolitische Bedeutung die Arbeiterausschüsse überhaupt und die jetzigen Neuerungen im besondern haben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die früheren Erfahrungen oft nicht aufmunternd waren. Häufig führten die Ausschüsse nur ein Scheindasein, sie bestanden nur dem Namen nach. Oft war ein Teil der Mitglieder durch Tod oder Austritt ausgeschieden und eine Ergänzungswahl nicht vorgenommen worden. Mit der Begutachtung der Arbeitsordnung war in der Hauptsache ihre Wirksamkeit erschöpft. Die Sitzungen fanden meist nicht regelmäßig statt. Man kann Professor Wilhelm Stieda durchaus zustimmen, wenn er sagt:

»Vielfach haben die Arbeitgeber es versäumt der Einrichtung, die bei wohlwollender Förderung ein wichtiger Faktor zur Versöhnung der Gegensätze hätte werden können, diejenige Stellung einzuräumen, die ihr von der Gesetzgebung zugedacht war. . . Für gewöhnlich werden sie vom Unternehmer nur in Nebensachen gefragt und sinken demnach zu voller Bedeutungslosigkeit herab. . . Zum Teil mögen die Arbeiter selbst schuld an dieser Wendung der Dinge sein. Sie scheinen sich unter dem Eindrücke zu befinden, als stünden sie einer Falle gegenüber. Selbst die offensten Erklärungen der Fabrikinspektoren vermochten nicht den Argwohn zu zerstreuen.«<sup>1)</sup>

Stieda kommt zu dem Schluß, daß diese Entwicklung an der Schwäche der Institution selbst liegt. Eine gedeihliche Wirksamkeit würden die Ausschüsse dann entfalten können, »wenn in den Anschauungen der Fabrikanten ein völliger Umschwung sich vollzogen haben wird«. Dazu ist zu bemerken, daß die Arbeiterausschüsse durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere durch ihre obligatorische Einführung, jedenfalls gekräftigt und gestärkt worden sind. Die Kriegswirkungen haben auch einen Umschwung der Anschauungen über die Zusammenarbeit der Unternehmer mit den Arbeitern erzeugt. Eine grundsätzliche Abneigung gegen die Beteiligung an den Arbeiterausschüssen ist wohl nirgends mehr vorhanden. Die gewerkschaftliche Schulung hat die Arbeiter gelehrt auch diese Institution zu achten und sachgemäß zu benutzen. Auch bei manchen Unternehmern hat sich gegenwärtig der Standpunkt vom *Herrn im Hause* etwas verschoben. Es wird darauf ankommen, wie weit diese Entwicklung anhält und noch weiter gefördert wird. Die Arbeiterausschüsse als Einrichtung bedürfen noch einer weitern gesetzlichen Sicherung. Die Gewerbeordnung muß zu ihrem Schutz und ihrer Ausgestaltung noch manche Bestimmung aufnehmen.

Im übrigen wird es viel auf die Haltung sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter ankommen. Wird man auf der einen oder andern Seite sehen, daß das gegenwärtig oft bestehende Vertrauen getäuscht wird, so wird das natürlich auf die Tätigkeit und die Bedeutung der Arbeiterausschüsse zurück-

<sup>1)</sup> Siehe Stieda *Arbeitsordnungen und Arbeiterausschüsse*, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I, 3. Auflage /Jena 1909/, Seite 1148.

wirken. Und das wäre im Interesse der nationalen Produktion sehr zu bedauern. Unser Wirtschaftsleben bedarf nach dem Krieg intensiver Entwicklung. Schwere wirtschaftliche Kämpfe würden die Heilung der Wunden hindern, die der Krieg geschlagen hat. Die neuen hier behandelten Vorschriften wollen dem wirtschaftlichen Leben diese versöhnende und ausgleichende Richtung geben. Deshalb sind sie zu begrüßen. —

## ADOLF BEHNE · EINLEITUNG ZU EINER BETRACHTUNG DES MORGENLANDES



BERALL auf der Erde gibt es, wie mir scheint, zwei Typen von Menschen, die wir wirklich mit einigem Recht als feststehende Grundtypen ansehen dürfen: nämlich jenen Menschen, der Bestehendes anerkennt, und jenen, der seine Welt will. Man kann den beiden verschiedene Namen geben, nur nicht die des Konservativen etwa und des Liberalen. Denn mit Politik hat die Angelegenheit absolut gar nichts zu tun, zum wenigsten nicht mit Politik als Futterplatz- und Eigentumsfrage. Wohl aber können wir die beiden Grundtypen als den konsumierenden und den produzierenden Menschen bezeichnen, als Tatsachen- und Phantasiemenschen, und zuletzt, allgemeiner, noch immer im unpolitischen Sinn, als Bürger und Rebellen. Die nähere Begriffsbestimmung, die wasserklare Scheidung ergibt sich auf folgendem Weg.

Gleichermaßen für alle gegeben sind die Welt oder der Kosmos und das menschliche Hirn-Herz-System. Der fast banalen Grundtatsache gegenüber, daß nun unmöglich jemals eine gesunde, reine, alles bejahende und vollkommen befriedigende Harmonie zwischen Kosmos und Herz gefunden werden kann, verhält sich der Bürger so, daß er das Herz in der Brust dem Stern am Himmel lächerlich entschieden vorzieht. Der Mensch ist das Maß aller Dinge. Was außerhalb der menschlichen Gesellschaft vor sich geht, das hat keinen weitem Sinn. Soweit man, Notiz von den außermenschlichen Dingen nehmen muß, tut das die Wissenschaft. In dieser Wissenschaft des Bürgers werden die Himmelserscheinungen unschädlich, so wie abgeschnittene kranke Menschenglieder in reinem Alkohol. Der Rebell entscheidet sich im Zwiespalt Kosmos-Mensch gegen seine eigene natürliche, irdische Existenz. Er wählt die Welt. Aber weil die Welt des Unendlichen so herrlich ist, hüllt und trägt diesen Menschen ein unzerbrechlicher Glaube; während jeder Bürger, in seine Triebe eingespannt, sich in notwendig ihn einfangender Angst mühen muß.

Der Bürger teilt die Erscheinungen der Erde ein. Nach gewissen äußeren, sicheren, unverkennbaren Merkmalen schafft er Grenzen, die er dann ernsthafter nimmt als die Dinge selbst. Der Rebell sprengt harmlos diese Grenzen, weil er kein Interesse dafür hat das unsagbar Viele zu trennen, das nicht zu einander paßt, sondern sich jene Wenigen zu Freunden machen will, die durch alle Welt eines Sinnes sind. Der Bürger also unterscheidet auf diesem Planeten 5 Erdteile, unterscheidet verschiedene Rassen, Stämme, verschiedene wesentliche Kulturen, mit so und so vielen Stufen, und erwartet nun von jedem Erdenbewohner, daß er an dem Platz, bestimmt nach Generation, Rasse und Kulturstufe, für den auf normalem Weg ein entsprechendes Elternpaar ihn zeugte, gesund und frisch sein Amt ausfülle. Aber die noch so

hygienische Geburt kann manchmal nicht verhindern, daß ein Rebell den ihm zugewiesenen Platz zu klein findet, daß er Sehnsucht spürt nach einer andern Kultur.

Am folgerichtigsten und ganz methodisch ist das Bürgerwesen in Europa ausgebildet. Tatsächlich hat Europa im Verlauf seiner Entwicklung nur wenige Rebellen anzuzeigen und umzubringen gehabt. (Ich wiederhole, daß ich keinen politischen Rebellen meine.) Statt aber hieraus den Schluß zu ziehen, daß es um den geistigen Nachwuchs in Europa seit langem schlimm stehen müsse, zog man stets nur den wundervoll falschen, daß eben in Europa alles zum besten sei. Wenn aber in Europa, so auf der ganzen Erde. Europa ist die Erde, ihr Haupt, ihr Gewissen, ihr Herz. Freilich gibt es noch einige geringe Teile der Erdoberfläche, in Zentralafrika und im Himalayagebiet, da man noch nichts von Schreibmaschinendurchschlag und von Telegrammgebühren weiß. Aber das ist nur eine Frage der Zeit. Unsere Enkelkinder werden auf der Weltausstellung 1975 zu Pernambuco den Triumph der europäischen Kultur auf der ganzen Linie feiern können.

Sollte es in der Tat so weit kommen, daß, wozu es freilich auf dem besten Weg ist, Europa seine Kultur der ganzen Welt aufstempelt, dann wäre dieses Unheil unvergleichlich. Denn daß der Europäer die unheimliche Gabe hat nicht nur im Krieg sondern selbst im tiefsten Frieden wahre Kultur reinlich aufzulösen und zu vernichten, das hat er in allen 5 Erdteilen einwandfrei nachgewiesen. Vielleicht hat er die Blüte der Azteken- und Inkakultur nur ausgerissen, weil seine Goldgier sich vor ihrer Hoheit instinktiv schämte. Nun ist Europa durch den Krieg freilich kleiner geworden. Aber es bleibt die Ansammlung aller Industrie und allen Dynamits. Solange seine an Stärke unverminderte Technik auf kleinerem Raum zusammensteht, wird es an fürchtbarer, brutaler, kulturvernichtender Gewalt nur immer noch zunehmen. Deshalb kann die Rettung Europas doch nur durch eine innere Erkenntnis, eine seelische Umkehr geschehen. Durch Jahrhunderte hindurch ist das Herz des Europäers hart wie Stein gewesen. Vielleicht erreicht es der Jammer dieses Krieges, den kein Menschenverstand versteht, den kein Begriff zu deuten vermag, der wirklich wie ein Verhängnis gekommen ist. Vielleicht ist er dazu bestimmt das europäische Herz zu erweichen. Vielleicht gelingt es dem Jammer dieses Krieges, daß der europäische Mensch auf seinem Weg einmal zusammenschreckt und stutzt. Und in einem solchen Moment des Stutzens hörte er vielleicht doch auf eine Frage. Diese Frage lautet: Haben wir in aller unserer europäischen Herrlichkeit nicht seelisch fürchtbar verloren, seitdem wir einst aus dem Osten fortgezogen sind?

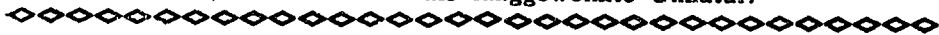
Ein Rebell in unserm Sinn kann natürlich auch der politische Revolutionär einmal sein, aber er ist es nicht notwendig. Der politische Revolutionär Europas blieb meist Europäer. Und in Europa wirkt stets schon revolutionär, wer immer nur, an Stelle des Vorteilhaften, des Passenden, das Rechte tut. Ein solcher Mensch, ein Gotthold Ephraim Lessing, wie ihn uns Franz Mehring dargestellt hat, fällt hier sofort als ungesund und gefährlich auf; er wird instinktiv isoliert und endet unfehlbar in der Einsamkeit. Und doch ist dieser Grad von Idealismus: stets das Rechte zu tun, nur ein Anfang. Derjenige Mensch, im Europa benannten Erdteil geboren, den ganz die Weltgeistliebe ergriff und gegen den *ἀνθρώπος μέτρον*-Satz rebellieren ließ, kann nichts anderes tun als den gewohnten Europäer auszuziehen. Und auch

hier gibt es einen Maßstab, sicher zu erkennen, ob die Leistung eines europäischen Idealisten das Relative schon unter sich läßt und wahrhaft schöpferisch rebellisch wird: Alle die Leistungen, deren Träger bei aller zugestandenen Erfahrung, Klugheit, Beobachtung und Ausdauer als Philister denkbar sind (man kann in diesem Zusammenhang dafür setzen: als Fachmänner) bleiben doch bei aller anständigen Nützlichkeit in die Grenzen des Europäertums hart und spröde eingeschlossen.

Wirklich, es bleibt nichts anderes übrig: Wollen wir Mensch in schöpferischem Sinn sein, so müssen wir den Europäer ausziehen. Das Ideal ist natürlich: völlig zu einem reinen, schlackenfreien Gedanken des Sterns Erde zu werden (wie es Scheerbart in seinem glühend schönen Roman Ich liebe Dich ersehnt). Aber viel auf diesem Weg ist schon getan, wenn wir nur wenigstens die enge, kleine, arme Bedingtheit unseres Europäertums durchschauen und uns von diesem betriebsamen, geschäftigen Erdenwinkel auf unsere Heimat, auf das Morgenland, besinnen. Heimatkultur, Heimatkunst: wie schön, wie wahrhaft lockend leuchten diese Worte, wenn wir sie recht verstehen. Unsere Heimat ist das Morgenland, eine Heimat mit mythischen Strömen, mit wallenden Urwäldern und weiten, sengenden Wüsten, mit herrlichen Pflanzen und prächtigen Tieren, eine reiche, traumhaft unerschöpfliche Heimat, das Füllhorn der Erde, von dessen Überfluß ein wenig in das kleine Europa überfloß. Ein wenig es nur. Aber denken wir, sofern wir es denken können, dieses wenige aus unserm Dasein fort, erschrecken wir nicht wie vor einem plötzlich aufbrechenden Abgrund? Denken wir einmal aus unserm Geist, aus unserer Flora und Fauna die Geschenke des Ostens fort, was bleibt an Schönem und Notwendigem, was für den Lebensunterhalt und was für unser Genießen, was für unsere Notdurft und was für unser Entzücken?

Warum ist für die Mitlebenden der Gedanke solcher Heimatkultur dennoch so ganz seltsam und verwirrend? Weil sie glauben, daß, wie der Hund an seine Kette und in seine Hundehütte, so der Mensch an die Rubriken seiner Gewohnheit gebunden sei. Der Inder hat Exote zu sein und zu bleiben, der Neger ein Wilder, der Europäer ein Däne, Italiener oder Tscheche. Der Europäer unterwirft sich jenen Strichen nicht weniger devot, als wären sie göttliche, ewige Gebote. Und hiermit führt diese einleitende Betrachtung zu ihrem Anfang zurück, zum Gegensatz des Bürgers und Rebellen, zum Gegensatz des Menschen, der das Bestehende kritiklos, ohne auf seine Wurzeln zu blicken, anerkennt, und dessen, der seine Welt will. Für den Bürger ist es das Natürliche die europäische Konjunktur auszunutzen, mitzumachen, als Vertreter des Europäozentrismus. Aber er weiß nicht, daß alle Wahrheit erst dort beginnt, wo dieses *Natürliche* aufhört, das Phantastische anhebt.

Das Phantastische, das die Seele des Kosmos ist, hat auf dem Planeten Erde eine Heimat nur noch im Morgenland. Und darum, seien wir geboren und angemeldet wo immer, soll das Morgenland unsere Heimat sein. Hätte selbst die Überlieferung unrecht, Asien bliebe doch unsere Heimat. Denn wir gehorchen nicht dem Lineal sondern dem Gewissen. Das mag immerhin dem Europäer unnatürlich vorkommen. Ist doch, was wir gemeinhin natürlich nennen, nichts anderes als langgewöhnte Unnatur.



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Edmund Fischer

**Bergbaurecht** Ein dem sächsischen Landtag zur Beratung vorliegender Gesetzentwurf bringt für Sachsen ein neues staatliches Kohlenbergbaurecht. Es soll danach die Kohle (Steinkohle und Braunkohle) vom Verfügungsrecht des Grundeigentümers, sofern nicht Ausnahmen zugelassen sind, ausgeschlossen werden. Vom Grundeigentum abgetrennte Kohlenbergbaurechte erlöschen, soweit sie nicht unter diese Ausnahmen fallen. Das Recht Kohlen aufzusuchen und zu gewinnen steht in dem sich aus dem Gesetz ergebenden Umfang dem Staat zu. Ausgenommen vom staatlichen Kohlenbergbaurecht ist das Kohlenunterirdische, das zum Grubenfeld eines bereits am 18. Oktober 1916 von einem andern Unternehmer als dem Staat betriebenen Kohlenbergwerks gehört. Dies gilt nur, wenn dem Bergwerksunternehmer an diesem Tag bereits das Eigentum am Grundstück zustand oder, falls das Kohlenbergbaurecht vom Grundeigentum abgetrennt ist, das Kohlenbergbaurecht übertragen war. Daß Kohlenunterirdisches vom staatlichen Kohlenbergbaurecht ausgenommen ist, bedarf der Feststellung durch das Bergamt. Der Entwurf enthält aber auch eine recht bedenkliche Bestimmung, die beseitigt werden sollte. Der § 22 besagt nämlich: Unterliegt Kohlenunterirdisches dem staatlichen Kohlenbergbaurecht, so erhält, wenn nicht beim Inkrafttreten des Gesetzes ein Kohlenbergbaurecht vom Grundeigentum abgetrennt war, der Eigentümer des Grundstücks, sobald die Kohle gewonnen wird, und solange dies geschieht, entsprechend der jährlichen Förderung eine Abgabe (Förderabgabe). Diese Förderabgabe soll nach § 25 bei Steinkohle 3, bei Braunkohle 5 % des Wertes der aus dem Grundstück geförderten Kohle betragen. Kosten der Aufbereitung werden nicht abgezogen. Als Wert gilt der Verkaufspreis ab Werk, der für die verkaufte Kohle des Werks im Jahr durchschnittlich erzielt worden ist. Die reichsgesetzliche Kohlensteuer wird vom Verkaufspreis abgezogen; neben dem Verkaufspreis gewährte Vorteile werden ihm aber hinzugerechnet. Die Förderabgabe an die Grundstücksbesitzer steht mit dem Prin-

zip des Gesetzes und seinen Zielen in völligem Widerspruch.

Besonders beachtenswert ist die Begründung, die die Regierung dem Gesetzentwurf beigegeben hat. Es heißt da: Der Standpunkt, den einerseits das sächsische Bergbaurecht, andererseits die der Bergfreiheit für Kohle festsetzenden Gesetzgebungen in dieser Frage eingenommen haben, sei unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr zu rechtfertigen. Die Kohle sei unersetzlich und unentbehrlich. Die einmal gewonnenen und verbrauchten Teile dieses Bodenschatzes könnten sich niemals wieder ergänzen. Dabei wachse die Bedeutung der Kohle in wirtschaftlicher Beziehung von Jahr zu Jahr. Zwar verfüge auch Deutschland noch über Kohlenunterirdisches in großem Umfang; aber es sei auch der Kohlenbedarf infolge der Zunahme der Bevölkerung und besonders wegen der großen Ansprüche der Industrie, verbunden mit der steigenden Knappheit der sonstigen Heizmittel in fortgesetztem Wachsen begriffen. Deshalb müsse für jede weitschauende Regierung die Frage, in welcher Weise die Kohlenschätze gewahrt und der Zeitpunkt ihrer Erschöpfung hinausgeschoben werden können, Gegenstand ernster Sorge sein. Sei der Abbau der Kohle dem Ermessen der Beteiligten überlassen, so liege es auf der Hand, daß im allgemeinen die Neigung bestehen werde möglichst schnell viel Kohle zu fördern, daß hierbei diejenigen Teile des Kohlenunterirdischen, die den meisten Gewinn abwerfen, bevorzugt werden, und daß Flözteile oder gar ganze Flöze, bei deren Abbau der Erlös durch die Gewinnungskosten aufgezehrt wird, oder bei denen diese Kosten dem Erlös nahekommen, nicht mitgewonnen sondern dem Verderben preisgegeben werden. Bleibe die Kohलगewinnung dem Belieben einzelner überlassen, so könnten Kohlenwerke errichtet werden, auch wenn dies gar nicht im Interesse der Kohlenverbraucher des Landes liege. Eine Überproduktion führe alsdann nicht einmal notwendig zu einer Verbilligung der Kohlenpreise, da die Zusammenschlüsse der Bergwerksunternehmer und Händler sicher eine den Abnehmern günstige Preisbildung zu verhindern wüßten und der Kohlenexport einen größern Umfang annehmen werde. Es sei aber auch der berechtigte Wunsch der Verbräucher-

daß innerhalb gewisser unvermeidlicher Schwankungen der Stand der Kohlenpreise die erforderliche Ruhe bewahre. Deshalb erscheine es nicht angängig den Handel mit kohleführenden Grundstücken und mit Kohlenbergbaurechten gänzlich der Privatspekulation zu überlassen und auf diese Weise zu dulden, daß hierbei große Gewinne gemacht werden, die für die Kohle naturgemäß zu erheblichen Preisschwankungen, meist Preiserhöhungen, führen müssen. Zur Wahrung des hier vorliegenden Interesses der Allgemeinheit sei aber nur der eine Weg gangbar: das Verfügungsrecht über die Kohle, soweit der Abbau noch nicht begonnen hat, dem Staat zuzusprechen. Der Staat werde haushälterisch mit der Kohle umgehen. Er werde nicht Kohlenwerke neu eröffnen, wenn ein entsprechendes wirtschaftliches Bedürfnis nicht vorliege. Auch biete der staatliche Betrieb hinsichtlich der Stetigkeit und Angemessenheit der Kohlenpreise die denkbar größte Gewähr. Der Staat werde auch derjenige Bergwerksunternehmer sein, der in erster Linie berufen und imstande ist sich gegenüber Händlervereinigungen die erforderliche Selbständigkeit zu bewahren und unberechtigten Spekulationsgewinnen entgegenzutreten.

Trotz dieser Begründung erklärte die Regierung, sie strebe nicht nach einer Verstaatlichung des Bergbaus oder nach einem staatlichen Kohlenmonopol. Die Regierung wolle keineswegs verhindern, daß neben den staatlichen Kohlenbergwerken auch leistungsfähige Privatbergwerke tätig seien. In welchem Umfang aber den Kohlenwerken etwa noch über ihren jetzigen Feldbestand hinaus weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu gewähren sein würden, sei eine Frage, die der Zukunft vorbehalten bleiben müsse. Die Einleitung zu einer Verstaatlichung des gesamten Bergbaus bedeutet dieses Gesetz immerhin. Bei der Vorberatung des Gesetzentwurfs in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags am 9. Mai, in der die Sozialdemokraten die Verstaatlichung des Bergbaus auch forderten, fragte sehr treffend der Abgeordnete Schulze den Staatsminister, der bestritten hatte, daß die Vorlage ein Staatsmonopol bedeutet: Was will er denn anders? Zwar ist es richtig, daß die bestehenden Bergwerke nicht unter das Gesetz fallen, aber die gesamte künftige Entwicklung des Bergbauwesens, soweit es die Kohle betrifft, fällt darunter, und es ist doch ganz klar, daß mit der Zeit

ein vollständiges Staatsmonopol entstehen wird. Der Entwurf ist einer Deputation zur Beratung überwiesen worden. Auch bewilligte der Landtag wieder 25 Millionen Mark zum Erwerb von Kohlenfeldern.

Ähnliche Wege wie die sächsische ist auch bereits die württembergische Regierung gegangen. Württemberg hat keine Kohlenfelder, aber einen, allerdings geringen Besitz an abbaubaren Mineralien. Durch die Berggesetznovelle vom 22. Dezember 1916 ist nun das Schürfen nach Eisen und Eisenerzen in Abweichung vom bisherigen Recht mit Wirkung vom 13. Dezember 1916 dem Staat vorbehalten worden. Begründet wurde auch dieses Gesetz in der Art, wie in Sachsen das neue Bergbaurecht. Auch die württembergische Regierung erklärte: Es sei nicht der Zweck der Vorlage und nicht in Aussicht genommen die Ausnutzung der Erzlager durch private Unternehmer zu unterbinden sondern lediglich an solche Bedingungen zu knüpfen, die geeignet sind der Gesamtheit den nach Lage der Verhältnisse ihr billigerweise zukommenden Anteil an der Wertsteigerung der Bodenschätze und den zu erwartenden Gewinn bei deren Ausnutzung sicherzustellen, sei es durch Ausbedingung einmaliger oder fortdauernder Entgelte für die Überlassung von Erzfeldern sei es durch Verkauf des vom Staat gewonnenen Erzes oder Eisens. Grundsätzlich zielt aber auch dieses Gesetz auf ein Staatsmonopol hin.

Wohin die neuere Entwicklung drängt, kommt in dem gesetzgeberischen Vorgehen in Sachsen und Württemberg deutlich zum Ausdruck. Preußen wird dem Beispiel der anderen Staaten folgen müssen, falls nicht von Reichs wegen ein Bergbaumonopol geschaffen wird.

**Preußen: Bergbau.** Nach dem Jahresbericht der Preussischen Bergverwaltung für das Betriebs-

jahr 1915, das vom 1. April 1915 bis zum 31. März 1916 reicht, ist der gesamte Wert der eigentlichen Bergwerkserzeugnisse mit 278,2 Millionen Mark im Jahr 1915 gegen 232,4 Millionen Mark im Jahr 1914 um 19,7 % gestiegen. Der Wert der verarbeiteten Bergwerkserzeugnisse hat in der gleichen Zeit um 21,5 % zugenommen. Der Reingewinn betrug im Berichtsjahr 44,8 Millionen Mark, das sind rund 9 % des buchmäßigen Anlage- und Betriebskapitals von rund 495 Millionen Mark. Von diesem

Reingewinn sind 27,7 Millionen Mark in bar abgeliefert worden, während der Rest zur Vermehrung des Anlagekapitals verwendet worden ist.

Über die Reingewinne des preußischen Bergbaus machte der Handelsminister Sydow am 5. März im preußischen Abgeordnetenhaus (auf eine Rede des Genossen Hue hin, der Lohnerhöhungen für die Arbeiter gefordert hatte) folgende Angaben: »Nach den mir vorliegenden Zahlen liegt die Sache so, daß der Überschuß des Bergbaus (des Erzbergbaus, des Salzbergbaus, des Steinkohlenbergbaus und der Hütten, alles zusammengefaßt) sich im Jahr 1913 auf 57,1 Millionen, im Jahr 1915 auf 53,4 Millionen Mark belief. Von diesen 53,4 Millionen waren aber noch nicht abgerechnet (und sie müssen abgerechnet werden) die außeretatmäßigen Ausgaben für die Unterstützungen der Familien der zum Krieg eingezogenen Bergleute mit 11,6 Millionen. Das ergibt für 1915 einen Überschuß von 41,8 Millionen gegen 57,1 Millionen im Jahr 1913. Betrachtet man nun den Steinkohlenbergbau für sich, so sind die entsprechenden Zahlen für den fiskalischen Steinkohlenbergbau 1913 38,79 Millionen, 1915 48,65 Millionen, also annähernd 10 Millionen mehr. Aber hier sind wieder nicht die außeretatmäßigen Ausgaben für die Unterstützungen der Familien der Bergleute abgerechnet; das ist von den 11,6 Millionen der weitaus überwiegende Teil, so daß sich auch hier das Ergebnis keineswegs so günstig darstellt wie es zuerst scheinen kann. Ganz anders liegen aber die Verhältnisse im Jahr 1916. Im Jahr 1916 ist während der ersten 3 Vierteljahre des Rechnungsjahres der Reinüberschuß von Vierteljahr zu Vierteljahr weiter herabgegangen, so daß wir im staatlichen Steinkohlenbergbau am Schluß der ersten 3 Vierteljahre statt des etatsmäßig zu erwartenden Überschusses mit 27 Millionen nur einen solchen von 11,5 Millionen haben.« Wie der Minister ferner mitteilte, sind die Löhne im staatlichen Bergbau in der 1. Klasse um 60 bis 65 %, in den übrigen Klassen um 36 bis 40 % gegenüber den Löhnen vor dem Krieg gestiegen. Es sei aber, betonte der Minister, geboten mit der Steigerung der Löhne weiter vorzugehen.

**Kurze Chronik** In einem 3. Ergänzungsetat, den der Reichstag am 15. Mai bewilligt hat, erhält die Reichsregierung eine erste

Rate von 1 200 000 Mark für die Beteiligung des Reichs an Vorarbeiten für Binnenwasserstraßen. Davon sind 700 000 Mark für die Vorarbeiten des Donau-Main-Kanals bestimmt, 100 000 Mark für die südwestdeutschen Wasserstraßen und 400 000 Mark für Vorarbeiten zum Ausbau von Wasserstraßen in Norddeutschland, namentlich im Stromgebiet der Weser, Elbe und Oder. Das große Projekt der Regulierung des Oberrheins und der Erschließung der Kraftquellen aus dem Oberrhein soll für sich behandelt werden.

◊ Eine wertvolle Neuerung enthält der dem sächsischen Landtag vorgelegte Gesetzentwurf über den Etat des staatlichen Elektrizitätsunternehmens. Danach soll dieser aus dem allgemeinen Staatsetat ausgeschieden und das Anlagevermögen durch besondere, von den allgemeinen Staatsanleihen getrennte Anleihen aufgebracht werden, die aus den Betriebsmitteln zu verzinsen und zu tilgen sind. In der Begründung wird gesagt, daß das Ziel: bei möglichst billiger Stromabgabe mindestens die vollen Selbstkosten zu decken, sich nur dann erreichen lasse, wenn man die Wirtschaftlichkeit des Elektrizitätsunternehmens möglichst klar und möglichst ungetrübt durch Einwirkungen des allgemeinen Staatsetats zu überblicken in der Lage sei. Ferner ist ein Landeselektrizitätsrat, der der Direktion des staatlichen Elektrizitätswerks zur Seite stehen soll, gebildet worden. Neben den Vertretern der Gemeinden und der Unternehmer gehört ihm auch ein Vertreter der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaftsbeamte Haak (Dresden), an. ◊ Ein Erlaß der russischen Regierung erklärt, daß das bisherige Kroneigentum, Kapitalien, Grundstücke, Minen, Fabriken und Anlagen, den zuständigen Ministerien zuzuweisen, also als Staatseigentum zu betrachten sei.

#### Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

**Preußisches Wohnungsgesetz** Der preußische Wohnungsgesetzentwurf (siehe diese Rundschau, 1917 I, Seite 92 ff.) ist vom Abgeordnetenhaus in 3. Lesung angenommen worden. Die eingehenden Kommissionsberatungen haben an ihm nur wenig geändert. Dadurch, daß bei der Aufstellung der Fluchtlinien jetzt auch auf das Wohnungsbedürfnis Rücksicht genommen werden soll, sind die Rechte der Polizei bei der

Festsetzung der Fluchtlinien ausgedehnt worden. Dies bildete ja schon bei den Verhandlungen des Jahres 1914 einen Hauptstreitpunkt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist für die Selbstverwaltung, der die staatlichen Gewalten bei passender Gelegenheit Wehrauch zu streuen lieben, im ganzen wenig befriedigend. Wenn in der Kommission ein Redner den Entwurf als ein Zurückgehen auf die Zustände vor 1875 charakterisierte und behauptete, daß der ganze Städtebau in die Hand der Polizei gelegt werde, so hatte er damit nicht so unrecht. Die Polizei ist aber in Preußen eine rein staatliche Institution. So schaffen denn diese Bestimmungen ein neues Kampffeld zwischen Staat und Stadtverwaltungen, als ob der Reibungen nicht bisher schon mehr als genug gewesen seien. Statt Vereinfachung der Verwaltung wird durch die Häufung der Instanzen eine weitere Komplizierung geschaffen. Auch die Parteien, die für die Bescheidung des Rechts der Selbstverwaltung eintraten, haben übrigens die neue Regelung nicht als vollständig befriedigend empfunden. Der Weg, den sie zur Beseitigung ihrer Bedenken einschlugen, ist bezeichnend. Bei den Verhandlungen des Jahrs 1914 hatte man die Regierung aufgefordert Anträgen von Gemeinden, in denen staatliche Polizei eingeführt sei, auf Überlassung der Baupolizei wohlwollend gegenüberzutreten. Nunmehr machte der Berichterstatter den weitem Vorschlag eine ähnliche Erklärung auch für die Baufluchtlinienpolizei abzugeben. Mit einer solchen Erklärung wäre seines Erachtens den widerstreitenden Interessen am besten gedient gewesen. Die Durchführung des Gedankens hätte es ermöglicht in Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung Baupolizei, Baufluchtlinien- und Wohnungspolizei zusammen den Gemeinden zu überlassen. Die »Gemeinde« ist übrigens ein sehr ungenauer Ausdruck des Berichterstatters, nur geeignet die tatsächlichen Zustände zu verschleiern. Denn den Gemeinden ist nirgends in Preußen die Polizeiverwaltung übertragen, sondern nur dem Bürgermeister: ein ganz gewaltiger Unterschied. Die Regierung beeilte sich denn auch die gewünschte Erklärung abzugeben. Wenn eine Stadtgemeinde mit staatlicher Polizeiverwaltung beantragen wird die Baupolizei oder die Fluchtlinienpolizei auf sie zu übertragen, wird der Minister des Innern, abgesehen von Groß Berlin und Potsdam, einen sol-

chen Antrag wohlwollend prüfen und, wenn nicht besondere Gründe entgegenstehen, ihm stattgeben. Aber selbst wenn die Fluchtlinienpolizei auf die Bürgermeister übertragen wird, ändert sich im Grunde recht wenig. Denn die Bürgermeister sind dann nicht als kommunale Organe tätig sondern handeln im Auftrag des Staates und haben den Aufträgen der vorgesetzten Staatsbehörden nachzukommen. So zeigt denn die Entwicklung das folgende Bild: Man beschneidet die Rechte der Gemeinden, indem man einem staatlichen Organ, der Ortspolizeibehörde, ein außerordentlich erweitertes Mitwirkungsrecht bei der Aufstellung der Fluchtlinienpläne gewährt. Das trifft alle Gemeinden ohne Unterschied. Auf der andern Seite aber bittet man die Regierung in einer kleinen Zahl von Städten, denen mit staatlicher Polizeiverwaltung, nicht die Rechte der Gemeinden zu erweitern (daran denkt natürlich die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses in keiner Weise) sondern für einen Teil der Polizeiverwaltung sich städtischer Organe bedienen zu wollen. Zwei Punkte seien im Zusammenhang damit noch herausgegriffen. Der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten stimmte den Bedenken zu, daß ein Eingriff in die Wohnungsverhältnisse eigentlich keine polizeiliche Aufgabe sei. Es liege ihm auch nichts an einer Mitwirkung der Polizei, sondern es komme nur darauf an, daß eine staatliche Behörde mitarbeite, und eine andere Behörde als die Polizei sei in der Ortsinstanz nicht vorhanden. Da die Polizei an die Zustimmung der kommunalen Aufsichtsbehörde gebunden sei, komme auch äußerlich zum Ausdruck, daß es sich nicht um eine polizeiliche Tätigkeit handle, sondern die Polizei hier nur als Vermittler oder Dolmetscher tätig werde. Hier haben wir in nuce die Verwaltungsdoktrin unserer staatlichen Bureaukratie. Das Prinzip der Selbstverwaltung, wonach alle örtliche öffentliche Verwaltung ihr in eigener Zuständigkeit gehört, wird von ihr trotz den mehr als 100 Jahren, die seit der Steinschen Städteordnung verfloßen sind, auch heute noch nicht anerkannt. Sie hat sich in der Ortspolizei eine lokale Staatsbehörde geschaffen, mit der sie in die Selbstverwaltung in weitem Umfang hineinregiert, und ihr Bestreben geht dahin diesen Umfang möglichst weit in das Gebiet der Selbstverwaltung hineinzuverlegen. In den letz-



ten Jahren mit dem größten Erfolg. Auch die Kriegszeit hat, wie das vorliegende Beispiel zeigt, daran nichts geändert. Der Dualismus in der Ortsinstanz der Verwaltung wird nicht aufgehoben sondern ausgebildet.

Der andere Punkt ist die besondere Stellung Groß Berlins in der Erklärung der Regierung. Hier bleibt alles beim alten. Bei der Aufstellung der Fluchtlinien hatten vorher schon die Kommunalbehörde, die Polizeibehörden und der Zweckverband mitzuwirken; außerdem war die Königliche Genehmigung erforderlich. Man hätte nach der Begründung der Regierung, mit der sie die Erweiterung der Polizeirechte rechtfertigte, eigentlich annehmen müssen, daß bei der so gut wie unbegrenzten Einflußnahme der Staatsbehörden auf die Fluchtlinienpläne und die Baupolizei nun in Groß Berlin alles zum besten geordnet sei. Kaum irgendwo anders liegen die Wohnungsverhältnisse mehr im argen; es braucht nur auf die Tragödien der Berliner Bauordnung und den 100 jährigen Bebauungsplan hingewiesen zu werden. Nirgends erweist es sich klarer, daß der staatliche Charakter einer Behörde keine Garantie, weder für tiefere Kenntnis einer Materie noch für eine weitsichtigere, fortgeschrittene Praxis, bietet, wie das in den Verhandlungen über den Wohnungsentwurf so oft behauptet worden ist.

Auch bei dem § 12 des Fluchtliniengesetzes (Bauverbot und Dispens davon) wurde mit Erklärungen der Regierung gearbeitet, die für die Beschlußbehörden (Bezirksausschüsse) ohne jede bindende Wirkung sind. Die Regierung erklärte 1., daß die Gemeinden unter allen Umständen berechtigt seien den Anteil an den Straßenherstellungskosten im einzelnen Fall vorweg und in einem Pauschalbetrag einzuziehen, bevor sie auf das Bauverbot verzichten. Sie erklärte 2., es sei nicht die Absicht der neuen Bestimmungen bisher übliche weitergehende Anforderungen der Gemeinden an die Anlieger, insbesondere solche Anforderungen zu verhindern, die auf eine über § 15 des Fluchtliniengesetzes hinausgehende Heranziehung zu den Straßenbau- und anderen Kosten der Bebauungspläne gerichtet sind. Ob diese Auslegung des Gesetzes für die Bezirksausschüsse maßgebende Bedeutung gewinnen wird, kann dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall bietet das Gesetz nunmehr die Grundlage für eine Anfechtung der Gemeindebeschlüsse auch in den unter 1 erörter-

ten Fällen und wird sicherlich auch Grundbesitzer zu dem Versuch veranlassen sich ihren Wirkungen zu entziehen.

Sehr wichtig ist die Erweiterung des Enteignungsrechts der Gemeinden auch für Gartenplätze, Spiel- und Erholungsplätze, die sie bisher nur für Verkehrsplätze besaßen. Auffälligerweise hat man die Erweiterung nicht ausdrücklich in den § 11 des Fluchtliniengesetzes aufgenommen, so daß sie nur aus den Zusätzen zu §§ 1, 2 und 3 gefolgert werden kann. Doch läßt eine Regierungserklärung in der Kommission wohl kaum einen Zweifel zu.

Einige kleinere Verbesserungen sind in dem Artikel 3 (Benutzung der Gebäude) angebracht worden. Zunächst wurde die Kannvorschrift des § 2 in eine Mußvorschrift abgeändert. Die Wohnungsordnungen müssen jetzt vorschreiben, daß als Wohn- oder Schlafräume nur solche Kammern benutzt werden dürfen, die für dauernden Aufenthalt von Menschen baupolizeilich genehmigt sind. Alle anderen Vorschriften, die das Gesetz aufzählt, können wohl erlassen, brauchen aber in die Wohnungsordnung nicht aufgenommen zu werden. Sogar für eine so selbstverständliche Forderung wie die, daß Räume, die zum Aufenthalt von Menschen gänzlich ungeeignet sind, durch die Wohnungsordnungen von der Benutzung auszuschließen sind, mußte in der Kommission noch gekämpft werden. Auch in § 3, der von der Unterbringung der Arbeiter handelt, wurde die Kannvorschrift in eine Mußvorschrift abgeändert. Es ist nicht klar, was damit erreicht werden soll. Ortspolizeiverordnungen, durch die die Unterbringung von Arbeitern geregelt werden, müssen (statt können) Mindestanforderungen hinsichtlich der Beschaffenheit, Einrichtung usw. der Unterkunftsräume und ihres Zubehörs enthalten. Ein Zwang zum Erlaß solcher Polizeiverordnungen wird nicht statuiert; Minimalvorschriften sind mit 2 Ausnahmen auch nicht aufgestellt worden. Daß aber eine Polizeiverordnung, wenn sie überhaupt erlassen ist, über die Beschaffenheit, Einrichtung usw. der Unterkunftsräume Bestimmungen treffen wird, ist doch absolut selbstverständlich, denn sonst würde sie kaum erlassen worden sein. Was wird also durch diese Änderungen gewonnen? Nur 2 allgemeingültige Vorschriften wurden noch hinzugefügt: Die Arbeiterkasernen müssen so eingerichtet sein, daß in der Regel (!) für jede Familie ein besonderer abschließ-

barer Raum vorhanden ist, der den allgemeinen Ansprüchen an Gesundheit und Sittlichkeit entspricht, und es müssen ferner für lediges Arbeitspersonal Räume zur Verfügung stehen, die die Trennung der Geschlechter ermöglichen. Es ist wirklich nicht viel, was da verlangt wird.

Der Versuch der Hausbesitzervertreter eine allgemeine Entschädigungspflicht der Gemeinden in allen den Fällen zu statuieren, in denen der Hauseigentümer durch die Wohnungsordnung gezwungen wird bautechnische Mängel zu beseitigen, das Haus aber noch vor Erlaß der Wohnungsordnung erbaut worden war, führten nicht zu einem Erfolg. In dem Abschnitt Wohnungsaufsicht blieb es bei der Regierungsvorlage. Nach Artikel 6 des Entwurfs sollten der Regierung zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, die zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Bauvereinigungen zu verwenden sind. Aus den Verhandlungen über diesen Gegenstand ist für die Gemeinden besonders wichtig die Erklärung des Kriegsministers, daß da, wo Baugenossenschaften und Bauvereinigungen fehlen, sie durch Kapitalbeteiligung ins Leben gerufen werden sollen. Bei der 1. Gruppe werden die Gemeinden durch Übernahme von Genossenschaftsanteilen, vor allem aber durch die Übernahme von Bürgerschaften für die zweiten Hypotheken beteiligt sein, bei der 2. Gruppe werden Kapitalbeteiligungen in Frage kommen. Auf jeden Fall wird die Durchführung des Artikels 6 auch die Gemeinden zu einer stärkern Anteilnahme an der Wohnungsfürsorge zwingen. Eine Anregung aus den 20 Millionen Mark einen Betrag von 5 Millionen-Mark zur Rückdeckung der Gemeinden zu verwenden, die ihrerseits Bürgerschaft für Hypotheken übernehmen, wurde von dem Finanzminister als überflüssig bekämpft. Wo sich der Staat mit Kapital beteilige, könnten die Gemeinden ohne weiteres die Bürgerschaft übernehmen. Wie aber bei den Genossenschaften, an denen sich der Staat nicht beteiligt (und bei der kleinen Summe von 20 Millionen Mark werden das recht viele sein)? In diesen Fällen würde die Übernahme einer Rückdeckung die Geneigtheit der Gemeinden zur Übernahme von Bürgerschaften für zweite Hypotheken wesentlich verstärken und das Baugenossenschaftswesen insgesamt mehr fördern als dies durch die 5 Millionen

Mark Kapitalbeteiligung überhaupt möglich wäre.

Auch das Bürgschaftssicherungsgesetz, das die Gemeinden nur indirekt berührt, wurde vom Abgeordnetenhaus erledigt.

Gemüse- und Die Notwendigkeit zur Kartoffelanbau Vergrößerung des Lebensmittelvorrats hat die Ge-

meinden schon bald nach Kriegsausbruch veranlaßt den Anbau der im Staatsgebiet noch vorhandenen freien Flächen mit Gemüse und Kartoffeln zunächst nur zögernd, dann bei dem wachsenden Mangel mit gesteigerter Energie in Angriff zu nehmen. Über ihre Leistungen geben jetzt die Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages ausführlich Auskunft.

Der Abschluß von Lieferungsverträgen, wie sie von dem Kriegsernährungsamt für die laufende Produktionsperiode den Städten besonders anempfohlen wurden, führt wohl in der Regel über das Stadtgebiet hinaus. Innerhalb seiner Grenzen kommen vor allem Gärtnereien in Betracht, die auch in Friedenszeiten die Gemüsezucht betreiben. Mit ihnen sind wohl in den meisten Städten Verträge oder Übereinkommen abgeschlossen worden die Einrichtungen der Gärtnereien voll für den Gemüseanbau und die Anzucht von Setzlingen auszunutzen. Wichtiger für die Produktionssteigerung ist die Herrichtung unbebauter und ungenutzter Flächen der städtischen Markungen, mag es sich um städtisches Gebiet (Parkanlagen, Ödland, Straßenland usw.) oder private Grundstücke handeln. In vielen Städten haben die Stadterwartungen selbst die Bereitstellung der neuen Flächen in die Hand genommen. Die Tiefbauämter, die Stadtgärtnereien, in Freiburg im Breisgau ein besonderes Gemüsebauamt, waren die Organe, denen diese neuen Aufgaben naturgemäß zufielen. Zu der Bereitstellung der Flächen kamen dann die Vorbereitungen für den Anbau und die Gewinnung der Bebauer. Diese hat wohl kaum irgendwo Schwierigkeiten gemacht. Die steigende Lebensmittelnot war der beste Förderer und Lehrmeister. In anderen Städten haben gemeinnützige Organisationen die Arbeit übernommen, so in Charlottenburg ein Zweigverein des Vaterländischen Frauenvereins, in Groß Berlin die Gemeinnützige Genossenschaft mit beschränkter Haftung für landwirtschaftliche Verwendung von Baugelände, der Kriegsausschuß der Groß Berliner Laubenkolonien, in Dortmund der Gartenbauverein usw. Überall

wurden diese Vereine von den Städten durch die Gewährung von Gelände, von Geldzuschüssen usw. tatkräftig unterstützt.

Die Flächen werden den Bauern teils unentgeltlich (so in Düsseldorf und Mannheim) teils gegen niedriges Pachtgeld überlassen. Dabei wird das Pachtgeld nach der Güte des Landes (zum Beispiel in Kassel, Dortmund) abgestuft. Über den Umfang der für den Gemüseanbau neu gewonnenen Flächen geben die folgenden Zahlen Auskunft: in Breslau 1917 etwa 1,2 Millionen, in Kassel 350 000, in Essen 2,1 Millionen, in Freiburg im Breisgau 777 600, in Mannheim zirka 800 000, in München rund 770 000, in Osnabrück 278 450 Quadratmeter. Mit der Bereitstellung der Flächen ist die Tätigkeit der Städte in der Regel nicht erschöpft und konnte es auch nicht sein, auch wenn die erste Bearbeitung und Düngung hineingerechnet wird. Den Bauern fehlt es meist an allen Hilfsmitteln. Außer Dünger brauchen sie Saatgut und Setzlinge, Bohnenstangen und Erbsenreißig, Wasserzuführung, Umzäunungen usw. Überall mußten die Stadtverwaltungen zu Hilfe kommen. Weitere Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung des Saatgutes und der Setzlinge. Hier hat auch vor allem die Hilfe der Städte eingesetzt. Teils in den eigenen Stadtgärtnereien teils in privaten Gärtnereien im Auftrag der Stadt sind Hunderttausende von Setzlingen aufgezogen und zu mäßigen Preisen zur Verfügung gestellt worden. Schließlich fehlte es zu allen Arbeiten häufig an den elementarsten Kenntnissen vom Gemüsebau, so daß ihre Mühe oft recht wenige und schlechte Früchte trug. Aufklärungs- und Unterrichtsarbeit mußte in großem Maßstab geleistet werden, um die Bebauung sicherzustellen. Durch Vorträge von Sachverständigen, Verteilung von Drucksachen aller Art, darüber hinaus durch die Einrichtung von Beratungsstellen (zum Beispiel in Nürnberg in Verbindung mit Gartenbauvereinen) und durch Anstellung von Sachverständigen als Lehrer haben die Stadtverwaltungen die nötige Aufklärung zu verbreiten gesucht. Die Ergebnisse waren meist recht befriedigend. Neben dem privaten Anbau spielt der Eigenanbau der Gemeinden eine bedeutende Rolle. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um Massengemüse (Bohnen, Kohl usw.) und Kartoffeln. Eigentliches Frühgemüse ist allerdings nur ausnahmsweise angebaut worden

(zum Beispiel in Mannheim). So will Kassel 1917 260 Morgen teils mit Frühkartoffeln teils mit Frühgemüse und Bohnen bebauen. Münster hat im Jahr 1916 ein Gelände von 60 Morgen übernommen, einen holländischen Spezialgärtner angestellt und durch ihn feinere Gemüse (Blumenkohl, Schneidebohnen) ziehen lassen. Essen ist in die Pachtverträge zweier Königlicher Domänen eingetreten und hat sich dadurch eine Anbaufläche von etwa 7500 Morgen gesichert, die zum Anbau von Kartoffeln und Gemüse dienen sollen. Die erzielten Produkte werden entweder dem allgemeinen Markt zugeführt oder bleiben für die städtischen Anstalten, insbesondere auch für die Kriegsküchen, reserviert.

**Kurze Chronik** Die preußische Regierung hat dem Landtag den Gesetzentwurf über die Einrichtung von Baulastenbüchern vorgelegt. ◊ Der Magistrat Berlin hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über Aufstiegsmöglichkeiten für Mädchen und Umwandlung der Mittelschulen für Mädchen gemacht. Bei der Neuordnung bleiben die Pläne der Gemeindeschule und des Lyzeums unverändert. Die Mittelschule wird dahin geändert, daß die Unterstufe fortfällt und durch die Klassen der Gemeindeschule ersetzt wird. Die Normallehrpläne der Mittelschule werden den neuen Bedürfnissen angepaßt. Durch Einrichtung von Sonderunterricht und von besonderen Förderklassen wird der Übergang von der Vorschule in die Mittelschule und das Lyzeum oder von der Mittelschule in dieses ermöglicht. ◊ Die Charlottenburger Stadtverwaltung hat einen Betrag von 140 000 Mark zur Unterbringung von Schulkindern auf dem Land bewilligt.

**Literatur** Von dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin ist unter Leitung Heinrich Silbergleits der 33. Jahrgang erschienen. Er enthält die Statistik der Jahre 1912 bis 1914 und Teile von 1915. Auch dieser Jahrgang weist, wie seine Vorgänger, wertvolle Verbesserungen und Erweiterungen auf, die sich vornehmlich auf den Bevölkerungsstand, die Haushalts- und Wohnungsstatistik sowie die Preisstatistik beziehen. Das Buch ist eine unerschöpfliche Fundgrube für jeden, der sich mit Berlin selbst und der Agglomeration Groß Berlin eingehender beschäftigen will.

Geistige Bewegung / Wally Zepler

Zamenhof † Am 14. April starb in Warschau der Schöpfer des Esperanto, der Arzt Ludwig Zamenhof. 1887 trat Zamenhof zum erstenmal mit seiner neuen Weltsprache hervor. Er hat größere Erfolge damit aufzuweisen als irgendein Weltspracherfinder je vorher. Im Gegensatz zum Volapük, das sich trotz dem starken Interesse, das es zunächst erweckte, seiner Umständlichkeit wegen nicht durchsetzen konnte, gewann das Esperanto in verhältnismäßig kurzer Zeit eine bedeutende Anhängerschaft. Im Jahr 1908 haben hervorragende Wissenschaftler der ganzen Kulturwelt in Paris den Wert der neuen Weltsprache grundsätzlich anerkannt. Im gleichen Jahr wurde im Dresdener Hoftheater Goethes Iphigenie in Esperanto, nach einer Übertragung Zamenhofs, aufgeführt. Die Angriffe, die gegen die Kunstsprache gerichtet wurden, gingen an dem Kern der Sache vorbei und konnten deshalb die Bewegung auch nicht aufhalten. Die Zahl ihrer Anhänger wuchs beständig, ebenso die ihrer Organe. Eine Konkurrenz erstand dem Esperanto in seiner Tochtersprache, dem Ido, das von Wilhelm Ostwald eingeführt wurde und gleichfalls erhebliche Verbreitung fand. Der Weltsprachidee als solcher ist natürlich das Bestehen zweier Weltsprachen nicht günstig. Die Weltsprache will ja nur ein allgemeines Hilfsmittel geben, nicht etwa sich an Stelle der natürlichen Sprachen setzen; dazu ist aber Einheitlichkeit nötig. Esperanto und Ido beginnen daher, in Erkenntnis dieser Tatsache, nachdem sie jahrelang heftig mit einander in Fehde lagen, Wiedervereinigungsversuche zu machen. Der Weltsprache könnten, falls eine solche Einigung zustande kommt, in der Tat wichtige Aufgaben internationaler Verständigung erwachsen (siehe auch den Artikel Peus' Die Welthilfssprache Esperanto, in den Sozialistischen Monatsheften, 1908 I, Seite 366 ff.). Zamenhof verdient daher einen Platz unter den Förderern der geistigen Bewegung.

**Ethische Zeitdokumente** Dieser Weltkrieg wird für die Zukunft einmal zu einer außerordentlich ergiebigen

Quelle völkerpsychologischer wie geistesgeschichtlicher Erkenntnisse werden. Die Zahl der Kriegsschritten in allen Ländern dürfte in die Zehntausende gehen, und von jedem nur denkbaren Gesichtswinkel aus suchen sie zu den zermal-

menden Zeitereignissen Stellung zu nehmen. Von der literarischen Produktion des Auslands ist vorläufig nur wenig zu unserer Kenntnis gekommen. Auch die deutschen Kriegsschriften in ihrer Gesamtheit zu analysieren und vom philosophischen, sittlichen und politischen Standpunkt an ihnen Kritik zu üben ist gegenwärtig noch nicht an der Zeit. Noch stehen wir den Dingen viel zu nahe, um die notwendige innere Ruhe dafür aufzubringen. Dennoch scheint es mir interessant genug schon jetzt auf den Kampf der Meinungen über die ethischen Grundprobleme des Krieges hinzuweisen, soweit er literarisch zum Ausdruck kam.

Die Frage, wie die Menschheit vor einer Wiederholung so grauenvoller Konflikte geschützt werden könne, übertönt begreiflicherweise jetzt alle anderen, und jeder sucht eine Antwort darauf. Deshalb haben auch alle die Strömungen von neuem Anhängerschaft gewonnen, die die Menschen auf dem Weg sittlicher Beeinflussung allmählich ihrer Machtinstinkte berauben und sie auf die Höhe eines wahrhaft ethischen Lebens, gemeinsamen friedlichen Schaffens führen wollen.

Von jeher hat ja für den sittlich fühlenden einzelnen das Problem bestanden: Wie ist eine ethische Höherentwicklung des menschlichen Daseins erreichbar? Bedeutet ein sogenannter Kulturaufstieg der Massen zugleich deren innern Aufstieg? Und wenn wir darauf mit einem Nein antworten müssen, ist es nicht die sehr viel notwendigere Aufgabe an dieser innern Versittlichung mitzuwirken, langsam die Gemeinschaft der wahrhaft Guten vergrößern zu helfen? Solchem Fühlen entstammen die immer von neuem auftauchenden ethischen und ethisch-religiösen Gesellschaften wie die Zusammenschlüsse derer, die sich zur Pflege gleicher Gesinnung vereinen. Der Krieg schien für viele diesem Denken neue Nahrung zu bieten. Konnte alle kulturelle Entwicklung der großen Nationen, konnte selbst die sozialistische Überzeugung der Arbeiterklassen in den kriegführenden Ländern die Völker nicht vor imperialistischem Streben und nationaler Fanatisierung bewahren, so werde man nie auf diesem Weg zu sittlichem Menschheitsfortschritt gelangen: nur pazifistische Aufklärung, ethische oder religiöse Propaganda könne in allmählichem Weiterwirken endlich zu diesem Ziel führen.

In noch heftigeren Konflikten gerieten die Vertreter der christlichen Lehre. Wie

war der Glaube an die Liebesgebote Christi mit der Verteidigung des kriegerischen Massentötens in Einklang zu bringen?

Wie viele andere versucht der Theologieprofessor Paul Feine in einem Schriftchen *Evangelium, Krieg und Weltfrieden / Leipzig, Deichert/* sich mit diesem ernstesten Problem auseinanderzusetzen. Jesus erkenne an, »daß der Staat Forderungen an den Menschen zu stellen berechtigt ist, denen man sich aus religiösen Gründen nicht entziehen darf. Was aber vom Staate gilt, gilt ebenso von den natürlichen Ordnungen dieses Lebens überhaupt. Damit ist zugleich gesagt, daß diese staatlichen und irdischen Dinge ihre eigenen Gesetze in sich tragen, welche andere sind als die des Reiches Gottes. Unsere staatlichen und unsere religiösen Pflichten treten zu einander in Konflikt. Jesus hat aber die Frager nicht angewiesen die eine Pflicht hinter die andere zurückzustellen sondern so zu handeln, daß beide erfüllt werden. . . Unser Ergebnis ist also: Im Evangelium Jesu ist eine doppelte Anschauung begründet. Das Gebiet des Staates und das der Religion haben jedes ihre eigene Sphäre.«

Der Staat ist aber heute nicht mehr die weltliche Obrigkeit, der sich der einzelne willenlos zu fügen hätte. Dieser wirkt vielmehr im gesellschaftlichen Leben selber schaffend mit. Er hat also zu entscheiden: Wie habe ich selbst mich im Ringen der einzelnen, der Klassen und Staaten zu stellen? Habe ich nach Christi Gebot für Leiden und Unterwerfung oder habe ich für den Kampf um gerechte Verteilung der irdischen Güter einzutreten? Und welches ist für mich gerechte Verteilung; welche staatliche und überstaatliche Organisation ermöglicht am ersten eine Annäherung der Klassen und Völker an das Christusideal? Oder aber, glaube ich wie jene reinen Ethiker, eine solche Annäherung sei überhaupt nur auf dem Weg vorbildlichen und erzieherischen Wirkens auf den einzelnen zu ermöglichen?

So führt Rudolph Penzig, der bekannte Begründer der Gesellschaft für ethische Kultur, in einer Broschüre *Was ethische Kultur nach dem Kriege will und soll / Berlin, Verlag für ethische Kultur/* zur Kennzeichnung seiner Bestrebungen folgenden Ausspruch Wilhelm Foersters an: »Die Annäherung sogar auf dem Gebiete der vielfach so leidenschaftlich gesteigerten sozialpolitischen Anschauungen, oder wenigstens die persönliche An-

näherung und das gegenseitige Verständnis der Vertreter oder Anhänger sehr verschiedener Anschauungen . . . darin hat von Anfang an eine der Hauptaufgaben der ethischen Bewegung bestanden.« Der ethisch Denkende müsse sich energisch »gegen die Exklusivität und Intoleranz eines Imperialismus wenden, der alle anderen Völker von der Herrschaft der Welt zu Lande oder zur See ausschließen möchte«. Später sagt dann Penzig: »Die Fragen der allmählichen . . . Abrüstung, wie die weiteren des Ausbaues der Schiedsgerichtsbeziehung, der Schaffung eines wirklichen Völkerrechts . . . kurz diese technischen Probleme der Völkerverständigung, werden wir Ethiker gern und willig den berufeneren Organen überlassen und unsrerseits nur dafür zu sorgen haben, daß der Geist williger Gemeinschaftsarbeit . . . immer lebendiger unser ganzes Volk bis in die Tiefe durchdringe.« Und man kann gewiß nur den Sozialdemokraten Robert Seidel und MacDonald zustimmen, die, wie Penzig berichtet, eine warme Unterstützung seiner Ziele durch die Arbeiterschaft fordern. Aber Robert Seidel wie MacDonald widmeten dennoch ihr Leben dem Kampf der Arbeiterklasse, sehr im Gegensatz zu Penzig, der da meint: »Das grundbesitzende Herrentum muß auf einen Teil seiner . . . Vorrechte Verzicht leisten; die Industrie und das Kapital . . . verlerne die törichte Angst vor der roten Gefahr; die Arbeiterschaft gebe ihren Klassenkampfanatismus . . . auf.«

Man sollte meinen: Die Geschichte müßte längst auch dem Ethiker bewiesen haben, wie wenig Aussicht auf Erfolg solche Forderungen besitzen. Auch Marx wie alle großen Sozialreformatoren waren gewiß im höchsten Sinn ethische Naturen. Ihnen galt trotzdem der dem Menschentum einmal immanente Machttrieb nicht als das böse Prinzip; sie fußten vielmehr gerade auf ihm und suchten ihn nur in die der Höherentwicklung der Menschheit dienenden Bahnen zu lenken. Und eben in diesem Punkt, das kann man nur immer wieder betonen, scheidet sich scharf der wirkliche Menschheitsfreund, der tatkräftig schaffende Realpolitiker, vom Ideologen. Er verzichtet nicht, wie stets aufs neue verständnislos behauptet wird, in schwunglosem Opportunismus zugunsten kleiner Errungenschaften auf die Triebkraft großer Ideen. Für ihn durchglüht umgekehrt die ihn erfüllende Idee die strenge und oft sehr nüchterne Arbeit des Tages, und in dem

langsamem Werden realer Fortschritte verwirklicht sie sich ihm Stück um Stück.

Das Streben des sozialistischen Politikers in der Friedensarbeit beruht auf seiner sozialistischen Anschauung. Es muß dahin gehen eine möglichst so starke Konsolidierung der Völkerbeziehungen herbeizuführen, daß eben dadurch der Friede gesichert bleibt. Solch eine Konsolidierung kann aber nicht in der Proklamation allgemeiner Verbrüderungsgesinnung bestehen; denn weder würde sich diese Verbrüderung gegen die nichtsozialistischen Klassen durchsetzen, noch hielte sie dem ersten realen Zukunftskonflikt der Völker besser stand als der amorphe Internationalismus der sozialistischen Parteien vor dem Krieg. Der sozialistische Politiker hat deshalb nicht nur sozialistische, er hat auch politische Arbeit zu leisten; er hat genau wie der bürgerliche die Machtverhältnisse, Konfliktursachen, Interessen und Triebkräfte in den einzelnen Staaten wie in ihren Beziehungen zu studieren und für einen für die Gesamtnation (nicht bloß für deren sozialistische Parteien) gangbaren Friedensweg zu kämpfen. Setzt er sich durch, so hat er dem Menschheitsfortschritt dann sicher einen höhern Dienst erwiesen als die Ethiker und Pazifisten, die indessen vielleicht tausend neue Anhänger warben.

Diese Betrachtung gilt, glaube ich, ganz allgemein. Das ethische Ideal ist im Leben nicht voll erfüllbar, aber es ist ihm dennoch nicht fremd sondern gerade der Ausdruck seines innern Sinns. Das wirkliche Sein der Menschen steht also niemals im Widerstreit zur sittlichen Idee; nur in diesem Sein kann sie vielmehr lebendig werden. Unter diesem Gesichtspunkt löst sich vorbehaltlos der scheinbare Gegensatz zwischen einer Einordnung in die nächstliegenden Wirklichkeitsaufgaben und dem Glauben an weite Menschheitsziele. Die dem Ideologen eigene stete Enttäuschung über die Kleinheit menschlichen Handelns findet keinen Raum mehr; denn eben von der Natur des Menschen in seiner Größe wie in seiner Schwäche, von den Dingen, die sind, heißt es auszugehen und aus ihnen das Material für den Weiterbau zu formen.

Erst nach dem Krieg werden alle diese Probleme eine neue geistige Verarbeitung erfahren; erst dann werden sie auch in dieser Rundschau in ihren verschiedenen Zusammenhängen eingehend besprochen werden können.

Krieg und Kultur

Das erste Kriegsjahr rief, selbst unter sonst intelligenten Menschen, einen Geisteszustand wach, den man vielfach als Psychose bezeichnet hat. Nur eine vollkommene Ausschaltung aller normalen Gesetze kritischer Überlegung, ja selbstverständlichsten Gerechtigkeitsgefühls macht die Erzeugnisse nationaler Überheblichkeit und bedenkenloser Oberflächlichkeit erklärlich, die zu Hunderten verbreitet wurden und neben den oft mehr als angreifbaren Ergüssen selbst hervorragender Tagesblätter über die Kriegsauffassungen und -empfindungen in den feindlichen Ländern die Urteilsverwirrung in dieser ersten Kriegszeit auf die Spitze trieben. Erfahrungen wie die Ereignisse selbst haben im Lauf dieses endlosen Krieges schließlich in den meisten Köpfen der Vernunft wieder zum Recht verholfen, und man braucht deshalb jetzt nicht noch einmal all jene Geistesprodukte hervorzuholen, die ihre Verfasser wohl heute meist selbst lieber ungeschrieben wissen möchten. Eine Ausnahme bilden nur die Schriften der angeseheneren Literaten und Wissenschaftler über deutsches Wesen, deutsche Kulturmission und ähnliche Themen; nicht nur, weil sie später einmal als geistige Dokumente beurteilt werden könnten, sondern auch, weil sich ja in der Tat darin etwas von der philosophisch-menschlichen Betrachtungsweise ihrer Verfasser widerspiegeln muß. Ist doch nicht anzunehmen, daß auch sie sich in ihren Ansichten ausschließlich von der damals begrifflichen Gefühlserregung bestimmen ließen.

Bei den Wissenschaftlern dieser Richtung berief man sich fast durchgängig auf Fichtes Theorien von der Besonderheit deutschen Wesens und deutscher Kultur. Sie sind, wie es scheint, für bestimmte Kreise unserer Intelligenz zu einer Art von Axiom geworden, mögen die wirtschaftlichen wie die politischen Verhältnisse Deutschlands auch noch so sehr gewandelt sein, seitdem Fichte vor einem Jahrhundert seine berühmten Reden hielt. (Ihre objektive Richtigkeit für die damaligen Zeiten zu untersuchen ist hier nicht meine Aufgabe.) Aber denke man darüber, wie man wolle: ist man Anhänger Fichtescher Gesinnung, so hat man sie nicht nur im Lob Deutschlands sondern auch in dem Verhalten gegenüber anderen Völkern zu bekunden. Wie wenig man das indes selbst bei den Lehrern der akademischen Jugend begriff, dafür möchte ich nur ein Beispiel hier heranziehen, ein Buch,

das sicherlich nicht schlechter als hundert andere aus jener Zeit und von dem gleichen ehrlichen Wollen getragen ist die Notwendigkeit des Krieges für Deutschland aus einer ausschließlich idealen Idee herzuleiten.

»Unser moralischer Sinn verlangt nach Befriedigung. Wir wollen uns vor dem höchsten Forum des Menschheitsgewissens darüber klar werden, ob und warum es . . . notwendig war das . . . Untier dieses Weltkrieges loszubinden«, sagt E. Bergmann in Kriegsvorlesungen an der Universität Leipzig (Die weltgeschichtliche Mission der deutschen Bildung /Gotha, Perthes/). »Das Blut der vielen Toten« kann seiner Meinung nach nicht »für den überseeischen Handel der Bremer Kaufleute, die Rückgabe der uns geraubten afrikanischen Faktoreien« oder dergleichen geflossen sein, denn das seien alles »niedere Werte und Güter«. Dieser Ansicht entsprechend schreibt Bergmann: »Schamlos genug hat man drüben . . . die materiellen Interessen als für den Krieg entscheidend eingestanden.« Der Deutsche kämpft also ausschließlich für ideale Güter. Er »verteidigt ja nicht nur sein irdisches Vaterland sondern zugleich ein zweites, unsichtbares, das Land deutscher Sage und Dichtung, deutscher Kunst und Wissenschaft, deutschen Geistes und deutschen Glaubens an große, niemals zu vergessende Ziele der Menschheitsentwicklung. . . Wenn es gilt ein solches Land zu schützen, wird der rechtmäßige Krieg zum heiligen Krieg, zu einem Krieg für den deutschen Gedanken als einer besonders, durch nichts zu ersetzenden Art von Geistigkeit auf Erden und für die sittliche Wohlfahrt des in seiner Aufwärtsentwicklung bedrohten Menschenschlechts.« Bergmann hat ein feines Gefühl für die Minderwertigkeit des Schimpfens auch im Krieg; er nennt es »eine Einrichtung [!], die man bei uns nicht kennt«. Offenbar bemerkt er gar nicht, wie sehr er selbst von dieser ihm unbekanntem »Einrichtung« Gebrauch macht, wenn er sagt, »daß kein Opfer zu groß ist, wenn es gilt den heiligen Gral deutscher Bildung . . . zu schützen vor den schmutzigen Fingern des Tataren und wider den eifernden Haß einer entarteten Volksgemeinde, die mit dem Christentum auch die Menschlichkeit von sich verstiöß, . . . und wider die überlichschande des britischen Cleric.« Alles das ist in das Gewand der *Wissenschaftlichkeit* eingekleidet, stützt sich auf Behauptungen über die Geistesart der Deut-

schen im Gegensatz zu der der feindlichen Nationen. Derartiges darf aber keineswegs als Erzeugnis deutscher Wissenschaft anerkannt werden. Der traditionelle Ruf ihrer Gründlichkeit würde zu sehr leiden, wollte man (wie es zu Unrecht von interessierter Seite geschieht) Literatur solcher Gattung als typisch für sie hinstellen. Aber auch der ebenso traditionelle Anspruch auf idealistische Gesinnung geriete bei solch hemmungsloser Herabziehung der Motive anderer sehr ins Wanken.

Auch Walter von Molo (Deutsch sein heißt Mensch sein /Berlin, Schuster & Loeffler/), der ebenso ehrlich von der naturgewollten Ausnahmestellung des deutschen Geistes überzeugt ist, beachtet ebensowenig die einfachsten Anforderungen der Objektivität. »Wir haben die Reinheit der Seelen«, wir vertreten »die Menschheit«. Aber wird der Beweis für solche eine Seelenreinheit zum Beispiel im 2. Kapitel seines Buches geliefert, in dem der Verfasser den Kindern in Form einer Erzählung über den Streit mehrerer Parteien eines Hauses Recht und Unrecht der Nationen klarmachen will und dabei die Feinde als Diebe, Mörder und Raufbolde hinstellt? Die Güte der eigenen Gesinnung bewährt sich darin, daß man sie als selbstverständlich ansieht, kein Rühmens von ihr macht, sie auch ohne weiteres bei den anderen vorausgesetzt.

Tiefer schürft Ernst Finkbeiner in seiner Schrift *Der Kultursinn des Weltkrieges* /Tübingen, Kloeres/ dem innern Sinn der Ereignisse nach. Er sucht zu ergründen, inwiefern dieser Weltkrieg auch auf realpolitischem Weg weitere Kriege unmöglich machen könne. Aber auch seine Schlußfolgerungen sind, trotz mancher richtigen Überlegung im einzelnen, völlig irrig; ja, mit einer beinahe ungläublichen Unlogik hebt er sie schließlich selbst wieder auf, um zu beweisen, was er gern beweisen möchte. Er stabilisiert zunächst die inneren Grenzen, die der Wirkensmöglichkeit eines Völkerschiedsgerichts gezogen sind. »Das Haager Schiedsgericht entscheidet über die zufälligen Konflikte der Staaten, der Krieg über den Widerstreit ihrer treibenden Kräfte.« Käme solch ein Widerstreit zum Durchbruch, so würde die ultima ratio trotz allem wieder die militärische Macht des Einzelstaats sein. Untersage man sogar völlig die Aufrechterhaltung eigener Heere und suche die Weltordnung nur durch ein allgemeines Polizeiheer zu schützen, so werde man nie gegen geheime Durchbrechun-

gen dieser Vorschrift geschützt sein; man könne auf diesem Weg den Frieden nicht wahren, es sei denn, ein Staat habe zuvor die absolute Weltherrschaft an sich gerissen. (Dabei unterliegt Finkbeiner ganz der üblichen Vorstellung von den Weltherrschaftsgelüsten des russischen Volkes: einem Dogma, das sich allerdings gewisse liberale Gruppen bei uns um keinen Preis rauben lassen möchten.) In diesem Fall aber sei der ewige Friede kulturfeindlich. Denn ein Friede »ist immer nur Mittel zum Zweck, und dieses Mittel darf ebenso furchtbar sein als sein Zweck dem Fortschritte der Menschheit dienlich ist: Der Kultursinn des Krieges wächst in dem Maße, als seine unvermeidlichen negativen Wirkungen durch die positiven seines Friedens übertroffen werden.« Damit sei »jenes Friedensideal, das je baldier je lieber den Krieg zur Unmöglichkeit machen will, als kulturfeindlich gerichtet«. Auch eine sozialistische Organisation der Einzelstaaten könne an der Tatsache ihrer Interessengegensätze nichts ändern; je mehr Macht die Arbeiterklasse innerhalb des Staates besitze, desto stärker sei auch sie an seiner wirtschaftlichen Kraftentfaltung interessiert. Das ist freilich richtig. Aber der Verfasser stellt sich die wirtschaftlich-politischen Strebungen des Sozialismus äußerst merkwürdig vor. Er glaubt nicht nur, »die Sozialisten« steckten »sich das Ziel den Staat in eine im wesentlichen sich selbst genügende Wirtschaftsgenossenschaft zu verwandeln«, sondern auch, es sei ihnen gleichgültig, ob ihre eigene »günstige wirtschaftliche Lage auch noch so sehr auf Kosten des Nachbarn« gehe. Auch das letzte Auskunftsmittel: ein allgemeiner Weltstaat, sei unmöglich. Was ist also der Schluß? »Von dem Augenblick an, wo das Weltenschicksal ein entschiedenes militärisches Übergewicht in die Wagschale des Zweibundes legt, wird Europa alle Segnungen eines so fest gegründeten Friedens genießen, als ihn die überlegene kriegerische Kraft einer friedliebenden Macht oder Mächtigkeitsgruppe nur gewähren kann.« Denn »keine Nation ist berufener den kostbaren Schatz des europäischen Friedens zu behüten als diejenige, welche ihn selbst niemals freventlich antastet und deren gefürchtetes Schwert jeden davon zurückschreckt die diebische Hand nach ihm auszustrecken. Deutschland marschirt an der Spitze aller Kulturstaaten.« Während die Deutschen »mit Recht den Anspruch erheben können das größte führende Kulturvolk

der Erde zu sein«, »harmonisiert die völkerrechtsschändende Art der Kriegführung des bigotten Albion vortrefflich mit der kalten Gemeinheit seiner Verbrecherphysiognomie [!].« Bei einem Autor, der einem so naiven Nationalismus huldigt (das Nationalistische ist keine Steigerung sondern eine Minderung des wahrhaft Nationalen), nimmt die bekannte Einbildung der Europäer, nur sie seien zu kulturellen Führern der Menschheit berufen, weiter nicht wunder. Finkbeiner treibt die historische Objektivität zwar so weit dem chinesischen Volk »ein beträchtliches Maß von Kulturfähigkeit« nicht abstreifen zu wollen. Er setzt indes sofort hinzu, der wirtschaftlich-kulturelle Aufschwung Chinas ginge aber »von einem gewissen Punkte an mit Sicherheit auf Kosten der reichern, entwickelungsfähigern indogermanischen Kultur«, und der kulturelle Gewinn der Chinesen vermöchte den Kulturverlust der Indogermanen »nicht entfernt auszugleichen«. Mir scheint: Man fühlt sich in seinem Europäertum ziemlich beschämt, wenn man neben den hier charakterisierten Schriften etwa ein Buch wie Ku Hung Mings Geist des chinesischen Volkes /Jena, Diederichs/ liest (es wird von ihm noch näher die Rede sein müssen), das in jeder Zeile wirklichen Adel der Gesinnung atmet und in seinen Urteilen über die europäischen Völker (so falsch oder richtig sie sein mögen) vor allem stets deren hervorragendste Qualitäten hervorzuheben, nie sie zu verkleinern sucht. Ku Hung Ming ist der Ansicht, die Europäer könnten den Geist des chinesischen Volkes nicht verstehen, weil ihnen (mit Ausnahme der Franzosen) dessen Haupteigenschaft: das Zartgefühl, mangle. Bei den Deutschen, deren Eigenschaften er im übrigen hohe Würdigung zuteil werden läßt, vermißt er ein bestimmtes Taktgefühl anderen Völkern gegenüber. Daß der politische Takt nicht unsere Stärke ist, dafür hat dieser Krieg nebst seiner Vorgeschichte manchen Beleg geliefert. Und manche Kriegspublikation scheint dartun zu wollen, daß auch der rein menschliche Takt nicht immer bei unseren Intellektuellen zu Hause ist. Doch dürfen wir Ku Hung Ming wohl entgegenhalten, daß man ein arbeitsames Volk von 65 Millionen nicht nach einigen Vertretern bestimmter Schichten beurteilen darf. Als sehr erfreuliches Gegenbeispiel gegen die sogenannte Kriegsliteratur von Literaten möchte ich hier noch auf eine wirkliche Kriegszeitung hinweisen,



ein Blatt, das von Soldaten geschrieben, gedruckt, illustriert und endlich auch gelesen wird, das deshalb, wie sich denken läßt, zwar frischesten Kampfgeist und kräftiges deutsches Gefühl atmet, in dem sich aber keine Spur häßlicher Übertreibungen findet. Es ist dies die *Sommewacht*, eine von Rittmeister Schmidt seit dem 1. Januar 1917 herausgegebene *Kriegszeitung* der 1. Armee, die schon im April stolz darauf hinweisen durfte, daß die erste Million ihrer Exemplare voll sei. Vorzüglich versteht es der Herausgeber den Kameraden in bunter Folge politische, wirtschaftliche, naturwissenschaftliche Belehrung, literarische und künstlerische Anregung und lustige Unterhaltung zu bieten. Der immer wiederholten Aufforderung an die Leser zu eigener Mitarbeit verdankt das Blatt in jeder Nummer ein paar, oft originelle und witzige, oft auch in ihrer Schlichtheit dichterisch ergreifende Beiträge. Die Zeichnungen (von Brüning, Frost und anderen) tragen zum Reiz des Blattes sehr viel bei. Vor allem aber freut man sich aufrichtig an der klugen, vorurteilslosen und sympathischen Art der Leitung, die die Leser über die wirtschaftlichen Kriegsursachen, die politischen Zielrichtungen der kriegführenden Nationen (zum Beispiel in Artikeln über die geschichtliche Entwicklung der englischen Politik) usw. aufzuklären versteht, ohne je in sinnlose Schimpfereien oder chauvinistisches Bramarbasieren zu verfallen. Der Herausgeber nimmt seinen Stoff rein sachlich, woher er eben kommt, sei es aus Kaiserreden sei es aus sozialdemokratischen Schriften, wenn ihm nur der Geist, der daraus spricht, der rechte scheint. Auch wer nicht alles unterschreiben wird, was die *Sommewacht* vertritt, muß rückhaltlos den Willen zur Objektivität und ernststen Menschlichkeit anerkennen, den diese *Kriegszeitung* in jeder Nummer betätigt.

**Kurze Chronik** Die Berliner *Begabten-schulen*, über die kürzlich in dieser Rundschau (1917 I, Seite 316) berichtet wurde, sollen jetzt sehr schnell ihrer Verwirklichung entgegengehen. Die Lehrpläne sind bereits ausgearbeitet. ◊ In Leipzig wurde vor kurzem ein *Deutscher Verein für Buchwesen und Schrifttum* gegründet. An der Spitze des Gründungsausschusses steht der Präsident der großen Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Ludwig Volkmann. Der neue Verein will die Pläne jener Ausstellung fort-

führen und den Sammelpunkt aller Erscheinungen auf dem Gebiet des Buchwesens und der Graphik bilden. Er wird zu diesem Zweck eine neue Zeitschrift für geistige Kultur erscheinen lassen, ein *Museum für Buchwesen und Schrifttum* gründen und Wanderausstellungen veranstalten. ◊ In Wilna existiert als eine der größten Sehenswürdigkeiten eine altberühmte hebräische *Druckerei*. Sie war seit dem 18. Jahrhundert im Besitz einer Familie, deren Firma sie noch führt (*Witve und Gebrüder Rom*), ist aber jetzt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Druckerei ist mit allen modernen technischen Hilfsmitteln ausgestattet; sie stellt die vorzüglichsten Ausgaben aus der hebräischen Literatur her, vor allem sind dort die besten *Talmudausgaben* gedruckt worden. Alle Mitwirkenden in dem Betrieb müssen, da es sich um ein Verständnis alter Texte und Schriftzeichen handelt, *talmudistische Gelehrte* sein. In einem besonders feuersicheren Bau werden in *Metallkassetten* die Matrizen zu sämtlichen dort hergestellten Werken aufbewahrt, so daß jedes Buch oder irgendeine besondere Stelle darin sofort nachgedruckt werden kann. Der erste dort hergestellte Druck war ein Kommentar zu den *Psalmen* von Jakob ben Chajim Cohen aus dem Jahr 1788.

**Literatur** In den Monatsheften für *Volkserziehung* entwickelte G. Fritz in recht interessanter Weise seine Ideen für einen Ausbau der freien öffentlichen Büchereien nach dem Krieg. Der *Volkserziehungsgedanke* müsse »zu einer führenden geistigen Macht in unserm Volksleben« werden. Im Mittelpunkt der *Volksbildungsbestrebungen* hätten die *freien Volksbüchereien* zu stehen. Professor Fritz berichtet, daß bereits 1915 sich an das *Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht* eine *Zentrale für Volksbüchereien* angegliedert habe, die unter Leitung P. Ladewigs »für eine organisatorische Zusammenfassung des volkstümlichen Bibliothekswesens in Preußen und im Zusammenhange damit für eine Weiterentwicklung und Vertiefung der bibliothekarischen Arbeit von einschneidender Bedeutung« sein werde. Diese *Zentrale* habe schon eine staatlich anerkannte *Bibliothekarinenschule* gegründet, zu der sich sofort eine große Anzahl von Schülerinnen meldete. An die dort in 2jährigem Kursus vorgebildeten *Bibliothekarinnen* müßten natürlich ganz andere geistige Ansprüche ge-

stellt werden als an die Bibliothekarinnen in wissenschaftlichen Bibliotheken, denn jenen liege ja die geistige und literarische Beratung der Besucher ob. Die Zentralstelle solle ferner »die Organisation einer großzügigen Bücherkritik« betreiben, »die die Neuerscheinungen des Buchhandels auf ihren Gehalt und auf ihre Eignung für die öffentliche allgemeine Bücherei prüft und fixiert«, und zwar sollen »die Büchereien im Verein mit Vertretern von Verbänden aller Art . . . durch Prüfung und Kennzeichnung der gesamten in Frage kommenden Literatur sich literarisch orientieren und Material für ein buchritisches Archiv zusammenbringen«. Die Begründung einer solchen Zentralstelle ist aufs lebhafteste zu begrüßen.

## WISSENSCHAFT

### Biologie / Adolf Koelsch

**Vielzelligkeit** Das Leben soll mit Einzelorganismen seinen Einzug auf der Erde gehalten haben. Erst in viel späteren Abschnitten der Erdgeschichte soll dem Einzeller der Vielzeller nachgefolgt sein. Stichhaltige Beweise für die Richtigkeit dieser Auffassung hat die Versteinerungskunde bis jetzt nicht geliefert. Die ältesten Schichten der Erde geben einseitig überhaupt keine Fossilien her. Und in dem Augenblick, wo solche erscheinen, treten die Überreste von Vielzellern wie Röhrenwürmern, Stachelhäutern, Korallen, Krebsen und Schwämmen ganz vorläuferlos neben den versteinerten Hartgebilden von Einzellern auf. Wenn trotzdem unser Verstand sich an die Vorstellung klammert, daß der Einzeller früher als der Vielzeller war, so kann zur Entschuldigung dieser unserer Hartnäckigkeit angeführt werden, daß menschlicher Intellekt mit dem Begriff des Werdens überhaupt nur dann etwas anfangen kann, wenn ihm erlaubt ist Mannigfaltiges und Zusammengesetztes als eine Folgeform des weniger Mannigfaltigen, des Einfachern und Ungeteilten anzusprechen. Dann poltert freilich die Frage herein, was den Schritt vom Einzeller zum Vielzeller bewirkt, erzwingen, ja nur ermöglicht habe. Was der Anlaß dazu gewesen sei, daß die Zelle ihre Einzelexistenz aufgab und in einen Verband eintrat, um in ihm untergeordnetes Glied einer Gesellschaft, eines neuen Ganzen zu werden. Die besten Schriftsteller, auch die älterer Zeit, verhüllen vor dieser Frage ihr Haupt. Wir wissen es

nicht, sagen sie. Und einige fügen hinzu, daß wir vor einem Geschehen stehen, das so schwierig und unfäßlich ist wie die Urzeugung selbst, wahrscheinlich auch so unauflösbar wie diese. Nicht einmal der Versuch die Lücken des Wissens durch Vermutungen auszustopfen wird von ihnen gemacht, weil sie aus guten Gründen meinen, daß man in diesem Behuf Vermutungen nicht einmal haben könne. Es sei denn solche von jener billigen Art, die durch Anwendung von nebelhaften, den Leuten bequem im Munde liegenden Worten das Rätsel nur nach einer noch dunklern Stelle vertreibt und nun selber derart im Nebel sitzt, daß sie glaubt die Welt vom Rätsel befreit zu haben.

Kürzlich las ich nun in Paul Kammerers Allgemeiner Biologie / Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, einem Buch, das die Lebenskunde in einem von Karl Lamprecht und Hans F. Helmolt herausgegebenen Sammelwerk zu vertreten hat, daß jene für unüberwindlich gehaltene Schwierigkeit gar nicht bestehe, und nur infolge von »Denkmängeln« die Meinung habe aufkommen können, daß sie vorhanden sei. Der erste Denkmangel bestehe darin, daß man bisher die Existenz eines Prinzips der »allgemeinen gegenseitigen Entwicklungshilfe« so gut wie übersehen habe. Neben dem Prinzip des Kampfs durchdringe dieses Prinzip die ganze belebte Natur und äußere sich unter anderem als »Geselligkeits- oder Aggregationstrieb der Zellen«. »Der Geselligkeitstrieb selbst«, heißt es da, »die Eigenschaft und der Drang der Elemente sich zu organischen Einheiten von höherer Rangordnung zusammenzuschließen ist hinsichtlich seiner erstmaligen Entstehung nicht anders zu beurteilen und zu erklären als die Schaffung einer beliebigen andern morphologischen und physiologischen Eigenschaft. Sie ist durch direkte Anpassung entstanden und durch Vererbung weitergegeben.« Darüber lägen sogar Experimente vor. Und Kammerer weist auf die Versuche zweier Amerikaner hin, die einzellige Organismen teils durch schlechte Ernährung teils durch Behandlung mit der Schleudermaschine dahin brachten, daß sie nach Abschluß eines Teilungsvorgangs nicht mehr auseinandergingen sondern zusammenblieben und zu langen schnur- und wurmförmigen Kolonien auswuchsen. Abgelöste Tiere erzeugten abermals Kettentiere, auch wenn sie, fern vom bewirkenden Reiz, unter normalen Verhältnissen lebten.

Nun ist es gewiß sehr interessant, daß durch äußere Eingriffe Kettenbildung bei Einzellern zu erzeugen war. Noch interessanter ist, daß Nachkommen von Kettenbildnern selbst wieder die Tendenz besaßen nun auch ihrerseits diese Eigenschaft zu bewahren. Es liegt hierin jedenfalls das Ergebnis einer Nachwirkung oder Gewöhnung vor. Aber man bemerkt doch auch auf den ersten Blick, daß diese künstlich erzeugte Art von »Gesellungstrieb« mit dem von Kammerer den Einzellerwesen zugeschriebenen Drang »sich zu organischen Einheiten von höherer Rangordnung zusammenzuschließen« gar nichts zu tun hat. Es kann einem auch nicht entgehen, daß Kammerer die beiden Geschehnisse nur darum in einen Topf werfen kann, weil er zwei Vorgänge mit einander verwechselt, die absolut nichts mit einander zu schaffen haben: die Bildung von Zellenscharen oder Zellkolonien und die von Zellverbänden oder -genossenschaften.

Der Begriff der Zellenschar oder Zellkolonie ist hinreichend klar: Kolonien sind Anhäufungen oder Zusammenhänge von Einzelwesen, die nichts mit einander gemeinsam haben als eben die Aneinanderreihung, den rein äußerlichen Zusammenhang der Individuen. Jedes Individuum ernährt sich selbständig, wächst selbständig, erlebt selbständig, pflanzt sich selbständig fort, und wenn es stirbt, so werden die anderen davon nicht betroffen. Zwar wäre es ein wenig zu viel gesagt, wenn man behaupten wollte, kein Glied biete dem andern etwas und keines empfangen etwas von dem andern. Schon durch das bloße körperliche Zusammenliegen werden an den Begrenzungsflächen der Kettentiere Druckstellen und Druckreize erzeugt, die im Dasein der einzellebenden Individuen fehlen. Aber aus dieser mechanischen Nachbarschaftswirkung, und das ist entscheidend, geht nichts hervor; es wächst kein Einvernehmen aus dem Zusammenhang und Zusammenkleben, es erwächst auch sonst keine Eigenschaft, durch die das Ganze gegenüber jeglichem Glied oder das Glied gegenüber dem Ganzen oder das Ganze gegenüber der Welt eine neue Stellung gewänne. Das bloße Zusammenliegen, Sichangrenzen und körperliche Sichnahesein ist somit nicht hinreichende Bedingung dafür, daß aus der Kette jemals mehr würde als eine Schar, mehr als eine einfache Anhäufung gleichartiger Teile, eine Summa-

tion oder Vielheit, der jeglicher Generalnener fehlt. Wer Beispiele wünscht, findet sie haufenweise in der Natur. Es sei hier nur auf die Schlauch- und Fadenalgen verwiesen. Zu meterlangen Ketten wachsen diese Einzeller aus. Sie treten also freiwillig in jenen Zustand ein, in den die von Kammerer zitierten Amerikaner ihre Einzellertiere durch künstliche Eingriffe geführt haben. Sie tun das vielleicht schon seit Jahrmillionen. Aber sie sind bis heute nicht über diesen Zustand hinausgelangt. Sie »gesellen sich« ganz gewiß. Aber weder führt ihr Gesellungstrieb die gegenseitige Beziehungsbildung und Hilfwirtschaft als notwendige Folge des körperlichen Zusammenseins ein, noch kann der Gesellungstrieb als Kundgebung oder Ausfluß eines hypothetischen Prinzips der Entwicklungshilfe betrachtet werden; denn es ist gerade das Merkmal dieser Algenscharen, daß die Individuen sich gegenseitig nicht unterstützen.

Damit jenes Hinausgelangen über den bloßen Zustand der Schar oder Summe stattfinden und aus der einfachen Zellenvielheit ein Zellenverband, eine Zellengemeinschaft oder Zellengenossenschaft, ein Zellenstaat werden kann, muß eben gerade jenes Ereignis geschehen, dessen Existenz und Warten Kammerer mit seinen monistischen zwar sehr gesinnungstüchtigen, wissenschaftlich aber durchaus trügerischen und unhaltbaren Traktätleinwendungen zu verwechseln und aus dem Bewußtsein der Zeitgenossen zu tilgen versucht: Es ist das Hinzutreten eines durchaus neuartigen Faktors vonnöten, der weder im Einzeller schon nachweisbar ist, noch dadurch in die Welt gesetzt wird, daß Einzeltiere aus irgendwelchen Gründen zur Bildung von Scharen übergehen. Dieser Faktor, der neu hinzutreten muß, ist der Faktor der Organisation. Wir alle wissen gut, was dieses Wort zu bedeuten hat. Es bedeutet Gestaltung, und zwar in dem Sinn, daß aus einer Summe oder einem System von einander unabhängiger Glieder ein System von einander abhängiger Glieder hervorgeht; daß Vereinzelung ebenso schwindet wie Summation, und an ihrer Stelle eine neue Einheit erscheint, eine Totalität mit absolut autonomem Lebensgefühl und geschlossenem, als *Ich* sich bewährendem Verhalten gegenüber der Welt. Der Wert des *Ganzen*, den jedes Glied noch so lange hat als es Teil einer Zellenschar oder Anhäufung ist, wird ihm genommen und über die Gesamtheit

gewölbt, so daß aus dem einzelnen wirklich ein Glied und aus dem bloßen Aggregat der zusammenklebenden Teile eine neuartige Totalität von Genossenschaftscharakter hervorgeht. Der Genossenschaftscharakter, der die Begriffe der gegenseitigen Unterordnung und Abhängigkeit, der Unterstützung und Arbeitsteilung bereits umschließt, wird freilich erst nachträglich von dem analysierenden Verstand entdeckt. Unmittelbar erlebt und bemerkt aber wird die Einheit des Lebensgefühls, die die organisierte Gruppe der Welt gegenüber bekundet, unmittelbar erlebt wird der Zusammenhalt, den das Gebilde verkörpert und in jeder Lebenslage betätigt. Woher stammt der Faktor, der solches schafft? Mit dem Leben selbst kann er nicht gut identisch sein; es müßten sonst Zellenscharen automatisch zu Zellenstaaten zusammenfallen; das ist nicht der Fall. Er kann aber auch nicht verschieden vom Leben sein; denn die einzellebende Zelle ist selbst schon ein organisiertes, das noch obendrein den Zustand der Gestaltung, den es besitzt, weitertreibt, steigert, vierteiliger macht. Wenn er aber weder identisch noch verschieden mit dem Leben ist, was wollen wir dann noch über Herkunft und Ursprung des organisierenden Faktors aussagen können? Auf welches bekannte Geschehen sollte er zurückführbar sein? Wir stehen vor einem Rätsel. Und so behalten zum Schluß eben doch jene Schriftsteller recht, denen Kammerer voreilig die Etikette des »Denkmangels« anheftet. Ist das Leben auf dieser Erde wirklich mit Einzellerwesen erschienen, so bleibt die Frage unaufgeklärt, woher die Bedingungen dafür stammen, daß es auf dieser Stufe nicht stehenblieb. Denn die Bildung eines Verbandes aus einer Schar, deren Entstehung noch faßlich wäre, macht den Hinzutritt eines durchaus irrationalen Faktors vonnöten. Im Irrationalen aber hört die Wissenschaft auf.

**Kurze Chronik** Im Alter von 58 Jahren starb im März der Professor der Zoologie an der Universität Lemberg Josef Nusbaum-Hilarowicz. Er war ein ganz in darwinistischen Anschauungen belangener Ideologe, der die peinliche Professorenkriegsliteratur vor einem Jahr durch eine Broschüre *Der Krieg im Lichte der Biologie* / Jena, G. Fischer/ bereichert hat. ◊ Ebenfalls in Lemberg starb im gleichen Monat der Botaniker und Geograph Antoni

Rehmann. Er machte in den siebziger Jahren eine Reise nach Afrika, von der er eine Sammlung von 3000 Pflanzen mitbrachte. ◊ Zur Frage des Farbensinns der Insekten, die kürzlich in dieser Rundschau (1916 III, Seite 1178 ff.) behandelt worden ist, veröffentlichte Fr. Stellwaag in der Zeitschrift für wissenschaftliche Insektenbiologie eine interessante Abhandlung, betitelt Die Blumenstetigkeit der Hummeln. Er schließt sich auf Grund seiner Beobachtungen in der Natur, die sehr gewissenhaft durchgeführt zu sein scheinen, im wesentlichen der von K. von Frisch vertretenen Ansicht von der totalen Rotblindheit des Hummelauges an, lehnt also die Heßsche Theorie ab. ◊ Nach der Science hat E. H. Sellard bei Kanalarbeiten in Vero (Florida) zusammen mit Überresten diluvialer Wirbeltiere menschliche Steinzeitfunde zutage gebracht. Die ungenügende Beschreibung der geringen Werkzeugstücke macht, wie bei allen amerikanischen Meldungen dieser Art, Vorsicht äußerst ratsam. ◊ Dem Kaiser Wilhelm-Institut in Dahlem wird nun auch eine Abteilung für Tierernährung angegliedert werden. Man hofft durch eine gründliche Reform des gesamten Fütterungswesens, das nach bestimmten Prinzipien in einer großen Zahl von über das ganze Reich verteilten Versuchsanstalten studiert werden soll (natürlich erst nach dem Krieg), den Weg zu einer Vervielfachung der heimischen Produktion finden zu können, ohne daß wesentlich größere Ausgaben nötig werden. ◊ Der Linnépreis für das Jahr 1917 wurde Uno Sudlin für seine paläontologischen Forschungen bei den Torfablagerungen in Srualand zuerkannt. ◊ Der Tübinger Extraordinarius K. Bürker hat den Ruf zur Übernahme des Lehrstuhls für Physiologie an der Universität Gießen angenommen. ◊ Der Direktor der Herzoglichen Gärten in Braunschweig Georg Tischler ist auf den Lehrstuhl für Botanik an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Stuttgart-Hohenheim berufen worden.

**Literatur** Auch die kleine Schrift P. Riebesells *Die mathematischen Grundlagen der Variations- und Vererbungslehre* / Leipzig, Teubner/ hat mich nicht überzeugt, daß die Einführung mathematischer Methoden in die Biologie dieser Wissenschaft nach irgendeiner Seite hin zu besonderem Nutzen ausschlagen

könnte. Lehrt die Erfahrung, daß bestimmte Feststellungen über diese und jene Abhängigkeitsbeziehungen, die der Biologe ermittelt hat, nicht nur im Umkreis der zufällig untersuchten Organismen zu recht bestehen, sondern daß ihnen eine allgemeingültige Regelmäßigkeit oder Gesetzmäßigkeit inneohnt, so wird der Wahrheit, die in diesen Feststellungen enthalten ist, keinesfalls der Rücken dadurch noch mehr gestärkt, daß es gelingt die vorläufig nur in Worten ausdrückbare Abhängigkeit und Funktionalbeziehung zwischen den einzelnen biologischen Konstanten und Variablen zuletzt auch noch in Kurvenform darzustellen und für diese Kurve die entsprechende mathematische Formel zu finden. Ob ich nämlich eine Wahrheit, die besteht, in bulgarischer, deutscher oder Eskimosprache ausdrücke, ist für die betreffende Wahrheit ganz einerlei; genau in diesem Verhältnis aber steht die mathematische Formel zu jeder beliebigen andern Darstellungsweise, ja sie pflegt für den Durchschnittsmenschen eher den Wert eines Lappendidioms zu haben als den eines international verständlichen Esperantos. ◊ In 3. Auflage hat der Verlag Teubner Karl Kraepelins Naturstudien, ein vom Hamburger Jugendchriftenausschuß aus verschiedenen Büchern des jüngst verstorbenen Zoologen zusammengestelltes Bändchen als billige Volksausgabe herausgebracht. Die in Dialogform abgefaßte Schrift ist gute Unterhaltungslektüre für halbflüßiges Volk.

## KUNST

### Dichtkunst / August Döppner

Religiös bestimmte Dichtung  
 Es ist natürlich, daß unser Lebensgefühl durch den Krieg einen starken Zustrom religiösen Sehnsens bekam. Religion entsteht aus Bedürftigkeit; denn auch Überschwang, diese Seelenkraft, gebiert sich aus Mangel, und bedürftige Zeiten (will einer die Bedürftigkeit dieser Jahre leugnen?) fordern von jedem mit unentrinnbarer Faust die persönliche Auseinandersetzung, die eigene Anschauung der Welt, die neue Einstellung in die Dinge. Die wir sonst vielleicht versäumt hätten. Wenn wir es recht betrachten, ist ein großer Teil der jungen Dichtung in solchem Sinn religiös bestimmt. Manches unter den etwas merkwürdigen Gebilden der neuen Kunst, die der Philister, dieses unausrottbare und deshalb wahr-

scheinlich notwendige Kulturhindernis, kopfschüttelnd Narretei nennt, des Expressionismus und des, übrigens auch expressionistischen, Futurismus ist, weniger seinem Inhalt als seiner Methode nach, ein Schrei nach Erlösung aus der Unzulänglichkeit des endlosen Ringes der Gleichnisse um uns und in uns. Letzten Endes will der Expressionismus (ohne daß dies seinen einzelnen Vertretern klar zu sein braucht) die rest- und bedingungslose, die unmittelbare Gestaltung der Idee, die weitestgehende Überwältigung des Stoffs durch das Wesen: als Methode, als seelische Gebärde ein echt religiöses Unterfangen. Diese Entwicklung, die sich hier andeutet, scheint mir außerordentlich bemerkenswert. Verborgnen in ihr ruht der Explosivstoff des Wunsches nach absoluter Stoffüberwältigung, nach absoluter Wesenschöpfung; das hieße aber Auflösung der gewohnten Kunst in eine höhere Potenz geistigen Seins.

Unter solchem Gesichtswinkel ist natürlich jede ehrliche Dichtung mehr oder weniger religiös bestimmt. Hier soll auf einige Bücher verwiesen werden, die sich auch stofflich damit beschäftigen. Der starke Dichter Paul Claudel, dessen geistliches Stück Verkündigung ihn berühmt gemacht hat, schuf mit seinem Trauerspiel Goldhaupt (meisterlich ins Deutsche übertragen von Jakob Hegner /Dresden, Hellerauer Verlag.) ein Stück von größter seelischer Spannweite. Von der tienschöpferischen Beherrschung der Sprache, die ihm eigen ist, weiß man seit der Verkündigung. Sie erreicht in dem Trauerspiel eine Gewalt, die den Schleier von den himmlischen und höllischen, also den menschlichen Bildern reißt. Das Thema des Buchs: Ich, der ich die Souveränität des Geistes in mir erkannt habe und deshalb die Relationen der Erde, ihr Böse und ihr Gut, verneinen muß. »Ich bin nicht die Hacke, bin nicht der Sack und bin keine Wage. Sondern das Feuer bin ich und bin das Schwert.« Ich, der ich Gott den Vater, Gott den Bruder umarme, wenn ich sterbe. »Ich sterbe. Wer wird berichten, daß ich im Tode, weit die Arme gebreitet, umfangen hielt an meiner Brust die Sonne wie ein Rad? O Höchstes, in Glanz gewandet, Brust an Brust verquickst du dich mit meinem Erdenblute! Zehr ihn auf, den Sklaven! O Löwe, du erdrückst mich! O Adler, wie du mich umkrallst!« Goldhaupt, der Bettler und König, ist die Tragödie des der Nützlichkeit ent-wachsenen Einzigens.

Hier seien gleich Claudels Kriegsgedichte erwähnt, die meines Wissens noch nicht ins Deutsche übertragen wurden. Den Trois poèmes de guerre folgte 1916 die Sammlung Autres poèmes durant la guerre /Paris, Nouvelle Revue française/. Wir haben in Deutschland diesen starken Hymnen, die das rein Menschliche des Krieges behandeln, nicht viel Gleichwertiges an die Seite zu setzen.

Von Paul Adler erschien im Hellerauer Verlag das Buch Elohim. Es enthält 4 Geschichten, die wie hermetische Schriften der mittelalterlichen Alchemisten anmuten, zu denen man den Schlüssel psychoanalytischer Deutung hat. Wie Strindberg, in seinen Historischen Miniaturen in überzeitlichen Momentbildern das Wesen von Geschichtsepochen gibt (aber mit welcher Gewalt des Durchdringens!), so läßt Paul Adler in mystischer Phantasie aus einem psychischen Zentrum Schlagstein in die Mitte religiöser Offenbarungsepochen fallen. Mehr als diese Formel für das Buch zu geben, das ein Novum in unserer modernen Literatur ist, scheint mir noch nicht an der Zeit. In einem Betracht enttäuscht Gustav Meyrink mit seinem neuen Buch Das grüne Gesicht /Leipzig, Kurt Wolff/. Es ist im Grunde eine popularisierte und verbreiterte Wiederholung des Golem. Das Zwittertum des Prager Romans, seelische Wahrheit und phantastische Unwahrheit, tritt in dem neuen Buch noch stärker in die Erscheinung. Wer an das Ende dieser dichterisch sehr starken Vorgänge gelangt ist und sich von der tiefen, alten Weisheit Chidhers, des Ewigen Juden, hat berühren lassen, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier heiliges Gebiet durch deutende allegorische Phantastik fast entweiht wurde. Entweder Meyrink sind diese Dinge wirklich nichts als Motiv; dann hat er nicht das Recht sie so zu behandeln. Oder sie sind ihm die Dinge selbst; doch dann hätte er nicht die Behaglichkeit aus ihnen einen solchen Roman zu machen. Gewiß ist diese in Amsterdam in den letzten Tagen vor der kommenden Sintflut sich entwickelnde Geschichte eines Menschen, der die Befreiung seines geistigen Ichs vom Schein der leiblichen Gebundenheit erlebt, ungleich ernster zu nehmen als die theosophisch angehauchten okkulten Windbeutelereien, die von Zeit zu Zeit in Romanform oder anderer Gestalt religiös demagogisch den Buchhandel mißbrauchen. Aber das, was sie

mit ihrer tiefen, größtenteils kabbalistischen Unterlage sein könnte, ist sie nicht und kann sie in dieser Verkörperung nicht sein. Schon die Fledermäuse waren ein Abfall in Gespenstertum. Dieses neue, gedanklich anregende, unbefriedigende Werk ist es noch weit mehr.

In Gedankengängen, die darin gipfeln, daß »einerseits alle Menschen zusammen eine Einheit bilden, und daß andererseits jeder einzelne in sich die ganze Menschheit umfaßt«, bewegt sich der Roman Der rechte Liebhaber des Schicksals von Albert Steffen /Berlin, S. Fischer/. Der Wille des etwas feminin stilisierend gestaltenden Autors ist rein, doch vorläufig nicht stark genug.

Frauenbücher Wally Zepler fragte in ihrem Artikel Die neue Frau in der neuen Frauenzeitung (in den Sozialistischen Monatsheften, 1914 I, Seite 53 ff.), ob sich wirklich innere Veränderungen im Wesen der Frau vollzogen haben, nachdem sich in weniger als einem halben Jahrhundert ihr Schicksal »so völlig verwandelt« habe, »daß es uns zuweilen scheint, als führe kaum noch eine Brücke von einer Generation zur andern«. Sie formulierte diese Frage noch genauer: »Stehen wir vor einem andern Sein, einem neuen Denken und Fühlen, oder ist nur ein anderes Tun, eine andere Form des Wirkens nach außen an die Stelle des alten getreten?« Vielleicht dürfen hier die Grenzen nicht so scharf gezogen werden. Ein neues Wirken nach außen bedingt unmittelbar in gewissem Sinn auch ein neues Sein. Es wäre sonst nicht neu. Vielleicht ist es angebracht gleich die Frage zu stellen, welcher Art das vermutete neue Sein der neuen Frau ist, so daß in der Antwort darauf auch die Beantwortung des Ob implizite enthalten wäre. Man hat sich sehr zu hüten die Frau von früher zu unterschätzen. Allerdings lag das Wirken der früheren Frau nicht in dem Maß im Gedanklichen wie heute. Aber auch abgesehen von den Frauen der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts und von den durchaus nicht seltenen Erscheinungen noch früherer Zeiten, wie beispielsweise der Karoline Neuber: Frauencharaktere, wie etwa eine Marie Grubbe sie repräsentiert, waren auch so stark beseelte Erscheinungen, so inhaltreiche Gefäße des Geistes, daß es nicht gerechtfertigt ist sie in allzu großen Abstand von den heutigen zu stellen. Ist nicht vielleicht das Neue (wenn wir von dem großen

Demokratisierungsprozeß des Geistes absehen, der ja auch das Wirken der Männer im Lauf des letzten Jahrhunderts stark ergriffen hat) in der Hauptsache darin zu sehen, daß die neue Frau das Abstrahieren erlernte? Ich sage nicht das Schauen, sondern ich sage das Abstrahieren, das erst die bisher für spezifisch männlich gehaltene Fähigkeit gibt intuitiv Geschautes durch den Prozeß der Analyse und der Synthese zu schicken. Hier haben wir den Inhalt des *Neuen*. Und in der Tat setzt ein solcher Inhalt auch eine fundamentale Wandlung in der psychischen Struktur der Frau voraus.

Die heutige Frauendichtung offenbart stark diese Wandlung; sowohl die von Frauen geschaffene Dichtung, ihrem Inhalt und dem sich in ihr darbietenden Schaffensprozeß nach, wie auch in hohem Maß die Dichtung von Männern, die sich mit der Gestaltung von Frauen beschäftigt.

In einer Elisabeth Braunnhoff, auf die nachdrücklich hinzuweisen ist, möchte ich den fertigen Charakter der unfertigen Sehnsüchte vieler Frauen unserer Zeit sehen. Welchen Beruf sie hatten, ist gleich. Wichtig ist in diesem Zusammenhang nicht ihre Arbeitstüchtigkeit (sie ist nur ein Zeugnis, eines unter anderen), vielmehr der Mut sich zu befreien, die Kraft dessen in ihnen, was über sozial Gegebenes hinaus will. Diese Wünsche, spielend zwischen Vertraulichkeit, Manier und Zügellosigkeit, sind eine kleine Revolution, immerhin ein Anfang. Braunnhoffs erstes Buch, *Die Verwandlungen der Ellida Rottorff* /Berlin, Fleischel/, gab den Befreiungsprozeß im Entwicklungsgang einer Schauspielerin, weist übrigens eine gewisse Verwandtschaft mit Hans Bartsch' Elisabeth Kött auf. Diese Verwandlungen sind die bekannten Erlebnisse der Schauspielerin, die sich der Erotik nicht zu entziehen vermag, weil sie sie braucht. Ellida Rottorff lebt sich tapfer hindurch, beschmutzt sich und reinigt sich, liebt einen Dekadenten, den sie von seiner Dekadenz befreit, heiratet, einsam, den berühmten Berliner Schauspieler, bis sie ein Kind bekommt und eine Erkenntnis, die sie, noch eine Zwanzigerin und in der Höhe ihres Ruhms, die Bühne verlassen heißt: »Laß mir das lächerliche Theater aus dem Spiel! Dies Kind hier ist zu hoch für solche Komödianterei! Aber du hast ja dein Leben lang nichts gekannt als diese grenzenlose Nichtigkeit und diesen Schein des Lebens.« Sie bleibt einsam

und wird eine Dichterin. Der Schluß ist erdacht; das Übrige ein Durcheinander von Leben und Wunsch, gerade darum Mitgefühl erregend. Die Stillnerzogenheiten sind oft unüberwunden: kleine, nicht allzu böse, Trivialitäten oder Verschrobenheiten, meistens abwechselnd beides. Gleichwohl strömt das neue Buch dieser Autorin, *Die Jakobskinder* /Berlin, Fleischel/, eine Feier des Wollens aus. »Aus dem schmerzenden Grübeln klärte sich wieder das sanfte Erschauen der einzigen Glücksmöglichkeit zwischen Geburt und Grab: eben jene sinnlose, gegebene, unabänderliche Form mit dem sinnvollen, lebendigen Inhalt aus der eigenen Seele zu erfüllen.« Dieser unser erster und letzter Kampf: die Souveränität über das Schicksal zu erlangen, wird auf einer gewissen Höhe des Erlebens und Gewissens ausgefochten. Äußerlich keine besondere Handlung: Eine junge, starke und schöne Heldin, die mit dem Willen hinauszieht Jakob gleich dem Gott das Wunder abzurufen, ihre Ehe mit einem genialen Maler, ihre Erkenntnis der bloßen Sinnlichkeit seiner Genialität, die ihn bewußtem Sein unzugänglich macht und sie vergewaltigt, ihre Scheidung, ihre Liebe zu dem Mann ihrer Art, der mit einem merkwürdigen Wesen verheiratet ist, schließlich der Kampf dieser beiden Jakobskinder, bis sie durch die Fülle ihres Wesens ihre Liebe beherrschen, ohne sie zu verlieren. Aber innerlich ein durchaus ehrliches Auseinandersetzen schöpferischer Menschen, denen kein Gesetz gilt als das des Geistes. »Gerhart sagte: »Vielleicht wartet Jakobs Segen erst jenseits der Brücke zwischen Leben und Tod. Es leuchtet hinter den Bergen.« Renate wiederholte leise: »Es leuchtet.« Ein Abzug des Hauptthemas bringt eine Auseinandersetzung mit dem sinnlichen Dämon des Künstlers, die Andeutung einer Ödipustragödie. Alles in allem ein Buch, das schon als Bekenntnis interessieren kann. Und doch, bei aller Weite des Wunsches, die Enge der Ichsucht. Das Männliche, das in dem reinen Erfassen der Sache liegt, wird von dieser Frau, die hohe Ansprüche stellt und darum das Höchste nicht sieht, falsch gedeutet. Das Absolute des Schöpferischen vermag sie nicht zu sehen.

Ein Buch von ähnlicher Gedankenart in philosophischer Form, das allerdings die Forderungen strenger Beweisführung und ununterbrochener Verketzung nicht erfüllt, schrieb Margarete Susman: Vom Sinn der Liebe /Jena, Die-

derichs/. Diese Dichtung gipfelt in ihrem Schlußsatz: »Wir, die wir allein unsere Liebe auf uns genommen haben, sollten tiefer als alle Menschen früherer Zeiten den Ruf begreifen uns nicht zu gewöhnen, dem Leben treu zu bleiben bis ans Ende. . . Wir sollten alle Einzeliebe begreifen lernen als Bild und Zeichen der großen menschlichen Bestimmung zur Liebe: des gemeinsamen Schlummerns und Erwachensollens unter dem Sternenhimmel der Ewigkeit.« Eine sehr schöne Erkenntnis greife ich außerdem aus dem Buch heraus: »Alle Liebe ist Schaffen am Symbol des Geliebten und Treue seinem Symbol. . . Alle Liebe verwandelt, und je mehr sie sich dem Symbol annähert, um so reiner wird sie, um so mehr fällt auch von ihr, vom Liebenden und dem Geliebten, das Zeitliche, Verworrene, Zufallshafte ab.« Die Vorzüge Hans von Kahlenbergs sind Ehrlichkeit, scharfer Verstand und guter Blick für das, was vorgeht. Im Kleinen fehlerfrei, werden ihre Gestalten und Probleme im Großen leicht zu abstraktem Typ. In ihrem Roman Die süßen Frauen von Illenau /Berlin, Vita/ werden 6 Frauen von der schönsten und stärksten unter ihnen angehalten Goethekult zu treiben und das Leben und die Schönheit zu lieben. »Wir begehnen den Fehler mit der Liebe aufzuhören, wenn wir verheiratet sind«, sagt diese Frau Helene. Alle Sechs erleben vor unseren Augen ihr besonderes Geschick, Frau Helene findet den Teufel, den sie an die Wand gemalt hat, in einem Oberleutnant, der die Dekadenzen eines Letzten des Geschlechts in sich birgt. Sie liebt und überwindet diese Liebe durch die größere zu dem Bau ihres schönen, kraftvollen Lebens, das sich an der Seite des Nurmannes und echten Soldaten, des ein gut Teil ältern Regiments- und spätern Divisionskommandeurs, entfaltet hatte und seiner nicht mehr entbehren könnte. Manches Kavalier- und sonstige Wissen ist in dem Buch. Die neue Frau wird man in ihm vergeblich suchen (nur ihre, allerdings etwas zu billige Karikatur kommt darin vor). Ein anderes Werk dieser Verfasserin nennt sich Über dem Dunst /Berlin, Vita/. Es unternimmt den Versuch einen reichen Deutschamerikaner ad absurdum zu führen, der innerhalb des Weltkriegs in Deutschland in seinem Haus eine Insel unterhalten will, in der Freund und Feind »über dem Dunst« wohnen sollen. Es kommt erst zu Unbehaglichkeiten, dann zu Mord und Tot-

schlag, schließlich aber hinter der Figur eines chinesischen Weisen, der den vollkommenen Verstand und die vollkommene Technik zu verkörpern hat, zu der Erkenntnis, daß unsere Kultur der Liebe entbehrt. Ein phantastisches Tendenzbuch, aber seine Tendenz ist gut.

Eine Erzählung der feinen und stillen Helene Voigt-Diederichs, Luise /München, Langen/, begleitet das Leben eines Bauern von seiner ersten Kindheit bis zu seiner letzten Resignation. »Jasper war noch ein ganz kleiner Junge, da hatte er schon gemerkt, daß immer der Bruder es war, der das Stück Kandis aus der Mutter Kaffeetasse bekam.« So geht es ihm Zeit seines Lebens: Der Bruder heiratet ihm sein Mädchen weg. Der Tod nimmt sie ihm noch einmal, als er sich schon daran gewöhnt hatte sie still als seines Bruders Frau zu lieben. Jasper bleibt ein Einspänner, der in seiner Kammer ihr Kind aufzieht, während der andere zum zweitenmal heiratet und wieder Kinder hat. Viel Schönes ist in diesem Buch.

Von Lena Christ erschien die Erzählung Die Rumphanni /München, Langen/. Die Rumphanni ist keine Heilige; auf einige Treulosigkeiten und den Versuch einer Kindesunterschiebung, da ihr Leib sich nicht zur rechten Zeit fruchtbar erweist, kommt es ihr angesichts eines saftigen Bauernhofes nicht an. Aber ihre Tugenden, nämlich Gesundheit und unbezwinglicher Lebensmut, lassen sie dies und sogar noch einige Münchener Abenteuer überwinden, so daß sie es zur gesegneten Inhaberin des wohlhabenden Martlbräus bringt. Das Buch ist heiter und erfrischend, von bester Sachlichkeit und Beobachtung.

Ein ganz ähnlicher Geist, Alice Berend, schrieb den Berliner Roman Spreemann & Co. /Berlin, S. Fischer/. Alice Berend schildert Berlins Entwicklung in einem repräsentativen Bürger, Herrn Spreemann, der es vom Hausierer Sohn aus den zwanziger Jahren bis zum Warenhausbesitzer der Gründerjahre schafft. Alles Geschichtliche bleibt bescheidenster Hintergrund. (Nur in der Episode des Hühneraugenoperators Hirschhorn, der ein Märzopfer des Jahres 1848 wird, berühren uns die Schwingen einer großen Zeit, merkwürdig ergreifend in ihrer armselig-komischen Menschlichkeit.) Spreemann ist selbst Geschichtete. Er heiratet seine Haushälterin, zeugt zwei intelligente Jungen, die ihm schließlich über den Kopf wachsen und,



nachdem der eine aus England weit-schweifende merkantile Ideen heimge-bracht hat, seinem soliden Geschäft un-erhörte Ausdehnung und kolossale Ge-winne geben. Alice Berend hat unge-wöhnlich viel Beobachtungsfähigkeit, sie sieht alle äußeren Dinge, und sie sieht auch deren Allgemeingültigkeit. In die Tiefen auch des Alltäglichen dringt sie nicht, aber von dem Humor der Ober-fläche entgeht ihr nichts. In der Art, wie sie die Begebnisse kräftig anpackt, zeigt sich die wirkliche Frau. Ihr Stil ist stets unterhaltend. Nur hat die Nei-gung zu Maximen allzu sehr überhand-genommen; solche allgemeinen Fest-stellungen sind nur dann witzig, wenn sie selten sind.

Ein Buch von eigenem Wollen schrieb auch Sophie Hoehstetter (Die letzte Flamme / Jena, Landhausverlag/). Die Arbeit ist noch unfertig, die Ge-danken sind nicht zu Ende gedacht. Sie beschäftigt sich mit den Liebesdingen der Frauen, die bereits erwachsene Kin-der haben. Die Frauen dieses Buches *leben sich aus* und leiden darunter. Neue Gedanken sind nicht viel zu fin-den, Zufallskomplizierungen (so, daß in einer Liebesnacht der Mutter der Sohn seinen Soldatentod erfährt) geben der Situation willkürliches Gewicht und machen das Ganze noch unklarer. Die Männer sind noch dilettantischer ge-zeichnet. Die Verfasserin muß sich vor allem disziplinieren. Dann erst wird sich zeigen, was sie eigentlich will. Ist es erlaubt an das Ende dieser Reihe Ricarda Huch zu stellen? Sie ist ja fast allen Genannten völlig inkommensurabel. Doch da ihr letztes Buch uns zeigt, wie die höchststehende Frau den Mann anzusehen vermag (im allgemei-nen ist das der Frau noch nicht ge-geben; nur Annette Kolb hat diese Mög-lichkeit in der verhüllten Gestalt ihres *Exemplars* ahnen lassen), so sei es hier mit herangezogen. Es heißt *Der Fall Deruga* / Berlin, Ullstein/ und zeichnet im Rahmen einer Gerichtsverhandlung eine jener problematischen, schon halb losgelösten Figuren, die nicht mehr viel mit dieser Welt anzufangen wissen. Von außen gesehen Bohemiens, Skeptiker, sind sie in Wahrheit ein großes Verlan-gen nach Obdach und Seele. Auf Span-nung hat die Dichterin glücklicherweise verzichtet; man erfährt gleich zu Be-ginn, daß der Angeklagte seine ge-schiedene Frau getötet hat, um sie von ihrer Krankheit zu befreien. Trotz-dem liest man das Buch sicherlich in einem Zug. Sind die Menschen auch

nicht recht lebendig, ja mutet das ganze Buch mitunter auch wie willkürlich gekürzt an, die Einzelheiten dieser schwächsten Arbeit der starken Künst-lerin sind reizvoll genug. Die inter-essante (freilich nur eben im größten skizzierte) Figur ist die der Baronin, die ihr Leben nur in Lebensgier ver-bringt, ohne es zu leben.

Kurze Chronik Am 30. März starb, 55 Jahre alt, Carl Schüddekopf in Weimar an einem Leiden, das er sich als Offi-zier im Felde zugezogen hatte. Er war seit 1896 Assistent am Schiller-Goethe-Archiv zu Weimar und Mit-arbeiter an der Weimarischen Goetheausgabe. Durch die Herausgabe zahl-reicher klassischer Werke, durch wert-volle Arbeiten über Ramler, Leisewitz, Gleim, Bürger, Heinse usw. sowie als Mitherausgeber der Zeitschrift für Bü-cherfreunde und als Sekretär der Gesell-schaft der Bibliophilen hat er sich be-deutende Verdienste erworben. Von ihm stammt die schöne Heinseausgabe des Inselverlags (von der leider immer noch ein Band fehlt). Seine letzte, nun leider unvollendete Arbeit ist der Kata-log von Goethes Privatbibliothek. Der Tod dieses ausgezeichneten Gelehrten bedeutet für die literarische Forschung einen schweren Verlust. ◊ Im April ist Oskar Blumenthal gestorben (siehe die Rundschau Bühnenkunst, in diesem Band, Seite 555 f.). Als Ver-fasser Bühnenwirksamer Lustspiele und Schwänke, von denen *Ein Tropfen Gift*, *Die große Glocke* und die mit Kadel-burg zusammen geschriebene *Großstadt-luft*, *Hans Huckebein*, *Im weißen Rößl*, *Der blinde Passagier* wohl die bekann-testen wurden, hat er der Literatur nichts von bleibendem Wert gegeben. Bedeutender war er als Kritiker; sein glänzender und treffender Witz war ge-fürchtet und geschätzt. Die neue Zeit verstand er freilich nicht. Er blieb aber, was er war, und hatte nicht die hyste-rische Furcht der meisten: den Anschluß zu verpassen. ◊ In Kristiania ist nach dem Muster des deutschen Schillerbun-des ein Björnsonbund gegründet worden. Er will alle 2 Jahre in einer Festspielwoche Dramen der klassischen Welt zur Aufführung bringen. ◊ Josef Polgar, der im vergangenen Jahr auf dem östlichen Kriegsschauplatz gefallen ist, wurde von der Ungarischen Akade-mie der Wissenschaften der Teleki-preis für das Trauerspiel *Der alte Fluch* zugesprochen.

## Literatur

Mit Ricarda Huch, der großen Schauenden unter den Dichterinnen dieser Zeit, beschäftigt sich Oskar Walzel (Ricarda Huch, ein Wort über Kunst des Erzählens /Leipzig, Inselverlag/). Seine Arbeit legt in feiner Art viele der blutvollen Adern der Huchschen Kunst bloß. Als besonderes Charakteristikum ihres Schaffens findet er die annähernde Formel: Objektivität in der künstlerischen, ungehinderte Subjektivität in der wissenschaftlichen Darstellung. »Ist die Annahme vorschnell, daß in ihren Dichtungen aus künstlerischen Gründen ein angeborener Trieb zu entschiedenem Wertungen gebändigt wird? Und daß Ricarda Huch gerade deshalb sich gedrungen fühlt neben die dichterische Formung noch eine andere Art der Darstellung zu setzen, weil diese andere Art ihr und ihrer Lust Farbe zu bekennen freieren Spielraum läßt?« Diese Formel ist wertvoll. Nur scheint mir die Feststellung der ersten Frage, daß ein angeborener Trieb zur Stellungnahme gebändigt wird, nicht zutreffend. Die Eigenart Ricarda Huchs: Vermittlerin und Schöpferin des Lebens an sich zu sein, ist frei von jeglichem Zwang; denn sie quillt voll Überfluß aus den Tiefen des Seins. Außerdem trifft es nicht zu, daß ihre Kunst keine Wertung enthielte. Der vollendeten Objektivität ihrer Darstellung entströmt eine entschiedene einzige Wertung; die positive des schauenden Geistes, dem sich die Identität der Zelle und des Waldes erschlossen hat. Im einzelnen sind die Walzelschen Ausführungen klar und schön, mag ihnen auch das große Mitschwingen in dem geistigen Rhythmus Ricarda Huchs nicht völlig eignen. Es sei übrigens hier an den Aufsatz Ricarda Claassens in den Sozialistischen Monatsheften (1902 II, Seite 886 ff.) erinnert; er ist allerdings fast 1½ Jahrzehnte alt, gibt aber immer noch wohl das beste Bild der Dichterin.

## KULTUR

## Verkehr / Felix Linke

Berlin

Seit Bestehen des Zweckverbands Groß Berlin haben sich die Verkehrsunternehmungen Groß Berlins beträchtlich vermehrt. Das geht aus einem Vergleich der Aufstellungen des Zweckverbands vom 1. April 1912 und vom 31. März 1916 hervor. In diesen Aufstellungen sind Straßenbahnen, Schnellbahnen und nebenbahnähnliche Kleinbahnen

sowie solche Nebenbahnen miterfaßt, die teils Kreisen und Gemeinden teils Privatgesellschaften gehören. Die Eigentumsverhältnisse der Verkehrsunternehmungen ergeben sich aus der folgenden Zusammenstellung:

Verkehrsmittel	Eigentum von			
	Kreisen und Gemeinden		Privatgesellschaften	
	1912	1916	1912	1916
Straßenbahnen	7	11	8	9
Schnellbahnen	1	4	1	2
Klein- und Nebenbahnen	2	2	7	7
zusammen	10	17	16	18

Über das bei diesen Gesellschaften angelegte Kapital, die Länge der Strecken und den Umfang der Betriebsmittel gibt die folgende Zusammenstellung Auskunft:

Verkehrsmittel	Anlagekapital Millionen Mark		Streckenlänge Kilometer		Anzahl der Lokomotiven und Triebwagen		Anzahl der Wagen insgesamt	
	1912	1916	1912	1916	1912	1916	1912	1916
Straßenbahnen	226,5	263,7	505,69	605,15	2282	2502	3809	4198
Schnellbahnen	89,8	322,9	19,98	56,90	151	244	263	418
Klein- und Nebenbahnen	17,1	18,3	187,82	188,42	42	45	509	526
zusammen	333,4	604,9	713,49	850,47	2475	2791	4581	5142

Die Streckenlänge der Straßenbahnen hat sich also in dem Zeitraum von 1912 bis 1916 um rund 100 Kilometer (19,5 %) vergrößert, das Anlagekapital ist um 37,2 Millionen Mark (16,5 %) gestiegen. Die Schnellbahnstrecken wurden um 36,9 Kilometer (185 %) ver-

mehrt, ihr Anlagekapital wies eine Zunahme von 233 Millionen Mark (260 %) auf. Die nebenbahnähnlichen Kleinbahnen und Nebenbahnen nahmen um 9,6 Kilometer (0,3 %) zu und erhöhten ihr Anlagekapital um 1,2 Millionen Mark (7 %). Die Bahnlänge der Großberliner Verkehrsunternehmungen hat sich insgesamt um 137 Kilometer (19 %) vermehrt.

Namentlich der Schnellbahnverkehr ist bedeutend erweitert worden. Auch in Zukunft wird er sich weiter ausdehnen, da Erweiterungslinien von erheblicher Länge im Bau sind. So die Nordsüdbahn der Stadt Berlin von der Seedurch die Friedrich- nach der Gneisenaustraße mit 7,6 Kilometer Länge und die Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die nach den bisherigen Plänen 9,46 Kilometer lang werden soll. Ferner hat die Hochbahngesellschaft mit dem Bau ihrer Entlastungslinie Gleisdreieck-Wittenbergplatz begonnen, die in einem 2stöckigen Untergrundbahnhof die Schöneberger und die Kurfürstendammlinie aufnehmen soll. Die im Bau befindlichen Strecken haben zusammen eine Länge von 19,74 Kilometer. Durch die Kriegsverhältnisse, besonders durch Einberufung des Betriebspersonals erwachsen den Verkehrsunternehmungen große Schwierigkeiten. So sank bei der Großen Berliner Straßenbahn von August 1914 bis zum 31. März 1916 die Zahl der Betriebsangestellten von 9015 auf 5544, also um 39 % des Friedensstandes. Man war ferner gezwungen statt der eingezogenen männlichen Angestellten Frauen einzustellen; schon im März 1915 waren hier 4070 Frauen gegen 3372 Männer beschäftigt. Bei allen Verkehrsunternehmungen mußte der Betrieb in höherem oder geringerem Grad eingeschränkt werden. Dabei nahm die Personenbeförderung während des Krieges zu.

Trotz der Zunahme aller Verkehrsmittel kann man ruhig von einer Verkehrsmisere in Groß Berlin sprechen. Sie ist in der Entstehungsgeschichte des Verkehrsnetzes begründet. Mannigfaches Interesse bietet daher ein Vortrag über Berliner Verkehrsfragen und deren Lösung, den der Professor für Eisenbahnwesen an der Technischen Hochschule Aachen Gustav C. Schimpff im Aachener Bezirksverein deutscher Ingenieure gehalten hat. In den Mängeln des Wohn- und Verkehrs wesens liegen, wie er ausführte, die Schattenseiten Berlins. Sie seien in einem vollständig verfeh-

ten Bebauungsplan, der nur Verkehrs-, keine Wohnstraßen kennt, wie in der viel zu weit gehenden Ausnutzung des Blockinnern begründet. Die Folge sei ein Zusammendrängen der Einwohner in engen, lichtlosen und dabei teuren Wohnungen. Alles dies sei auf Unterlassungssünden der Behörden zurückzuführen, die von dem sprunghaften Anwachsen der Bevölkerung nach 1871 vollständig überrascht wurden und ihren Aufgaben fast hilflos gegenüberstanden. Eine Ausnahme bildete die großzügige Verkehrspolitik der Staatseisenbahnverwaltung, die durch Schaffung des Stadt- und Vorortbahnnetzes die Besiedelung der Außenbezirke ermöglichte. Aber die Wirkung ihrer Maßnahmen ging fast verloren, weil eine mit der Verkehrspolitik Hand in Hand arbeitende Siedlungspolitik vollständig fehlte.

Das Berliner Verkehrswesen krankt vor allem daran, daß das staatliche Stadt- und Vorortbahnnetz wegen seiner Weitmäsigkeit die Verkehrsansprüche der Weltstadt nicht voll befriedigen kann. Die Straßenbahnen bieten wegen ihrer geringen Fahrtgeschwindigkeit keinen vollwertigen Ersatz, ihr Betrieb leidet zudem unter den Mängeln des Straßennetzes, das die Straßenbahnen in der Innenstadt stellenweise auf einzelne, stark überlastete Verkehrsstraßen zusammendrängt. Das Schnellbahnnetz ist hinter den Anforderungen des Verkehrs weit zurückgeblieben, weil die Baukosten der Schnellbahnen zu hoch sind. Die Erfahrungen des Krieges fordern eine vollständige Änderung der bisherigen, absolut verfehlten städtischen Bauweise, eine weiträumige Bebauung der Vororte unter Zwischenschaltung von Gemüsegärten und Einrichtungen zur Kleinviehzucht. Diese Bauweise erheischt wiederum einen Ausbau des Verkehrsnetzes. In dem Fernbahnnetz fehlt eine Nordsüdverbindung. Dadurch wird besonders der Durchgangsverkehr erschwert. Eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Anhalter und dem Lehrter Bahnhof, etwa am Brandenburger Tor vorbei, müßte durch eine in Tunnel laufende elektrische Bahn hergestellt werden, wenn auch dabei manche bau- und betriebstechnischen Schwierigkeiten zu überwinden sind. Zweckmäßiger wäre es auf dem Gelände des Lehrter Güterbahnhofs einen geräumigen Hauptpersonenbahnhof anzulegen, auf dem die Fernzüge der Stadtbahn zu halten hätten und der die sämtlichen Züge der Lehrter und Hamburger Bahn und einen Teil der Züge der Stettiner

und Nordbahn aufnehmen könnte. Diesem neuen Hauptbahnhof könnte außerdem auch ein Teil der Züge der Anhalter Bahn zugeführt werden, wenn eine Verbindung von Luckenwalde an der Anhalter nach Michendorf an der Wetzlarer Bahn bestände und die Stadtbahn zwischen Charlottenburg und Lehrter Bahnhof 6gleisig ausgebaut werden würde. Das Stadt- und Vorortbahnnetz sei durch ein Schlußstück zu ergänzen, das vom Wannsee nach dem Stettiner Bahnhof geführt wird und den Bahnhof Friedrichstraße berührt. Die Berliner Hoch- und Untergrundbahn ist hauptsächlich dadurch ertragsfähig, daß fast die Hälfte des Bahnnetzes Hochbahn ist. Schnellbahnen, die ihrer ganzen Länge nach als Untergrundbahnen laufen, vermögen das hohe Anlagekapital nicht zu verzinsen. Diese Bahnen bleiben also in der Regel ohne Ertrag, und auch der weitere Ausbau des Berliner Schnellbahnnetzes dürfte deshalb ins Stocken kommen, wenn es nicht gelingt die Baukosten anderweitig zu decken. Gewaltige Mittel werden für die Straßendurchbrüche flüssig gemacht werden müssen, die zur Entlastung des Halleischen Tors, des Potsdamer Platzes und der Potsdamer und Leipziger Straße erforderlich werden. Nach dem Umbau der Eisenbahnanlagen, der Fertigstellung der Nordstadtbahn und dem Bau der Linie Wannseebahnhof - Stettiner Bahnhof wird der Bahnhof Friedrichstraße einen Verkehrspunkt ersten Ranges bilden, so daß das gegenwärtige Straßennetz für den Verkehr dahin nicht genügen kann. Hier werden umfangreiche Straßenverbreiterungen, Straßendurchbrüche und Brückenbauten nötig sein.

Die Mittel für alle diese kostspieligen, sich selbst nicht verzinsenden Verkehrsanlagen müssen dadurch aufgebracht werden, daß man in der Geschäftsstadt Berlin eine größere Bauhöhe der Häuser zuläßt. Die obere Grenze für die Häuserhöhe in diesem Stadtviertel könnte auf 30 Meter festgesetzt, und außerdem könnten turmartige Aufbauten bis etwa zur doppelten Höhe erlaubt werden. Dadurch erhöhe der Wert des Grund und Bodens in der Geschäftsstadt eine wesentliche Steigerung. (Das törichte Vorurteil gegen die Wolkenkratzer ist einer Weltstadt nicht würdig.) Durch die Ertragserhöhung der Grund- und der Wertzuwachssteuer und die Festsetzung einer besonders Abgabe

für die Erlaubnis zur Höherführung der Gebäude wäre jene Wertsteigerung für die Allgemeinheit nutzbar gemacht.

**Kurze Chronik.** Von 1907 bis 1916 wurden bei den preussischen Bahnen 2569 Millionen oder durchschnittlich 236 Millionen Mark jährlich für Fahrzeuge ausgegeben. Im Jahr 1914 allein wurden 268, 1915 269 und 1916 sogar 307 Millionen Mark für Fahrzeugbeschaffung aufgewendet. 1916 wurden 1650 Lokomotiven geliefert. Die Bauten, die aus Anleihen gedeckt wurden, erforderten von 1908 bis 1914 2583 Millionen Mark. Nach einer Denkschrift der Regierung sollen so viele Fahrzeuge beschafft werden wie die Fabriken bauen können. Es ist beabsichtigt 1850 Lokomotiven, 2150 Personenwagen und 38 774 Güter- und Gepäckwagen zu bestellen, für die 489 Millionen Mark bereitgestellt sind. **Der Rhein-Herne-Kanal**, der bei Kriegsausbruch dem Verkehr übergeben wurde, hat sich im Verlauf des Krieges zu einer wichtigen Verkehrsstraße entwickelt. Im Jahr 1914 wurden rund 639 000 Tonnen mit Monopolschleppern befördert; im Jahr 1915 stieg der Schleppverkehr auf rund 3 540 000 Tonnen. 1916 fand zuerst eine regelmäßige monatliche Steigerung des Verkehrs statt, von Juli ab ging er sprunghaft in die Höhe. Zwischen Juni und Juli erhöhte sich der Schleppverkehr um rund 144 000 auf 510 000 Tonnen; im November wurden bereits 613 000 Tonnen befördert. Das Schleppamt Duisburg-Ruhrort erhöhte infolge dieser Verkehrszunahme seinen Schleppark von 40 auf 52 Schiffe. **Der Plan eines Weichsel-Narew-Kanals** ist durch einen vom Warschauer Magistrat eingesetzten Sonderausschuß grundsätzlich zur Ausführung empfohlen worden. **Die niederländische Regierung** will den Amsterdamer Hafen durch Neubauten erweitern. Ein neuer Petroleum- und ein neuer Holzhafen sollen gebaut werden. Ferner ein Hafenbecken für Frachtdampfer, das vom Nordseekanal aus westlich der Hembrücke zu erreichen wäre, so daß die Schiffe diese Brücke nicht mehr zu unterfahren brauchen. Im Anschluß an dieses Becken ist ein Hafen für Rheinschiffe vorgesehen. **Bei Metropolis** wird eine neue Ohioeisenbahnbrücke gebaut, die insgesamt eine Länge von 1068 Meter haben wird.